

jetzt lieferbar

bkv - brasilienkunde verlag
bTb
Brasilien-Taschenbuch

M.M. KLAGSBRUNN

BRASILIENS
FERNSEHSERIEN



TELE NOVELA

ABENDLICHE
FASZINATION



b
T
b

Telenovelas sind täglich fortgesetzte Fernsehspielserien, die mehrere Monate dauern. Sie gehören zu den meistgesehenen Sendungen in Brasilien, nehmen den größten Teil der Hauptsendezeit in Anspruch und erreichen jeden Abend ca. 40 Millionen Menschen. Die Autorin hat die Charakteristika der Sendeform Telenovela in ihrer besonderen Ausprägung in Brasilien systematisch herausgearbeitet.

1987 114 S. DM 7,80

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

jetzt lieferbar

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON

THE GREAT TIN CRASH
BOLIVIA
AND THE WORLD TIN MARKET



'The Great Tin Crash is striking because it describes how mineral commodity markets trade with the lives of mineworkers and their families while looking at how these markets work. It shows the urgency of building international worker organisation whether we negotiate across a table or are made to confront the army, as in Bolivia. We recommend it to be read by all mineworkers unions.' (Miners International Federation, Brussels)

April 1987 104 S. DM 9,80

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

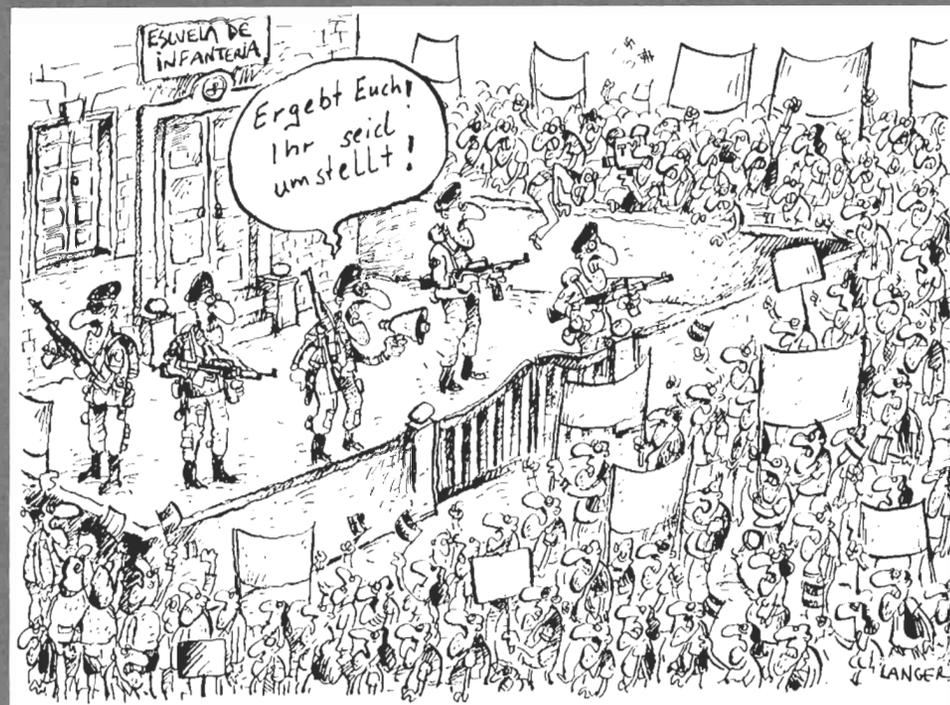
Berlin (West)

Juni 1987

DM 4,50

160

ARGENTINIEN



Befehlsnotstand: Die Realität überholt die Karikatur

Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Befehlsnotstand / Militärrevolte / Die verlorene Ehre der Bischöfe / **ARGENTINIEN/BRD:** KWU-Connection / **CHILE:** 1. Mai 1987: Pinochetes Fahrplan läuft / Santiago im UNO-Jahr des Menschenrechts auf Wohnung / **NICARAGUA:** Managua platzt aus den Nähten / **PERU:** Bilanz der Menschenrechtsverletzungen / **BRASILien:** Agrarreform (II) / Indianerverfolgung

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial 3

— ARGENTINIEN: Befehlsnotstand bis zum General? 5
 Hintergründe der Militärrevolte 7
 Die verlorene Ehre der Bischöfe 15

— ARGENTINIEN/BRD: Die KWU-Connection 19

— CHILE: 1. Mai 1987: Pinochtes Fahrplan läuft 26
 Verschwörungstheorie komplett –
 CIA & KGB, Hand in Hand 32
 Santiago de Chile im Uno-Jahr
 des Menschenrechts auf Wohnung 33

— NICARAGUA: Managua – eine »Vorstadt«
 platzt aus ihren Nähten 36

— BRASILIEN: Agrarreform: Kein Land in Sicht (II) 42
 Geschichte der Verfolgung: Die Waimiri-Atroari 48

— GUATEMALA: Streiks in Guatemala 53
 Presseerklärung 54

— PERU: Menschenrechtsverletzungen – eine Bilanz 56

— SOLIDARITÄT: Unterstützt die autonomen Rücksiedlungen
 in El Salvador 69

— REZENSIONEN: Aggressive Kapitalexpansion versus
 Amazonasindianer 72
 Briefe aus Wiwilí 73
 ai – Untersuchungsbericht über die Massaker
 in Peru 76

— ZEITSCHRIFTENSCHAU 78

— EINGEGANGENE BÜCHER 79

— TERMINE 80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 160
 Juni 1987
 Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174 - 6342
 Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 21. Mai 1987
 Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-
 Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es
 gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird
 kalenderjährweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig.
 Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf
 Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103
**Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir
 nur als Spende verbuchen.**

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA
 NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache
 gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT
 Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA
 NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persön-
 lich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine pers-
 önlliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbe-
 halts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht
 persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter
 Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend
 zurückzusenden.

Editorial

An Ostern schien sich noch das absurde Bild der Karikatur auf der Titelseite zu bieten: Während die argentinische Bevölkerung in riesigen Demonstrationen die Kasernen der meuternden Offiziere umringte, versuchten diese, die Forderung nach einer Generalamnestie mit Gewalt durchzusetzen, fanden sich dabei aber in einer vollständigen Isolation von den gesellschaftlichen Kräften. Aber die Entwicklung der letzten vier Wochen hat die Situation genau verkehrt: Eine Regierung, die mit breiter Unterstützung rechnen kann, läßt sich vom Militär ihre Politik diktieren. Sicher, es war nicht zu erwarten, daß der Vorsitzende einer Partei, die an der Vorbereitung des Putsches von 1976 mitbeteiligt war und ihre Interessen in den Händen der Militärs gut aufgehoben sah, sich für eine revolutionäre Veränderung der Struktur der Streitkräfte einsetzen würde, schon gar nicht angesichts der Tatsache, daß ein Teil der heutigen Verteidiger der Demokratie den Putsch durchaus begrüßt, wenn nicht gar mitvorbereitet hatte.

Aber die derzeitige Politik der Regierung ist nichts anderes als ein Rückzug zu einem Zeitpunkt, wo eine Offensive möglich gewesen wäre. Das Abgeordnetenhaus hat im Schnellverfahren das von der Regierung vorgelegte Gesetz über den Befehlsnotstand verabschiedet. Im Senat wird noch darüber diskutiert, den Befehlsnotstand selbst auf die höchsten militärischen Ränge anzuwenden – was einer nur anders genannten Amnestie gleichkäme. Zum gleichen Zeitpunkt verurteilt ein Gericht den ehemaligen Montonero-Chef Mario Firmenich zu lebenslanger Haft. Während der größte Teil der militärischen Unterdrücker straffrei ausgehen soll, droht über zweihundert ehemaligen Angehörigen der Guerillabewegungen ein Prozeß.

So stellt sich nur noch die Frage: Wann kommt die vollständige Generall(s)-Amnestie? Die Madres der Plaza de Mayo, die Ende April ihren zehnten Jahrestag begangen haben – ein trauriges Datum angesichts der Tatsache, daß sie immer noch Grund haben, jeden Donnerstag ihre Runde um den Obelisken vor dem Präsidentenpalast zu machen – warnen seit Jahren davor, daß es letztlich zu einer Amnestie kommen werde. Wir konnten kaum glauben, daß dies möglich sein würde. Leider haben sie offensichtlich recht behalten.

Die argentinischen Diktatoren rechtfertigen ihre Morde und Folterungen immer noch mit Vokabeln wie der vom "schmutzigen Krieg gegen die Subversion". Diese Parole wurde zum Exportschlager, ist derzeit vor allem auch bei den peruanischen Militärs sehr beliebt. Auch hier gibt es eine Regierung, die rhetorisch die Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hat und de facto eine Politik betreibt, die dem Militär jeden Spielraum zu Ausschreitungen und Repression gegen die Zivilbevölkerung läßt.

Die gerichtliche Verfolgung der Menschenrechtsverbrechen der Militärs - eine Hoffnung, die im ersten Jahr der Zivilregierung in Argentinien als Möglichkeit auch für andere Länder aufkeimte - scheint für die gesamte Region nun doch nicht anzustehen. In Chile besteht die reale Möglichkeit, daß sich einige Parteien mit dem Militär über eine Nichtverfolgung der Verbrechen unter der Diktatur verständigen. In Uruguay ist die Amnestie bereits Gesetz. Nur: Hier gibt es eine kleine Hoffnung, daß das Volk auf die Forderung nach Gerechtigkeit nicht verzichtet, sich kein Stillhalteabkommen aufzwingen läßt. Die Kampagne für ein Referendum über das Amnestiegesetz hat bereits jetzt so viele Unterschriften gesammelt, daß sie wahrscheinlich lange vor der gesetzlichen Frist das Minimum erreicht, um ein Plebiszit über das Gesetz durchzusetzen. Vielleicht wird damit Uruguay zu einem Vorbild für Argentinien, nachdem es erst einmal andersherum ausgesehen hatte.

In Chile sitzt jedoch die Diktatur Pinochets erst mal noch fest im Sattel. Und in dieser Situation sind weiterhin vierzehn politische Gefangene akut von der Todesstrafe bedroht. Sie sind angeklagt, an dem Attentat auf den ehemaligen Militärgouverneur von Santiago, Carol Urzúa, bzw. an dem Anschlag auf Pinochet vom 7. September 1986 beteiligt gewesen zu sein. Die drei des Attentats auf den Gouverneur Angeklagten wurden nun von einem Gericht in erster Instanz rechtskräftig zum Tode verurteilt. Für alle vierzehn Gefangenen läuft eine Kampagne, um ihnen Visa für die Ausreise in die BRD zu beschaffen. Die Möglichkeit, Chile zu verlassen, könnte ihnen das Leben retten. Deshalb ist es notwendig, sowohl hier die Forderung nach einer Aufenthaltserlaubnis durchzusetzen, wie durch eine Öffentlichkeitskampagne die chilenische Justiz zu einer rechtlich möglichen Ausreiseerlaubnis für die vierzehn zu bewegen.

ARGENTINIEN

Befehlsnotstand bis zum General?

Als Alfonsín am Ostersonntag der Menge auf der Plaza de Mayo das Ende der Militärrevolte verkündete (vgl. LN 159), erklärte er, er habe den meuternden Offizieren keinerlei Zugeständnisse gemacht. Der Gesetzesvorschlag über den "Befehlsnotstand" (*obediencia debida*) macht nun aber deutlich, daß die Regierung weitgehend die Forderungen des Militärs erfüllen will.

Die meuternden Offiziere waren in der Osterwoche nicht in der Lage, der Regierung ihre Hauptforderung - eine vollständige Amnestie aufzuzwingen. Umgekehrt glaubte sich die Regierung trotz der großen Unterstützung seitens aller gesellschaftlichen Gruppen offensichtlich nicht in der Lage, die Mobilisierung auszunutzen und gerade angesichts des Widerstands im Militär eine Strafverfolgung zumindest in dem Rahmen, den das Gesetz über den Punto Final (vgl. LN 156) vorsieht, durchzusetzen. Ironisch kommentiert die kritische Zeitschrift "El Periodista" (Nr. 137):

"Die Verschwörer verlangten den Rücktritt von Ríos Erenú, der ihnen nicht zugesagt wurde; aber Ríos Erenú ist nicht mehr Chef des Generalstabs; sie wollten die Amnestie, die es nicht geben wird, aber der Befehlsnotstand wird durchgesetzt und entsprechend geregelt. Die Regierung sagte, sie werde nicht nachgeben, und nun ist sie dabei nachzugeben bis hin zu einem Punkt, der noch schwer einzuschätzen ist."

Eindeutiges Ergebnis der Rebellion ist bisher das Gesetz über den Befehlsnotstand, das die Regierung in aller Eile dem Parlament vorlegte. Das Gesetz sieht vor, daß alle unteren Offiziersränge bis hin zum Oberstleutnant sich auf den "Befehlsnotstand" berufen können und damit straffrei ausgehen. Das Abgeordnetenhaus verabschiedete dieses Gesetz gegen die Stimmen der peronistischen Renovadores (der etwas demokratischere Flügel der peronistischen Partei), des Partido Intransigente und von drei Abgeordneten der Regierungspartei UCR.

Am 20.5. sollte das Gesetz auch den Senat passieren, aber der Prozeß geriet ins Stocken, weil einige Senatoren das Gesetz noch weiter fassen möchten als die Regierung. Laut einer afp-Meldung vom 21.5. wollen einige Senatoren den Befehlsnotstand bis hin zu bestimmten Generalen ausdehnen, andere verlangen nun offen eine Amnestie. Beim Redaktionsschluß (21.5.) stand noch nicht fest, wie es nun weitergehen wird.

Der Oberkommandierende der Marine, Vizeadmiral Arosa fordert nun verstärkt die Durchsetzung einer generellen Amnestie.

Es stellt sich die Frage, ob die Regierung Alfonsín tatsächlich nicht in der Lage war, derartige Zugeständnisse an die Militärs zu vermeiden. Nach Einschätzung vieler Beobachter bedeutet die Haltung Alfonsíns einen Rückzug in einer Lage, wo ein offensives Vorgehen gegen den Widerstand im Militär möglich gewesen wäre. In Argentinien hat nie ein erfolgreicher Putsch stattgefunden, der nur vom Militär ausging: Alle bisherigen Staatsstreichs konnten sich auf wichtige Machtgruppen der zivilen Gesellschaft stützen. Derzeit aber scheint keine Gruppe geneigt zu sein, den Militärs wieder die Regierung zu überlassen. Deshalb besteht zwar weiterhin die Gefahr, daß Teile des Militärs rebellieren, aber nicht die akute Gefahr eines Putsches. Die defensive Haltung der Regierung machte nun aber den Militärs deutlich, daß sie durch Druck ihre Forderungen weitgehend durchsetzen können. In einem Gespräch mit den LN meinte der Vorsitzende des Sekretariats für Menschenrechte, das der Gewerkschaftsdachverband CGT vor einigen Monaten eingerichtet hat: Die Zugeständnisse Alfonsíns bedeuten eine größere Gefahr für die Demokratie als die Rebellion. Die Militärs haben gemerkt, daß sie ihre Forderungen durchsetzen können. Nach dem Gesetz über den Befehlsnotstand werden sie die volle Amnestie fordern. Und dann fangen sie an, sich in andere politische Fragen einzumischen, in das Scheidungsgesetz zum Beispiel, und sie werden ihre Meinung über Pornographie und sonst was zum Ausdruck bringen. Ihnen nachzugeben bedeutet, ihnen noch mehr Spielraum zu geben, um Druck auf die Regierung auszuüben.

Andererseits sollte man auch nicht allzu euphorisch über die Verteidigung der Demokratie durch die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sein. Denn mehr als die Hälfte der Partei- und Verbandspolitiker, die angesichts der Osterrebellion den Pakt zur Verteidigung der Demokratie unterschrieben, waren in den Putsch von 1976 verwickelt gewesen oder hatten andere Diktaturen der Vergangenheit unterstützt. Und die Mittelklasse, die da auf die Straße gegangen ist, hat noch bis vor kurzem die Meinung vertreten, "etwas muß er wohl getan haben" - wenn Polizei und Militär während der Diktatur Menschen verschleppte oder inhaftierte.

Eine Demokratisierung Argentinien bedeutet auch einen Kampf gegen das allzu kurze Gedächtnis der neuen Demokraten, bedeutet die sicher schmerzhafteste Diskussion nicht nur über das Militär sondern auch über die zivilen Unterstützer der Diktatur.

QUELLEN: El Periodista, El Clarin, taz, eigene Recherchen

Hintergründe der Militärrevolte

Die Meuterei in der Osterwoche (vgl. LN 159) war nicht der erste Versuch des Militärs, die gerichtliche Verfolgung der Menschenrechtsverbrechen unter der Diktatur zu verhindern. Mit der Amtsübernahme von Präsident Alfonsín 1983 begann das Militär Druck auf die Regierung auszuüben; Verhandlungen hinter den Kulissen und Befehlsverweigerungen waren an der Tagesordnung. Der engagierte argentinische Journalist Horacio Verbitsky hat das Puzzle zusammengetragen, das den Hintergrund der Revolte dieses Jahres bildet.

Am 25. Juni 1984 meuterte eine Gruppe von Offizieren mit Unterstützung des Kommandanten des 3. Armeekorps General Pedro Pablo Mansilla; Ziel war es, den Bundesrichter Julio Miguel Villafañe von weiteren Untersuchungen gegen zwei aktive Offiziere abzuhalten. Der Bundesrichter hatte die beiden Kapitäne Alsina und Mones Ruiz in Untersuchungshaft nehmen lassen. Die Beschuldigung gegen Mones Ruiz lautete: Er habe den Befehl gegeben, den infolge von Schlägen fast bewußtlosen Gefangenen Raúl Bauducco durch Kopfschuß zu töten. Alsina wurde beschuldigt, im Winter 1976 den Arzt René Moukarzel nackt im Hof angebunden und befohlen zu haben, ihn immer wieder mit eisigem Wasser zu übergießen; der Arzt starb durch Erfrieren. Richter Rodríguez Villafañe gab dem Druck des Militärs nach und erklärte sich für unzuständig. Der Fall wurde an das Militärgericht übergeben, das die Freilassung der beiden Offiziere anordnete.

Im August desselben Jahres verwies das Militärgericht den zivilen Bundesrichter aus Córdoba, Gustavo Becerra Ferrer, an seinen Platz; er hatte die Inhaftierung von Major Ernesto Guillermo Barreiro, der beiden Kapitäne a.D. Hector Pedro Vergez und José Arnoldo "Chuby" López sowie des Unteroffiziers Luis Manzanelli angeordnet; sie wurden der Folter und des Mordes an der Gefangenen María Luz Mujica de Ruarte beschuldigt. In Verhandlungen zwischen dem Militärgericht und dem Verteidigungsminister Raúl Borrás wurde erreicht, daß sich auch dieser zivile Richter für unzuständig erklärte; das Militärgericht zog wiederum den Fall an sich und ordnete die Freilassung der Inhaftierten an.

Mones Ruiz und Alsina wurden nie wieder inhaftiert. Dagegen kam es gegen Barreiro zu einer Verhaftung, deren Einzelheiten lange geheim blieben: Er wurde nachts aus der Kaserne entführt. Barreiro war von 1976 bis 1979 Chef der Verhörgruppe der Geheimdienstabteilung 141 gewesen.

Ebenfalls im Juni 1984 verweigerte General Mansilla der CONADEP (der Untersuchungskommission über die Menschenrechtsverletzungen) den Zutritt zum Gelände des 3. Armeekorps. Ernesto Sabato, Vor-

sitzender der Kommission ging mit seiner Beschwerde bis vor den Präsidenten.

Am 4. Juli wurde die Sendung "Nunca Más" über die Ergebnisse der CONADEP ausgestrahlt. Die 90-Minutensendung, die ohne die üblichen Unterbrechungen durch Werbung ausgestrahlt wurde, stellte für das Militär einen Höhepunkt der Spannung dar.

Der Fernsehsprecher berichtete, die Kommission habe 280 Konzentrationslager identifiziert, die unter militärischem Befehl gestanden hätten; 8.800 Fälle von "Verschwundenen" seien nachgewiesen worden, darunter 172 Kinder die zusammen mit ihren Eltern und 120 Wehrpflichtige, die aus dem Dienst verschleppt worden seien. Das Fernsehen zeigte Bilder von Gefangenenlagern, Militäreinrichtungen und von Hunden, die für die Folterung von Menschen abgerichtet worden waren.

Angesichts der Meuterei von Córdoba befahl Verteidigungsminister Borrás dem Oberbefehlshaber des Heeres Jorge Hugo Arguindegui, den meuternden General Mansilla zu bestrafen. Mansilla weigerte sich, seinem Chef zu gehorchen. Die Regierung versetzte ihn und den Heereschef in den Ruhestand, weil dieser sich nicht gegen seinen Untergebenen durchsetzen konnte. Arguindeguis Nachfolger wurde General Ricardo Pianta.



"Nach langen Verhandlungen haben Sie sich ergeben. Was war der Inhalt der Verhandlungen, Herr General" -
"Herr Minister!"

DER FALL ASTIZ

Die zweite Krise entstand durch die gerichtliche Vorladung des Marineleutnants Alfredo Ignacio Astiz durch den Bundesrichter Miguel del Castillo im Dezember 1984. Die Admiralität trat zusammen und verlangte, Astiz solle in Uniform erscheinen, obwohl die Anklage erklärte, er habe bei der Ermordung der Jugendlichen Dagmar Hagelin in Zivil agiert. Auf Vermittlung der Regierung gab das Gericht der Forderung der Admirale nach.

Zu diesem Zeitpunkt forderten Verteidigungsminister Raúl Borrás und sein Staatssekretär Horacio Jaunarena die Ernennung neuer Mitglieder für das Oberste Militärgericht, um diejenigen zu ersetzen, die im November ausgeschieden waren; damit sollte das Gericht wieder handlungsfähig gemacht werden und sich um den Fall Astiz kümmern. Am 31. Januar ernannte die Regierung sieben neue Militärrichter, die alle vor 1976 den aktiven Dienst verlassen hatten. In der ersten Februarwoche schworen sie auf Gott, Vaterland und ihre Ehre. Anfang März ordneten sie die Freilassung von Astiz an: er sei bereits 1981 (also noch unter der Diktatur) vor ein Gericht gestellt und von der Anklage des Mordes an Dagmar Hagelin freigesprochen worden.

WIDERSTAND GEGEN REGIERUNG UND OBERKOMMANDO

Im Anschluß an diesen Fall kam es zu einer Rebellion hoher Offiziere gegen General Pianta, dem "Weichheit" gegenüber der Regierung vorgeworfen wurde. Eine Gruppe von Generalen verbarrikadierte sich im Edificio Libertador (dem Sitz des Armee-Oberkommandos, nur wenige Meter vom Präsidentenpalast, der Casa Rosada, entfernt) und forderte Pianta auf, die Stelle als Stabschef nicht anzutreten. Pianta fügte sich der Forderung seiner Kollegen; die Regierung konnte ihn nicht zwingen, die Stelle anzutreten und versetzte ihn in den Ruhestand. Sie ernannte General Hector Ríos Ereñú zum Stabschef, den die rebellischen Generale aber auch nicht akzeptierten, und Ríos wollte sich dem Druck beugen. Daraufhin erklärte ihm Verteidigungsminister Borrás, in diesem Falle werde Präsident Alfonsín persönlich das Kommando über das Heer übernehmen; Staatssekretär Jaunarena sei bereits dabei, einen Redetext auszuarbeiten, mit dem der Präsident zu einer Mobilisierung des Volkes aufrufen werde. Kurz darauf trat Ríos Ereñú sein Amt an.

Während dieser Krise wußte die Regierung, daß die Luftwaffe unter Brigadier Teodoro Waldner bereit war, die rebellierenden Generale im Notfall mit Gewalt zur Aufgabe zu zwingen. Dahinter stand die alte Rivalität zwischen den drei Waffengattungen; die Luftwaffe, die sich vor allem aus ultranationalistischen Offizieren zusammensetzt, war bereit, die Regierung gegen das Heer zu unterstützen, da sie in der Demokratie die Möglichkeit sah, ihr Gewicht und ihren Einfluß gegenüber den anderen Waffengattungen zu verstärken.

In seiner Antrittsrede in Rosario erklärte Ríos, er werde sich der Regierung loyal unterordnen; er billigte die Gründung der CONADEP und die Dekrete, die den Prozeß gegen die Ex-Juntamitglieder ermöglichten; gleichzeitig aber forderte er die Nicht-Verfolgung der übrigen Offiziere mit der Begründung des Befehlsnotstandes.

Am 22. April 1985 begann der Prozeß gegen die neun Mitglieder der ersten drei Militärjuntas der Diktatur. Die Frage, wie mit den Menschenrechtsverbrechen umgegangen werden sollte, war der rote Faden aller Krisen zwischen Regierung und Militär. Die Entwicklung von der Amtsübernahme Alfonsíns bis zum Gesetz über den Punto Final und die Meuterei sah folgendermaßen aus:

VON DER SELBSTAMNESTIE DER DIKTATUR ZUM PUNTO FINAL

Im September 1983 verabschiedete der letzte Militärdiktator, General Reynaldo Bignone, ein Gesetz, das alle Verbrechen der Militärdiktatur rechtfertigte und Straffreiheit für die Verantwortlichen vorsah. Wenige Stunden später erklärten die Richter Guillermo Ledesma und Jorge Torlasco das Gesetz für verfassungswidrig.

Im gerade laufenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen sprach sich der peronistische Kandidat Italo Luder gegen das Amnestiegesetz aus, verneinte jedoch gleichzeitig eine Strafverfolgung der Militärs durch ein neues, rückwirkend gültiges Gesetz; dabei stimmte ihm auch einer der Vizepräsidenten der Unión Cívica Radical, der heutige Innenminister Antonio Troccoli zu.

Der Präsidentschaftskandidat der UCR, Raúl Alfonsín, dagegen verlangte eine Aufklärung der Verbrechen und die Bestrafung der Schuldigen. Er schlug vor, drei Kategorien von Verantwortlichkeit vor: Diejenigen, die den kriminellen Plan der Diktatur ausgearbeitet und die Befehle gegeben hatten sowie diejenigen, die bei der Ausführung der Befehle "Exzesse" begangen hätten, sollten vor Gericht gestellt und bestraft werden. Diejenigen aber, die lediglich Befehle ausgeführt hätten, sollten straffrei ausgehen. Um zwischen den drei Kategorien zu unterscheiden schlug er eine vorgerichtliche Klärung durch ein Militärtribunal vor, das aus Offizieren bestehen sollte, die bereits vor 1973 in den Ruhestand getreten waren. Das Tribunal sollte jeweils festlegen, welcher Kategorie der Beschuldigte zuzuordnen sei; die beiden ersten Kategorien sollten ihren militärischen Status verlieren und als Zivilisten vor einem Zivilgericht verurteilt werden, um so die Ehre der Streitkräfte nicht zu verletzen.

Nach dem Wahlsieg Alfonsíns am 30. Oktober 1983 wurden diese Vorschläge mit der politischen Realität konfrontiert. Der neue Verteidigungsminister Raúl Borrás und sein Staatssekretär Horacio Jaunarena verhandelten mit der Militärspitze über die einzuschlagende Politik. Borrás zweifelte an der Möglichkeit einer rein juristischen Lösung des Problems und schlug ein Plebiszit vor, in dem das Volk über die Frage abstimmen sollte, ob die Militärs von

vornherein straffrei ausgehen oder vor Gericht gestellt werden sollten. Damit hätte dann nicht die Regierung allein die Verantwortung für die Entscheidung zu tragen. Bei einer Entscheidung für die Straffreiheit wäre das politische Konfliktpotential aus der Welt geschafft, bei einer Entscheidung für die gerichtliche Verfolgung würde dem Militär deutlich, daß es mit Widerstandsaktionen allein gegen das Volk stünde.

Zu dem Plebiszit kam es jedoch nicht, denn wenige Stunden nach seinem Amtsantritt beschloß Präsident Alfonsín, daß die von ihm vorgeschlagenen Militärtribunale als gerichtliche Erstinstanz bei der juristischen Verfolgung von Verbrechen agieren sollten; in zweiter Instanz waren dann Zivilgerichte für die Fälle zuständig. Am 13. Dezember erließ die Regierung die beiden Dekrete 157 und 158; sie legten fest, daß neun ehemalige Junta-Mitglieder und sieben ehemalige Guerrilleros vor Gericht gestellt werden sollten und reformierten den Kodex der Militärgerichtsbarkeit.



Ich glaube, die Gesellschaft muß die häßlichen Dinge der Vergangenheit vergessen. - Aber das ist nicht einfach. - Aber ja. Ich zum Beispiel habe schon meine Wahlversprechen vergessen.

Alfonsín erklärte, es sei "unabdingbar, den Mitgliedern der Streitkräfte, die nicht auf eigene Initiative gehandelt und keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, die Möglichkeit zu geben, der verfassungsmäßigen Demokratie loyal zu dienen." Das Parlament setzte in der Behandlung des Gesetzes eine Änderung durch, die verhinderte, daß grausame Handlungen unter der Konstruktion des Befehlsnotstandes straffrei bleiben könnten.

Im Dezember 1985 verschärfte das Urteil im Prozeß gegen die Junta-Mitglieder die Kluft zwischen den Wünschen der Regierung – möglichst wenige Prozesse anzustrengen – und der politischen Realität. Das Oberste Bundesgericht wies in diesem Urteil die erstinstanzlichen Militärgerichte an, Verfahren gegen alle Chefs der militärischen Zonen und Unterzonen sowie gegen die Leiter von militärischen Operationen einzuleiten. Das Gericht erklärte, es gäbe viele Offiziere, die für sich die Konstruktion des Befehlsnotstandes oder des Unwissens über die Illegalität der Befehle in Anspruch nähmen; aber durch ihre Stellung in der Befehlshierarchie hätten viele von ihnen die Illegalität der Handlungen kennen müssen; außerdem gäbe es viele, die in der Befehlsausführung grausame Handlungen begangen hätten.

Damit blieben viele weitere Verfahren gegen Offiziere vor Gerichten anhängig. Die Regierung aber hatte mit dem Militär vereinbart, daß nur Prozesse gegen die ehemaligen Kommandanten tatsächlich stattfinden sollten. Nach dem Urteil verhandelte sie mit dem Militär darüber, einige wenige weitere Offiziere – die berüchtigsten Unterdrücker – zu verurteilen und den Rest freizusprechen. Die Militärrichter waren zu diesem Kompromiß nicht bereit. Anfang 1986 machte die Regierung dann den Vorschlag, die Militärgerichte sollten die Beschuldigten möglichst schnell freisprechen, woraufhin dann die Zivilgerichte in zweiter Instanz in Aktion treten könnten. Aber der öffentliche Protest verhinderte die notwendigen juristischen Umsetzungen.

Zivile Gerichte gingen nun immer stärker dazu über, Fälle gegen Offiziere an sich zu ziehen. Im August 1986 erklärte General Jorge Gorleri in einer Offiziersversammlung, er werde keinen Untergebenen an ein Zivilgericht ausliefern. Die Anordnung des Gerichts von Mendoza, den ehemaligen Polizeichef von San Luis und aktiven Oberstleutnant Carlos Esteban Pla in Untersuchungshaft zu nehmen, führte zu einer erneuten Krise zwischen Regierung und Militär. Dies waren wohl die beiden Faktoren, die die Regierung dazu veranlaßten, das Gesetz über den Punto Final auszuarbeiten und am 24. Dezember zu verabschieden. (Vgl. LN 155 und 156).

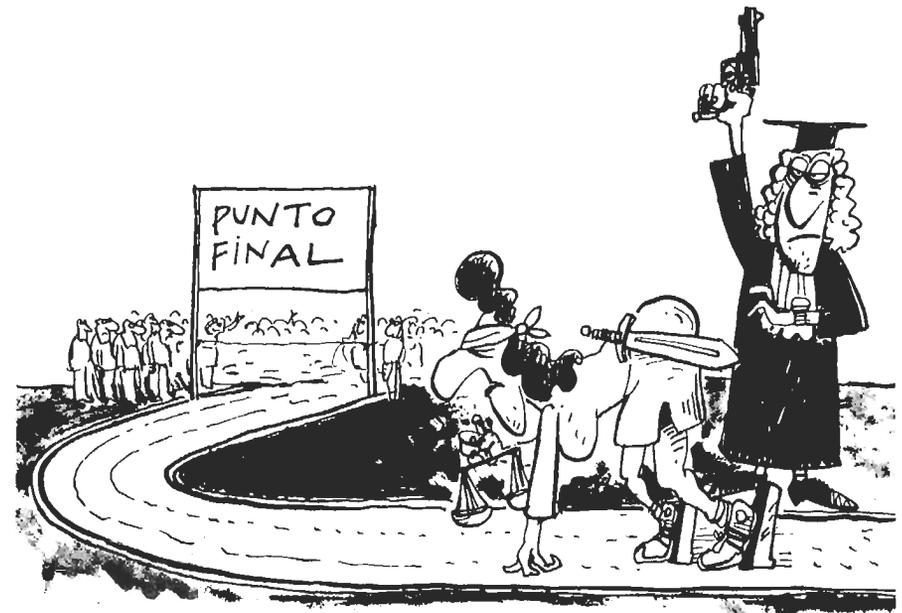
Nach Ablauf der Zweimonatsfrist mußte die Regierung jedoch feststellen, daß die Hoffnung, durch dieses Gesetz die Prozeßwelle aufzuhalten, nicht in Erfüllung gegangen war: gegen über 300 Offiziere waren Anklagen erhoben worden.

DIE ERWARTETE REBELLION

Damit war der Regierung klar, daß ihr eine Machtprobe mit dem Militär bevorstand. In der Kabinettsitzung am 20. Februar verkündete Alfonsín deshalb ein Bündel von Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, falls es zu Insubordinationen kommen sollte:

- 1) Absetzung des Chefs einer Einheit, wenn er einen Untergebenen dabei unterstützt, sich der Gerichtsverhandlung zu entziehen;

- 2) Einschließung rebellierender Einheiten durch Truppen derselben oder einer der anderen Waffengattungen;
- 3) Unterbrechung der Versorgung mit Lebensmitteln, Elektrizität, Gas und Wasser;
- 4) Kampagne zur Mobilisierung der nationalen und internationalen Öffentlichkeit;
- 5) Mobilisierung des Volkes gegen meuternde Einheiten;
- 6) Einsatz von Waffengewalt, um Aufständische zur Aufgabe zu zwingen.



Am 25. Februar 1987 weigerten sich sechs Admirale außer Dienst vor Gericht zu erscheinen; Vizeadmiral Arosa, Stabschef der Marine, ließ sie festnehmen und dem Bundesgericht ausliefern. Zwei Tage später ordnete dasselbe Gericht die Inhaftierung von sieben aktiven Offizieren an. Die Unterordnung der Marine unter diese Entscheidung war ein Test, der vom Heer genau beobachtet wurde. Eine Woche später mußte Ríos Ereñú, Stabschef des Heeres, den Beweis seiner Loyalität zu erbringen: der erste aktive Heeresoffizier, der in Untersuchungshaft genommen wurde, war sein eigener Adjutant, Oberstleutnant Osvaldo Quiroga.

Während das zivile Bundesgericht in Córdoba nun auch die beiden Offiziere Mones Ruiz und Alsina erneut vorlud, demonstrierten 70 Offiziere ihre Solidarität mit den Angeklagten. Alle Tageszeitun-

gen von Buenos Aires veröffentlichten die Deklaration einer Offiziersgruppe zur Unterstützung der beiden, "die man einer falsch verstandenen Gerechtigkeit opfern will". Sie fügten hinzu, sie seien bereit, die beiden "unter Einsatz unseres Lebens" zu verteidigen. Der Angriff richtete sich weniger gegen die Regierung - an deren Stabilität die Offiziere interessiert seien -, sondern gegen das Oberkommando des Heeres, vor allem gegen Ríos Ereñú. "Die gegenwärtige Militärspitze gehörte während des Krieges gegen die Subversion den Streikkräften an und hatte Posten von größter Wichtigkeit inne. Die Legalität, die sie damals von den Juntas nicht forderten, wollen sie nun ihren Untergebenen aufzwingen, die sich darauf beschränkt haben, Befehle auszuführen ohne jemals vor dem Feind der Nation zu fliehen." (Was natürlich stimmt, denn auch die sich heute loyal gebenden Militärs hatten keinerlei Einwände gegen die Diktatur.)

In Reden und Versammlungen verteidigte Ríos immer wieder seine politische Linie: Unterordnung der Streitkräfte unter Gerichtsentscheidungen als einzige Möglichkeit, die Streitkräfte wieder in das institutionelle Gefüge zu integrieren; dabei verteidigte er jedoch gleichzeitig den "schmutzigen Krieg"; Angeklagte sollten Rechtsbeistand erhalten und in Verhandlungen mit Regierung und Justiz eine Begrenzung der Verurteilungen erreicht werden; langfristig ginge es um die Durchsetzung einer Amnestie. Die gegen das Oberkommando demonstrierenden Offiziere erklärten jedoch: "Diese Prozesse beeinträchtigen die Ehre der Streitkräfte. Es geht nicht darum, einen für das Militär akzeptablen Prozentsatz von Prozessen und Verurteilungen auszuhandeln."

Der Druck, eine Amnestie durchzusetzen und Ríos und Arosa wegen ihrer "weichen" Haltung abzusetzen, wurde immer stärker. Die entschiedenste Gruppe wurde von Admiral Juan Carlos Frío und General Eros Juan Cazes geführt, den Verfassern der Entscheidung des Obersten Militärgerichts, in dem schwarz auf weiß steht, daß während des Krieges alles erlaubt ist und man nur Besiegte verurteilt - weshalb eine Verurteilung von Offizieren wegen Verbrechen unter der Diktatur gar nicht in Frage käme.

Am 6. März erklärte die Vereinigung der Marineoffiziere, es handle sich samt und sonders um politische Prozesse gegen die Streitkräfte als Institution, die man schwächen wolle, um die ganze Nation zu schwächen. Am 17. März verteidigte der "Círculo Militar", die Vereinigung der Offiziere a.D., die "jungen Männer, die voller Patriotismus gehandelt" hätten; es habe sich um einen gerechten Krieg gehandelt. Allen Flüchtigen und Verurteilten, die aus diesen Gründen ihren militärischen Status verloren hätten, würde der Círculo Militar die Ehrenmitgliedschaft wegen ihrer hohen Verdienste um die Nation verleihen.

Im Januar und Februar gab es eine Serie von Sprengstoffanschlägen und Richter Juan Ramos Padilla stellte fest, daß sie von Gruppe begangen wurden, die unter Leitung des im Militärhospitals

internierten ehemaligen Polizeichefs von Buenos Aires, General Camps standen.

Am 6. April unterbrach der Besuch des Papstes die Ereignisse. Am 12. April flog er ab. Am 15. lud das Bundesgericht in Córdoba Major Barreiro vor, der sich in der Garnison verschanzte und damit die Meuterei auslöste.

QUELLE: El Periodista Nr. 137, 24. - 30. April 1987

Die verlorene Ehre der Bischöfe

In Galauniform schreitet der General Jorge Videla zur Kommunion, um die Hostie aus den Händen des neuen Papstes zu empfangen. Im gleichen Moment steigen Luftballons mit der Aufschrift "Videla=Henker" in den Himmel von Rom. Dies geschieht am 3. September 1978. Johannes Paul I ist gerade gewählt worden und zelebriert die Einweihungsmesse für sein Amt als Papst.

Die Unterdrückung in Argentinien erreicht zu dieser Zeit ihren Höhepunkt. In Buenos Aires beginnen die Mütter der Verschwundenen ihre Runden auf der Plaza de Mayo. Wenn auch der Besuch des Generals und Diktators im Vatikan einen Skandal darstellt, illustriert er doch gleichzeitig die engen Beziehungen, die zwischen der Militärjunta - an der Macht seit 1976 - und den Bischöfen - 90 an der Zahl - in einem Land, das zu 90% katholisch ist, bestehen. Das Schweigen der Kirchenfürsten zu den Angriffen auf die Menschenrechte in Argentinien zwischen 1976 und 1982 ist einer der dunkelsten Flecke in der neueren Geschichte der Kirche in Lateinamerika, die ansonsten durch die Bischofskonferenzen von Medellín (1968) und Puebla (1979) und ihr Eintreten für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit hervorgetreten ist.

DIE KIRCHE WUSSTE BESCHIED

Nach einem Treffen französischer Priester in Lateinamerika, das im Januar in Argentinien stattfand, schrieb Vater Juan Dumont an die französischen Bischöfe: "Wieder einmal habe ich eine Kirche erlebt, die vom Verschwinden, der Folter, den Ermordeten wußte und die ihr Entsetzen nicht herausgeschrien hat, die die These akzeptierte, nach der man die westliche Kultur, die Gesellschaft, das Christentum gerettet hat."¹ Unterbrochen nur von wenigen schüchternen Warnungen und den Protesten der fünf Bischöfe der Minderheit², ist die-

ses Schweigen der argentinischen Bischöfe während der Zeit der Unterdrückung auch heute schwer zu erklären.

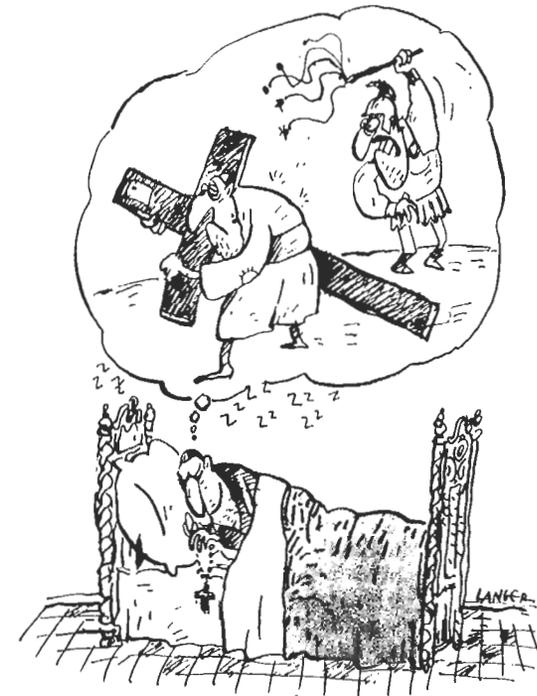
Nachdem sie zunächst sehr klerikal war, endete die peronistische Regierung (1946-55) mit einem spektakulären Konflikt mit der Kirche. Nachdem er die Scheidung und sogar die Prostitution legalisiert hatte, war Juan Peron von Rom exkommuniziert worden. Sobald die Junta 1976 die Macht übernahm, wurden die Beziehungen Kirche-Staat wieder enger. 1979 schlugen die Generäle den Bischöfen sogar vor, ihnen eine Ausgleichszahlung für die Preissteigerungen zu gewähren, die einem Richtergehalt gleichkam.



Ich segne Dich im Namen des Vaters, des Sohnes, des Führers und des Heiligen Geistes

Die Rolle des damaligen päpstlichen Nuntius in Argentinien, Mgr. Pio Laghi - derzeit Nuntius in den USA und einer der Favoriten für die Nachfolge des Kardinals Casaroli, Staatssekretär des Vatikans - ist ebenfalls sehr fragwürdig. Die argentinischen Geistlichen, in ihrer großen Mehrheit italienischer Herkunft, waren in der Tat einige der letzten, die die Reformen des 2. Vatikanischen Konzils umsetzten. (...)

Die Theologie der Befreiung und die kirchlichen Basisgemeinden sind (außer in einigen Armenvierteln in Buenos Aires) so gut wie unbekannt in Argentinien, wo der Sektenchef Moon im November 1980 von der katholischen Fakultät in La Plata zum Ehrendoktor ernannt wurde (während er in den USA im Gefängnis saß) und wo die Bischofskommission für Angelegenheiten des Gottesdienstes ein Magnificat veröffentlichte, in dem die berühmte Zeile "er (Gott) hat die Mächtigen von ihrem Throne geworfen" herausgestrichen war. Mit vielen anderen hat jedoch auch die argentinische Kirche der Repression Opfer bringen müssen. Unter den 10.000 Toten und Verschwundenen der Zeit von 1976-1983 befindet sich ein Bischof und Dutzende von Priestern, Mönchen und Nonnen.



DIE ERMORDUNG VON BISCHOF ANGELELLI

Mgr. Enrique Angelelli gehört zur kritischen Minderheit. 1976 hatte er gegen die Ermordung von zwei Priestern aus seiner Diözese La Rioja, Carlos Murias und dem Franzosen Gabriel Longueville protestiert und gedroht, er werde die Namen der Schuldigen bekanntgeben. Wenige Wochen später starb der Bischof in einem fingierten Autounfall, aber es gibt noch heute Argentinier, die an seiner Ermordung zweifeln. Vor drei Monaten hat Mgr. Plaza, ehemaliger Erzbischof von La Plata, vor der Presse erklärt: "Mgr. Angelelli ist umgekommen, weil er nicht autofahren konnte."

Nach Vergewaltigungen und furchtbarer Folter sind im Dezember 1977 die beiden französischen Nonnen Alice Domon und Léonie Duquet, von der Fremdenmission, ebenfalls getötet worden. Ihr Folterer, der Korvettenhauptmann Astiz, steht demnächst in Buenos Aires vor Gericht.

Seit der Rückkehr zur Demokratie sind die argentinischen Bischöfe unter den aktivsten Befürwortern des "Gesetzes vom Vergessen", das einen Schlußstrich unter die Strafverfolgung der Militärs und Polizeikräfte setzen soll, die wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte angeklagt sind. Heute führen sie eine Kampagne gegen die Gesetze, die Scheidung und Abtreibung legalisieren.

Übersetzt aus: Le Monde. 8.4.1987

- ¹ Anm. d. Ü : E.F. Mignone (Nueva Sociedad '82, März-April '86) berichtet sogar, daß der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Militärvikar Tortolo auf Bischofsversammlungen die Folter als legitim erklärte und mittelalterliche theologische Dokumente zur Stützung dieser Position zitierte. Entsprechend verhielt man sich Soldaten gegenüber, die sich in Gewissensnöten an Militargeistliche wandten. Opfer der Repression wurden abgewiesen, indem man ihre Aussagen anzweifelte und betonte, es gelte, gegen den Kommunismus zu kämpfen.
- ² Die "fortschrittliche" Minderheit der argentinischen Bischöfe besteht aus Mgr. Hesayne, Bischof von Viedma, Mgr. de Nevares, Bischof von Neuquén, Mgr. Novak, Bischof von Quilmes, die heute noch im Amt sind, aus Mgr. Angelelli, Bischof von La Rioja, 1976 ermordet, Mgr. Devoto, Bischof von La Goya und Mgr. Zaspé, Bischof von Santa Fé, die vor kurzem verstorben sind.

ARGENTINIEN/BRD

Die KWU-Connection

Alles hängt mit allem zusammen. Diese linke Standardweisheit ist zwar gut und richtig, erspart uns aber nicht die Mühe, konkrete Zusammenhänge aufzudecken und genauer darzulegen. Zu diesem Zweck besuchte



Roque Pedace, einer der prominentesten argentinischen Kritiker der Atom-Politik, Brasilien und die Bundesrepublik. Neben neuen Informationen über das argentinische Atom-Programm betonte Pedace insbesondere die zentrale Rolle, die die Siemens-eigene KWU in diesen drei Ländern einnimmt: Der Traum der argentinischen Militärs vom Atom-U-Boot, Brasilien auf dem Weg zur Bombe, heikle Atomexporte in die Dritte Welt - die KWU macht's möglich.

Roque Pedace ist Naturwissenschaftler an der Universität von Buenos Aires und dort zuständig für die Koordination der universitären mit der außeruniversitären Forschung. Sein Hauptanliegen zur Zeit ist es, Kontakt zwischen den kritischen Natur- und Sozialwissenschaftlern der "KWU-Länder" Argentinien, Brasilien und der BRD herzustellen. Er will ein die nationalen Grenzen überwindendes Forschungsprogramm in Gang setzen, um so der längst schon internationalisierten Atom-Industrie auch auf dieser Ebene Widerstand entgegenzusetzen zu können. So traf er sich mit Vertretern der Grünen in Bonn, mit Jens Scheer in Bremen, mit Lutz Mez in Berlin, um nur einige Namen zu nennen.

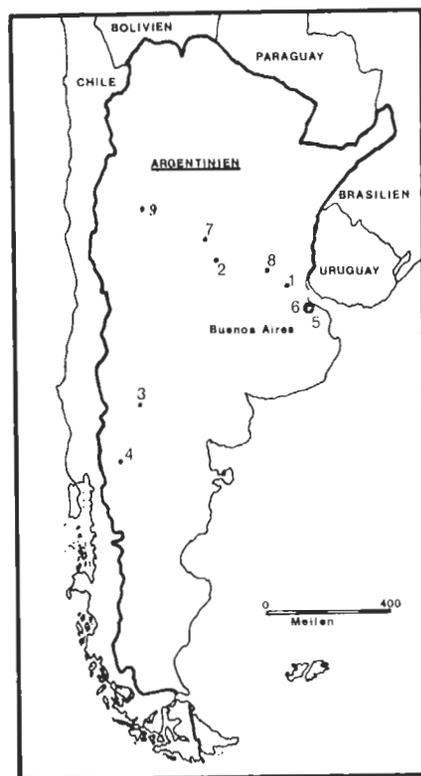
In den Vorträgen, die Pedace auf seiner Reise durch die BRD hielt, wies er daraufhin, daß Argentinien kurz davor steht, den Nuklear-Kreislauf zu schließen: zur Zeit sind zwei Atomkraftwerke in Betrieb (das von der KWU gebaute Atucha I, und Embalse) und die geheim gebaute, 1983 fertiggestellte Urananreicherungsanlage von Pilcaniyeu bei Bariloche (siehe Karte). Ein drittes AKW, Atucha II, wird ebenfalls von der KWU gebaut und soll 1992 (ursprünglicher Termin: 1987) in Betrieb genommen werden.

Kurz vor der Fertigstellung stehen desweiteren eine Schwerwasserfabrik, und im nächsten Jahr dürfte auch der Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Ezeiza, ganz in der Nähe des Flughafens von Buenos Aires, beendet werden. Damit wird Argentinien die Technik haben für alle Schritte von der Uranförderung bis zur Herstellung des bombenfähigen Plutoniums.

1: Auf das brasilianische Atomprogramm soll hier nicht weiter eingegangen werden, da sich dazu ein ausführlicher Bericht in den LN 156 findet.

ATOM UND MILITÄR: EINFACH UNZERTRENNLICH

So ist es denn auch kein Wunder, daß der "Argentinische Nuklearplan" (PNA) als ein Plan der Militärs entstand. Mit der Demokratie hat sich da praktisch nichts geändert, erläutert Pedace, zumal der erste zivile Leiter der Nationalen Atomenergie-Kommission (CNEA) seinen Vorgänger, Vize-Admiral Castro Madero zu seinem obersten Berater ernannte. Der militärische Charakter des Atomprogramms begünstigte auch die Entscheidung, den Auftrag für die weitere Entwicklung trotz der preisgünstigeren kanadischen Angebote an die inzwischen vollständig in den Siemens-Konzern integrierte KWU zu vergeben: Die KWU machte den Argentinern keine Auflagen, wie etwa die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags oder die Ratifizierung des Vertrags von Tlatelolco für ein atomwaffenfreies Lateinamerika, noch bestand sie auf der internationalen Kontrolle der Atomanlagen. Anders als bei den Kanadiern, die zu jener Zeit unter starkem Druck seitens der Carter-Administration standen, gab es von der KWU auch keine Einschränkung bezüglich der Länder, in die Argentinien seine Atom-Technologie weiter-exportieren kann.



- 1: Kernkraftwerke Atucha I und II
- 2: Río Tercero: AKW Embalse
- 3: Arroyito: Schwerwasserfabrik (im Bau)
- 4: Pilcaniyeu: Uran-Anreicherungsanlage
- 5: Ezeiza: Wiederaufbereitungsanlage
- 6: Constituyentes: Forschungsreaktoren
- 7: Córdoba: Forschungsreaktoren, Uran-Reinigungsanlage, Forschungsinstitut für Luftfahrt und Weltraum
- 8: Rosario: Forschungsreaktor
- 9: La Rioja: Startplatz für Höhenforschungsraketen

Das Interesse der Militärs war und ist in erster Linie die Schaffung des geschlossenen, nationalen Atomsystems. Darüber hinaus sind sie vor allem an weiterer Forschung, insbesondere aber an der "Anwendung" der Atom-Technik in der Rüstungs-Produktion interessiert, an dem Bau weiterer AKW's, der rein quantitativen Vermehrung des schon Vorhandenen, jedoch kaum. (Für die Errichtung neuer AKW's ist eindeutig die KWU die stärkste Lobby.)

Hauptanliegen der Militärs ist zur Zeit die Konstruktion von Atom-U-Booten. Da Argentinien den Krieg um die Malvinas/Falklands nicht zuletzt auch wegen der atom-getriebenen britischen U-Boote verloren hat, findet diese Forderung breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Auch große Teile der Linken identifizieren eigene Atom-U-Boote und eigene Nukleartechnologie mit nationaler Souveränität, sehen darin einen wichtigen Schritt der nationalen Emanzipation von den imperialistischen Großmachtansprüchen Großbritanniens und der USA.

"Das Verteidigungsministerium hat in dieser Hinsicht erklärt, daß das Projekt eines Atom-U-Bootes studiert wird", so Pedace. "Die CNEA hingegen gab bekannt, daß das einzige, was sie studieren würden, Kompakt-Reaktoren seien. Diese haben ein geringes Volumen und eine niedrige Leistung (zwischen 15 und 70 Megawatt) und können als Antrieb verwendet werden. Hat man erst einmal diese Kompakt-Reaktoren, kann man ihre Anwendung in U-Booten kaum noch verhindern."

Ein technisches Problem dabei sind vorerst noch die bisher in Argentinien gefertigten U-Boote, da sie zu klein sind. Doch wird mit Thyssen schon darüber verhandelt, in Zukunft auch größere, "atomfähige" U-Boote unter Lizenz in Argentinien herzustellen. Die langfristigen Auswirkungen, die die Herausbildung von Brasilien und Argentinien (deren traditionelle Konkurrenz mehr und mehr der Zusammenarbeit zu weichen scheint) zu regionalen Atom-Großmächten mit sich bringt, können zur Zeit nur erahnt werden.

ATOMPROFITE: DIE UNENDLICHE GESCHICHTE

Für die KWU geht es darum, den nach Tschernobyl vollends stagnierenden Absatz in den Industrieländern durch die Erschließung neuer Märkte in den Entwicklungsländern auszugleichen. So wurde in Argentinien in der Folge des sowjetischen Unfalls eine neue Gesellschaft, die ENACE gegründet, der sowohl der weitere Ausbau des argentinischen Atomprogramms obliegt, als auch der Export in Drittländer. Hier nun hat die CNEA, die nationale Atombehörde, nur noch einen Anteil von 75%, die restlichen 25% gehören schon direkt der KWU (der tatsächliche Einfluß der KWU dürfte noch deutlich höher sein als dieses ausgewiesene Viertel!).

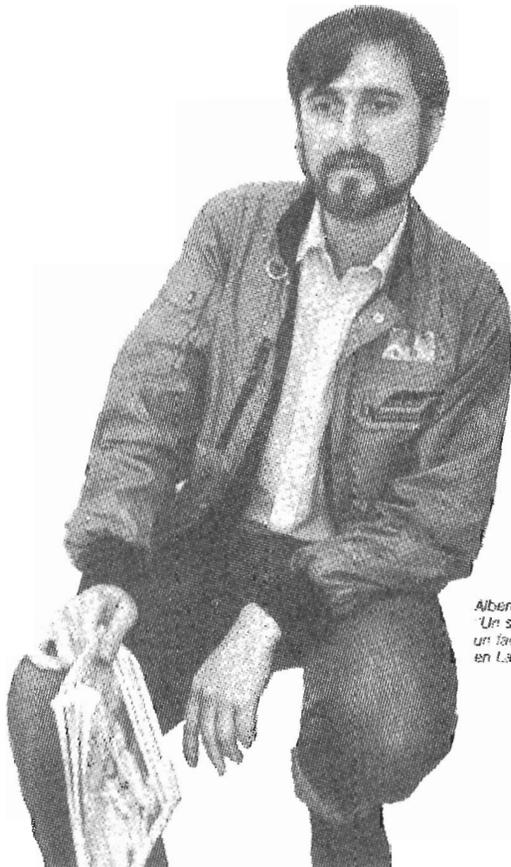
So ist ENACE für die KWU vor allem eine "by-pass-organization" zur Umgehung bundesdeutscher Restriktionen im Atom-Geschäft, oder, wie Herr Goettge, der Repräsentant der KWU in Argentinien, sagte: "Wir dürfen nicht vergessen, daß Argentinien im Nuklear-Bereich unab-

hängiger ist als Deutschland und so in Märkte eindringen kann, wo wir größere Schwierigkeiten hätten".

ENACE hat bereits mit Algerien einen Vertrag über nukleare Zusammenarbeit abgeschlossen, der den Bau eines Forschungsreaktors und danach die Errichtung eines AKW's mittlerer Größe zur Stromerzeugung vorsieht. Besonders delikate sind die Geschäfte mit dem Kriegführenden Iran: Über den Umweg ENACE wird dann dort auch die KWU den Reaktor von Bushehra weiterbauen, den sie unter dem Schah begonnen hatte und dessen Bau sie mit Khomeinis Machtübernahme vor allem wegen politischen Drucks hatte aufgeben müssen.

Aber nicht nur für die KWU ist der Export via ENACE vielversprechend, auch die argentinische Regierung hofft, daß die Atom-Technologie der Devisenbringer der Zukunft sein wird (nach Peru ist bereits ein Versuchs-Reaktor geliefert worden). Vor allem auf dem Dritte-Welt-Markt rechnet sich Argentinien gute Chancen aus, nicht nur wegen der schärferen Auflagen, mit denen die Atom-Firmen der

Industrieländer zu kämpfen haben, sondern insbesondere wegen der beiden favorisierten Reaktortypen: zum einen mittelgroße Reaktoren zur Stromerzeugung (unter 400MW), die den "Bedürfnissen" der meisten Entwicklungsländer besser entsprechen als die in Europa gebauten, größeren, die zumeist eine Leistung von 900-1300MW haben; und zum zweiten die bereits erwähnten Kompaktreaktoren, die sich so hervorragend für den Antrieb von U-Booten eignen. Gerade bei diesen atom-getriebenen U-Booten sieht Argentinien für sich Perspektiven auf dem Weltmarkt, da die Industrieländer als Konkurrenten aus politischen Gründen weitgehend wegfallen und Argentinien diesen Bereich weiter entwickelt hat als Brasilien oder andere Schwellenländer.



Alberto
"Un sul
un' facc
en Lat"

Der argentinische Atom-Kritiker
Roque Pedace

Gegen diese euphorischen Hoffnungen macht Pedace die Rechnung über die immensen Kosten des Atomprogramms auf. Atomkraftwerke sind die kapitalintensivste Form der Energiegewinnung und die Milliarden, die hierfür ausgegeben worden sind, machen einen Großteil der Schulden aus, die heute wie ein Damokles-Schwert über dem Land schweben und deren Zinszahlungen die argentinische Wirtschaft schwer belasten. Wenn Atucha II fertiggestellt ist, wird es den teuersten Strom der Welt (pro Kilowattstunde gerechnet) liefern. Da, wie bereits erwähnt, die Entstehung und Entwicklung des Atomprogramms militärischen Richtlinien folgte, wurde nie eine reale Kosten-Nutzen-Rechnung erstellt, und auch nach Alfonsíns Regierungsantritt wurde dies bisher nicht unternommen.

SPiegel-Report über verheimlichte KKW-Störfälle in aller Welt

(...) Es ist die Rekonstruktion der Ereignisse am Morgen des 30. Juni 1983 im KKW von Embalse, einem kleinen argentinischen Städtchen hundert Kilometer nördlich von Córdoba.

Was damals passierte, verschwiegen die Verantwortlichen der Öffentlichkeit bis heute. Sie informierten lediglich die nationale Atombehörde ihres Landes und, mit gebührender Verspätung, die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien.

(...)

Fast jedes Land meldete bisher einen - der Öffentlichkeit verheimlichten - Unfall an die IAEO, auch wenn kaum einer so dramatisch verlief wie der im argentinischen Embalse. Denn dort spitzte sich die Lage nach dem Ausfall der Pumpen noch zu: Das restliche Wasser im Sekundärkreislauf heizte sich immer weiter auf.

Der Kontrollraum-Techniker begann zu improvisieren. Zunächst leitete er Wasser zur Abkühlung in einen Nebenkreislauf um. Das nützte wenig, ein wichtiges Ventil blieb verschlossen. Grund: „Der Techniker bemerkte nicht, daß er dazu einen Stromschalter betätigen mußte“, heißt es im IAEO-Bericht.

Auch ein weiterer Rettungsversuch scheiterte: Um 9.30 Uhr startete der überforderte Ingenieur im Kontrollraum das Nachwärme-Abfuhrsystem (Shutdown-Cooling-System), das erst anlaufen dürfte, wenn im Primärkreislauf weniger als 177 Grad Celsius gemessen werden.

Die Temperatur lag aber bei 230 Grad. Der Techniker wollte nicht alles riskieren und nahm nur zwei Pumpen des Kühlsystems in Betrieb. „Es wäre eine bessere Wahl gewesen“, so der IAEO-Report, „gleich alle vier Pumpen zu verwenden.“

Das Nachwärme-Abfuhrsystem rächte sich für diesen Fehler. Nach wenigen Sekunden begannen die Rohre im Reaktor zu vibrieren und schlugen bis zu 20 Zentimeter weit aus. Das Dröhnen der Leitungen war selbst im Kontrollraum zu hören. Erschreckt brach der Mann am Schaltpult seinen Versuch ab.

Im Pumpenraum, „umgeben von Dampf und Wasser“ (IAEO-Bericht), hatten indes die Mechaniker fieberhaft an einem Werkzeug gebastelt, um die Ventile doch noch schließen zu können.

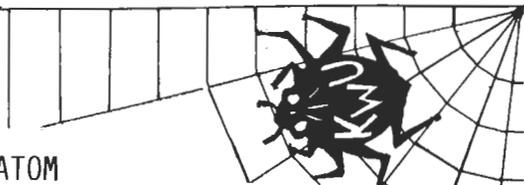
Nach mehr als drei Stunden, um 11.19 Uhr, schafften sie es. Ein Gau, der größte anzunehmende Unfall, konnte gerade noch verhindert werden.

Ein hoher Beamter der argentinischen Atombehörde urteilte später hinter verschlossenen Türen: „Das war sehr dicht an Harrisburg.“

Warum in Embalse das entscheidende Ventil nicht mehr funktionierte, konnte bei einer nachträglichen Untersuchung geklärt werden: Eine Klemmschraube fehlte.

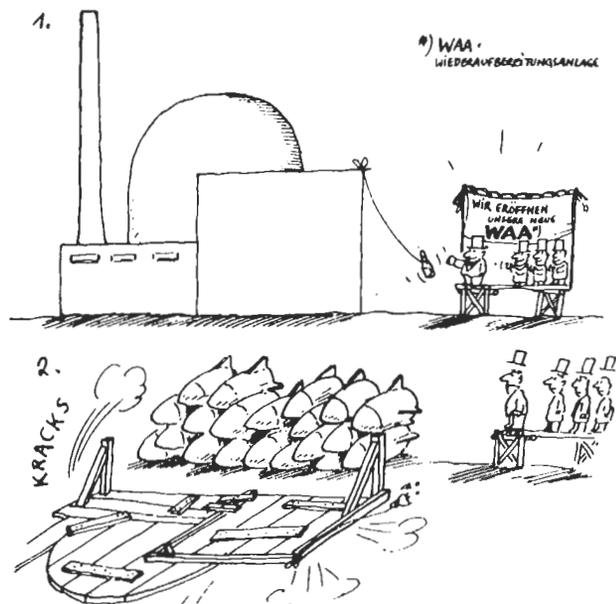
(...)

DER SPIEGEL; Nr. 17, 20.4.87



ES LEBE DAS NATIONALE ATOM

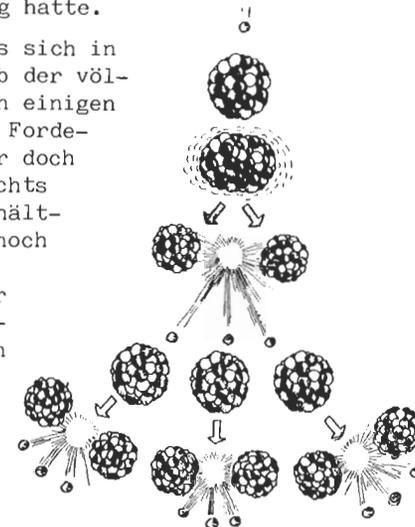
Mensch kann in Argentinien nicht von einer Anti-Atomkraft-Bewegung sprechen, wie es vielleicht für Brasilien möglich wäre. In Argentinien sind die enormen Kosten und die damit verbundene Verschuldung die einzigen Punkte, an denen das Atom-Programm in einer breiteren Öffentlichkeit kritisch diskutiert wird. Bei der Betonung der militärischen Gefahren, die die Entwicklung der Atomkraft mit sich bringt, und beim Warnen vor nuklearen Großmacht-Ambitionen weiß Pedace, daß er hier gegen die große Mehrheit seiner Landsleute steht, auch gegen den überwiegenden Teil derer, die mensch zur politischen Linken zählen würde. (Bei dieser Identifikation von nationaler Souveränität mit dem Atom-Programm wird die Abhängigkeit von KWU und Auslandskapital kaum mehr wahrgenommen!) Trotz der Existenz einiger Solar-, Biomasse- und Windenergieprojekte ist die Frage nach "alternativen Energien" eher nebensächlich. Da allgemeine Übereinstimmung herrscht, daß Argentinien über genügend traditionelle Energiequellen verfügt (insbesondere enorme Erdgasvorkommen in Patagonien und ungenutzte Wasserkraftreserven), wurde Atomkraft auch nie als "der notwendige Energieträger" propagiert, ohne den die Lichter ausgehen würden. Nicht der Verbrauch, sondern die technologische Entwicklung stand immer im Vordergrund.



Doch selbst in dem relativ kleinen Kreis kritischer Intellektueller, zu dem Pedace gehört, werden Fragen wie die gesundheitliche Gefährdung durch Radioaktivität bei "Normalbetrieb" der AKW's, die Problematik der Endlagerung und die möglichen Auswirkungen von Atomunfällen kaum oder nicht erörtert. Die in der Bundesrepublik übliche Formulierung, daß Atomkraft prinzipiell nicht völlig beherrschbar sei, wird so nicht geteilt. Immer wieder wird deutlich, daß in Argentinien keine "radioaktive Wolke" aus dem Bewußtsein der Katastrophe ohnmächtige Angst werden ließ, daß Tschernobyl dort keine psychologische Wirkung hatte.

Während die Atom-Kritiker bei uns sich in erster Linie darüber streiten, ob der völlige Ausstieg sofort oder erst in einigen Jahren erfolgen sollte, sind die Forderungen der kritischen Argentinier doch deutlich weniger radikal, angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wäre ihre Durchsetzung dennoch ein gewaltiger Umbruch.

So steht für Pedace an vorderster Stelle die konsequente Entmilitarisierung des Atom-Programms, ein Bau-Stop, die Kontrolle der bestehenden Atomanlagen durch von der nationalen Atombehörde unabhängige Institutionen und die verstärkte Nutzung und Entwicklung der traditionellen und alternativen Energiequellen. Momentanes Ziel, so Pedace, muß aber das Herbeiführen einer "rationalen Diskussion über Atomkraft in der zivilen Gesellschaft" sein.



Zum weiteren Lesen: In den LN 128 ein Bericht über den wohl bekanntesten kritischen Nuklearphysiker Argentiniens, José Federico Westerkamp (der aber unter anderem noch die Antarktis als Atommülldeponie vorschlägt, denn da lebe ja niemand!) Informationen über die AKW's und ökologische Probleme Argentiniens im allgemeinen, und insbesondere über die Gruppen des sich dagegen formierenden Widerstands finden sich in den LN 152. Als Hintergrund unerlässlich sind wohl die beiden Bücher des FDCL: "Der Griff nach der Bombe - Das deutsch-argentinische Atomgeschäft" und "Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft", die beide über den LN-Vertrieb, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61 erhältlich sind. Lesenswert ist auch das vom Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi, Gisselbergstr.7, 3550 Marburg) zu beziehende Buch "Atomraketen als Entwicklungshilfe - Rüstungstechnologie aus der BRD für Brasilien, Indien und Argentinien".

CHILE

1. Mai 1987:

Pinochets Fahrplan läuft

Die Spaltung der chilenischen Opposition wurde einmal mehr aus Anlaß der diesjährigen Veranstaltungen bzw. Aktionen zum Internationalen Tag der Arbeit deutlich. Während der Gewerkschaftsdachverband CNT (Nationales Arbeiterkommando) im Cariola-Theater in Santiago eine geschlossene Veranstaltung abhielt, organisierten Arbeiter, Studenten, Akademiker und pobladores Sternmärsche zu diesem Versammlungsort. Der Applaus der auf dem Theatervorplatz demonstrierenden Menschen für die Reden der im Cariola-Theater Versammelten und der anschließende Versuch einer gemeinsamen Demonstration, die allerdings von der Polizei brutal unterdrückt wurde, können dabei nicht über tiefgreifende Differenzen hinwegtäuschen.

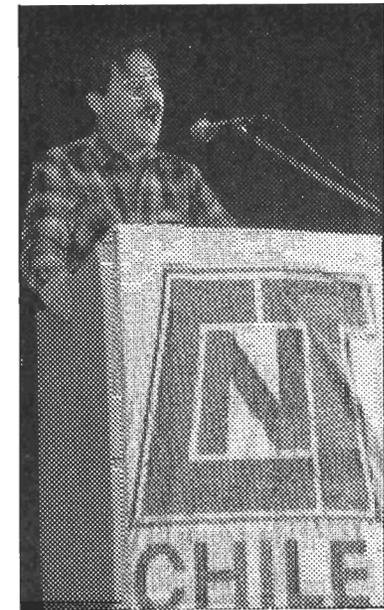
In den vergangenen Jahren hatten sich die verschiedenen Strömungen in der chilenischen Opposition trotz aller ideologischen und programmatischen Differenzen zumindest für den 1. Mai auf gemeinsame Aktionen und Demonstrationen einigen können. 1987, also weniger als zwei Jahre vor dem von Pinochet geplanten Plebiszit im Rahmen der von ihm festgelegten bzw. auf ihn zugeschnittenen "Demokratisierung", war ein einheitliches Vorgehen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht mehr möglich. Es gab zwei getrennte Veranstaltungen, was die Zerrissenheit und inneren Widersprüche der Opposition in Chile unübersehbar macht, auch wenn die Beteiligten eine verbale Konfrontation vermieden und sich schließlich zu einem gemeinschaftlichen Demonstrationsversuch durchdrangen.

Für die Kundgebung im Cariola-Theater hatte der CNT vorher eine bestimmte Anzahl von Eintrittskarten ausgegeben, dort trafen sich Gewerkschafter, Politiker und Vertreter der sozialen Organisationen, um, wie die Veranstalter betonten, den 1. Mai einmal als Gelegenheit zum Nachdenken zu nutzen und in Ruhe den Ansprachen zuhören zu können. Hauptredner war der CNT-Vorsitzende Rodolfo Seguel, der heftige Kritik am Parteiengesetz von Pinochet übte, was nicht zuletzt im Hinblick auf die eigene Person bzw. Funktion nur allzu verständlich ist: "besonders, weil es (das Parteiengesetz) das ungerechte und willkürliche Verbot festschreibt, daß wir als Vertreter von berufständischen und Gewerkschaftsorganisationen nicht Mitglieder politischer Parteien sein dürfen. Wir wollen es nicht zulassen, daß wir als Aussätzige geächtet werden und man uns ein elementares Bürgerrecht vorenthält." Bestimmt nicht zum Vergnügen einflußreicher Parteifreunde verkündete der Christdemokrat Seguel: "Soziale Konzertation und politische Übereinkunft sind

notwendige Grundlagen, um eine nachhaltige und wachsende Mobilisierung aller Chilenen zur Rückeroberung der Demokratie voranzutreiben." Wenn solchen Worten doch öfter entsprechende Taten folgen würden...

Wer nicht zum erlesenen Kreis der geladenen Gäste gehörte oder gehören wollte, beteiligte sich an Demonstrationszügen, die sternförmig auf den Kundgebungsort des CNT zuliefen. Darunter waren die Angehörigen der Repressionsopfer, die Studenten, Lehrer, pobladores und, als größte Gruppe, die Arbeiter, die vom Sitz der kommunistisch geführten Bauarbeitergewerkschaft losmarschierten. Trotz des in Chile fast zur Tagesordnung gehörenden massiven Polizeieinsatzes und mehrerer Verhaftungen erreichten die Demonstranten in mehr oder weniger geordneter Form das Cariola-Theater. Obwohl die Außenstehenden, die den Reden im Theater über Lautsprecher folgen konnten, wiederholt applaudierten, wurden auch sehr kritische Stimmen gegenüber Veranstaltern und Teilnehmern dieser geschlossenen Kundgebung laut. Eine Vertreterin der pobladores, Claudia Núñez, meinte dazu: "Ich glaube, heute hat sich eine große Schwäche der Gewerkschaftsführer gezeigt, dem organisierten Volk wurde mißtraut, und wir pobladores denken, daß eine solche Veranstaltung in einem geschlossenen Raum ein Verrat an dem jahrelangen Kampf ist."

Ob es schon vorher geplant oder eine spontane Reaktion auf die Kritik der um das Theater Versammelten war, läßt sich nur schwer sagen; auf jeden Fall mischten sich die Teilnehmer der "offiziellen" Kundgebung mit den Außenstehenden und versuchten, gemeinsam mit diesen eine Demonstration zum Stadtzentrum. Doch die Polizei löste den Protestmarsch mit Wasserwerfern und Tränengas auf, wobei sie keinen Unterschied zwischen den Kundgebungsteilnehmern in und vor dem Theater machte: Die Repression betraf alle gleich, über 100 Personen wurden festgenommen, darunter auch der CNT-Vorsitzende Seguel.



CNT-Präsident Rodolfo Seguel als der Hauptredner einer der diesjährigen Veranstaltungen zum 1. Mai

Trotz des versöhnlich erscheinenden Ausklangs der diesjährigen Maiveranstaltungen - zumindest was die gemeinsame Demonstration und die gemeinsam erfahrenen Reaktionen des Regimes anbelangt - spiegeln sich darin tiefgreifende politische und programmatische Dissonanzen in der chilenischen Opposition wider, die vor etwa einem Jahr offenkundig wurden. Nach einer weitgehend akzeptierten Politik der Massenmobilisierung, die sich in einer Reihe von Protesttagen niederschlug, setzte die bürgerliche Opposition trotz der sehr beeindruckenden Protestaktionen am 2./3. Juli 1986 Mitte des vergangenen Jahres auf Übereinkünfte mit rechten und konservativen Kreisen und, wenn es nach ihr gegangen wäre, sogar mit dem Pinochet-Regime (vgl. LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 154, Dez.86). Die in den Jahren zuvor erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit der gemäßigten (v.a. DC - Christdemokratische Partei) und linken (v.a. PC - Kommunistische Partei) Gegner der Militärjunta im Gewerkschafts-, Universitäts- und berufsständischen Bereich wurde aufgekündigt; einen willkommenen Anlaß dazu bot der Mitte-Rechts-Opposition das Attentat auf den Diktator am 7. September 1986.

Auf den ersten Blick beeindruckend war damals die zeitliche Übereinstimmung des christdemokratischen Kurswechsels mit einer massiven Intervention von Seiten der USA in Richtung auf eine Veränderung der Machtverhältnisse in Santiago; erinnert sei in diesem Zusammenhang an die heftige Kritik von US-Botschafter H. Barnes am Militärregime und an die Gespräche hoher US-amerikanischer Militärs mit ihren chilenischen Kollegen, in denen über politische Alternativen zu Pinochet gesprochen wurde. Gleichzeitig signalisierten führende Vertreter der Streitkräfte in Chile Gesprächsbereitschaft gegenüber der bürgerlich-konservativen Opposition, sofern sich diese deutlich genug von den "Marxisten" absetzte.

WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNG

Darüber hinaus darf auf keinen Fall übersehen werden, daß auch die ökonomische Entwicklung erheblichen Einfluß auf die Strategie der DC gehabt hat. Seit Beginn des vergangenen Jahres befindet sich die chilenische Volkswirtschaft nämlich unübersehbar im Aufwind. Die Absatzlage für chilenisches Obst, für Wein, Fischmehl und ähnliche Produkte, die sich alle durch einen niedrigen Grad an industrieller Aufbereitung und daher durch eine erhebliche Anfälligkeit auf dem Weltmarkt auszeichnen, gestaltete sich in den letzten beiden Jahren sehr positiv, was zusammen mit sehr günstigen Rohölpreisen zu einer Erhöhung des Handelsbilanzüberschusses auf 1,1 Milliarden US-\$ im vergangenen Jahr führte. Gleichzeitig darf aber nicht vergessen werden, daß Chile in den letzten Jahren zwischen 1,5 und 2 Milliarden US-\$ allein an Zinszahlungen für die Auslandskredite aufzubringen hatte, an eine Tilgung der bei internationalen Banken aufgenommenen Schulden war dabei gar nicht zu denken. Hierzu ein recht anschauliches Rechenexempel: Geht man

davon aus, daß Chile in den kommenden 10 Jahren jeweils 2 Milliarden US-\$ an Zinszahlungen leisten muß, wird es allein in diesem relativ kurzen Zeitraum die Gesamtsumme aller bisher auf dem internationalen Finanzmarkt aufgenommenen Kredite allein für Zinsen bezahlen; dabei wird jedoch von den Auslandsschulden nicht ein Pfennig getilgt, vielmehr erhöht sich die Kreditsumme noch, da ja zur Bezahlung der Zinsen ständig neue Darlehen aufgenommen werden müssen: Für die Banken ein Riesengeschäft!



Der 1. Mai war in den vergangenen Jahren für die Chilenen immer ein wichtiger Anlaß, ihrem Protest an dem Militärregime von General Pinochet Ausdruck zu verleihen

Solange die transnationale Bankwelt jedoch weiterhin ausreichend Dollars nach Chile fließen läßt, können die Auswirkungen der riesigen Auslandsverschuldung auf die Lage im Inland kaschiert werden. So stieg die Produktivität der chilenischen Volkswirtschaft in den letzten Monaten beachtlich, es entstanden neue Unternehmen und damit neue Arbeitsplätze, auch das Lohnniveau erholte sich. Finanzminister Büchi, im vergangenen Jahr als der Mann des Wirtschaftswunders hochgelobt, sah sich nun sogar zu Zinserhöhungen gezwungen, um den Aufschwung etwas abzubremsen und damit die Inflation einzudämmen; schließlich stellt eine niedrige Inflationsrate für Weltbank, Internationalen Währungsfond (IWF) und Gläubigerbanken eins der wichtigsten Vergabekriterien für neue Kredite dar.

Der wichtigste Grund für das Eingreifen des Finanzministers wird allerdings ein anderer gewesen sein: Offenbar war der Aufschwung etwas zu schnell erfolgt, sodaß er seinen Höhepunkt schon vor der "heißen Phase" des von Pinochet angestrebten Plebiszit- und Wahlverfahrens 1989 erreicht und zu früh die Kurzlebigkeit dieser Erfolge zu erkennen gegeben hätte. In Chile ist es nämlich inzwi-

schen ein offenes Geheimnis, daß spätestens seit Mitte 1986 eine Gruppe hochkarätiger Ökonomen eine Strategie erarbeitet, um durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Bevölkerung eine Pro-Pinochet-Stimmung zu erzeugen. Wenn der Diktator als der Retter vor dem wirtschaftlichen Niedergang aufgebaut werden kann, wird schnell vergessen sein, daß er selbst die Krise zu verantworten hat; Pinochet baut auf die Kurzlebigkeit des Volksbewußtseins. Die allgemeine ökonomischen Erholung wird außerdem mit einer Reihe von Bonbons garniert: in Santiago wurden knapp 100 Millionen DM für die Errichtung von 15.000 einfachen Häusern zur Verfügung gestellt. Bisher weiß noch niemand so genau, wo denn das Geld herkommen soll, aber die Regierung tut etwas gegen die Wohnungsnot - ganz plötzlich. Und so wird es bis zur "Wahl" weitergehen, geschickt verteilt und dosiert hier und da ein Geschenk oder Entgegenkommen des Regimes. Mit diesem populistischen Konzept sollen gerade die unteren Bevölkerungsschichten für den Diktator gewonnen werden - eine Perspektive, die vor wenigen Monaten noch kaum vorstellbar war.

Die chilenische Mittelschicht braucht keine solchen Bonbons, sie wird im wesentlichen durch die Auswirkungen des Wirtschaftsaufschwungs von ihrer oppositionellen Haltung gegenüber dem Regime abzubringen sein. Kleinunternehmer haben nun wieder bessere Chancen auf dem in- und, soweit sie das Richtige produzieren, auslän-



Hier wird gefoltert!

Die wohlgedachten "Demokratisierungs"strategien von General Pinochet dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Chile die Menschenrechte weiter mit Füßen getreten werden, solange der Diktator an der Macht bleibt

dischen Markt, für Selbständige, mittlere Angestellte und Fachkräfte gibt es wieder Arbeit. Mit dem ökonomischen Druck auf die Mittelschichten nehmen auch deren soziopolitische Betroffenheitsgrad und damit die Entschlossenheit im Kampf gegen das Regime ab. Offenkundiger Ausdruck dieser veränderten Situation war die seit Mitte 1986 offensiv verfolgte Strategie der Christdemokraten und anderer Mitte-Rechts-Gruppierungen. Die Saat von Pinochet scheint aufzugehen. Neu ist diese Idee jedoch keineswegs: Schon Konrad Adenauer sagte, es gäbe keinen besseren Schutz gegen den Kommunismus als jeden zu einem eigenen Häuschen kommen zu lassen. Wenn dies jedoch auch in der reichen BRD nicht gelungen ist, so wird es umso schwerer in Chile zu erreichen sein, ein Funke Hoffnung bleibt also noch.

Der von Pinochet und seinen Mannen erarbeitete Fahrplan zur Gestaltung der Zukunft Chiles ganz in seinem Sinne läuft offenbar sehr erfolgreich an. Der wirtschaftliche Aufschwung wird, richtig dosiert, seine größten Blüten just zu dem Zeitpunkt treiben, wenn eine Entscheidung zwischen Pinochet und einem möglichen Gegenkandidaten der Opposition ansteht; ein bißchen antiterroristische Panikmache wird ein Übriges tun. Ob das vom Diktator anvisierte Verfahren, das durch sein Parteien- und Wahlgesetz auf einen vermeintlich demokratischen Boden gestellt werden soll, eine Chance hat, gemeinhin (zumindest in der westlichen Welt) auf Anerkennung zu stoßen, oder zu einer vollkommenen Farce verkommt, entscheidet sich letztlich auf dem Parteitag der chilenische Christdemokraten. Dann nämlich will sich die DC festlegen, ob sie sich in die Wählerlisten einschreibt und somit das vom Militärregime geregelte Spiel mitspielt und Pinochet seinen größten politischen Triumph garantiert. Verweigert sich die DC Pinochets Parteiengesetz, wird auch der wohlwollendste Beobachter der Diktatur den fadenscheinigen Charakter der "Demokratisierung" erkennen können.

Noch wird in der DC hinter den Kulissen um die Entscheidung gerungen. Doch steht bei der derzeitigen Lage der Dinge zu befürchten, daß die opportunistischen Christdemokraten Chiles - oder zumindest die Führungskader der DC - momentan größere Vorteile in einem Anbieten an das Militärregime wittern und sich seinem Fahrplan unterwerfen. Damit wäre die politische Zukunft Chiles für weitere Jahre festgeschrieben, eine Änderung nur noch durch ein "unvorhersehbares Ereignis" wie z.B. am 7. September des Vorjahres zu erzwingen...

Verschwörungstheorie komplett – CIA & KGB, Hand in Hand

Hinter dem Attentatsversuch auf Pinochet am 7. 9. 86 habe möglicherweise der CIA gesteckt, erklärte in diesen Tagen Pinochet – zunächst vor Mitgliedern einer US – Organisation " Pro Democracy in Central America", die in Pinochets Chile Unterstützung für die nicaraguanischen Contras suchte. In einem Interview mit "Le Monde" (4.5.87) griff er den Gedanken noch einmal auf. Seit dem Putsch '73 habe er mehrfach Warnungen über drohende CIA –Anschläge von einem CIA –Mitarbeiter erhalten. Auf seine Nachfrage habe ihm sein Freund US – General Vernon Walter, früher CIA – Vize, jetzt UNO – Botschafter, erklärt, die Hinweise seien grundlos.

Auf die Frage der Contra-Freunde, ob nicht eher der KGB hinter einem solchen Attentat zu vermuten sei, erklärt Pinochet, gelegentlich arbeiten beide Mächte zusammen. Natürlich kann auch Pinochet nicht glauben, sein CIA – Freund Walter hätte ihm finstere CIA – Pläne wirklich enthüllt. Und daß grade die Contra – Helfer aus den USA ihm die CIA & KGB – Verschwörungstheorie wirklich abnehmen würden, konnte er wohl ebensowenig erwarten.

Was also bezweckt Pinochet mit seinem öffentlich lancierten Verdacht?

MÖRDERISCHER GEHORSAM (FORTSETZUNG)

Am 6. Mai erging in Washington das Urteil gegen den chilenischen Ex-Geheimdienstoffizier Armando Fernández Larios wegen seiner Beteiligung an der Ermordung Orlando Letelier's (vgl. LN 158, S. 55) : Er erhielt eine Haftstrafe von mindestens 27 Monaten und höchstens sieben Jahren. Unter Anrechnung von 17 Monaten Haft (in Chile und den USA) kann Fernández hoffen, zum 1.4. 1988 auf Bewährung freigelassen zu werden und in die ihm versprochene neue Identität tauchen zu können.

Das US-Außenministerium erklärt, für die USA sei der Prozeß erst abgeschlossen, wenn auch die übrigen Schuldigen und Verantwortlichen abgeurteilt seien (Ex – DINA – Chef Contreras und sein Operationsleiter Espinoza). Pinochets Name bleibt ausgespart.

Santiago de Chile im UNO-Jahr des Menschenrechts auf Wohnung

La Pincoya, der nördlichste Stadtteil von Santiago, besteht aus mehreren poblaciones, von denen wiederum die nördlichste und jüngste "Ultima Hora" heißt, denn sie entstand Anfang September 1973, wenige Tage vor dem Militärputsch, aus einer Landbesetzung, wie die meisten poblaciones dieses Stadtteils. Alle diese Siedlungen bestehen aus endlosen Reihen von Grundstücken von ca. 10x10 m, umgeben von Zäunen. Soweit die Häuser darauf vom Staat erstellt wurden und von den Bewohnern abbezahlt werden müssen – wozu die wenigsten in der Lage sind – sind sie 28 m² groß, aus Ziegeln oder Holz gebaut ("casa basica"), teilweise mit Anbauten versehen. Hier wohnen im Durchschnitt sechs Personen. Dazu kommen die sog. "allegados", wohnungslose Verwandte oder Bekannte, die zusätzlich in dem Haus oder darangebauten Hütten (mediaguas) von durchschnittlich 6 x 3 m leben – eigentlich vorübergehend, doch dieser Zustand ist gewöhnlich von jahrelanger Dauer. Im Straßenbild dominieren Männer, die an den Ecken herumstehen, Kinder, Jugendliche, von denen manche ganz offen Neopren (Pattexlöser) schnüffeln, während die Frauen fast immer zu Hause anzutreffen sind, kaum ausgehen. Man sieht kaum Autos, jedes fremde Fahrzeug wird argwöhnisch betrachtet, es könnte ja mal wieder Polizei oder Geheimdienst sein. Die Busse sind hier noch fast leer, denn wer kann sich schon den Fahrpreis leisten, doch manche Fahrer lassen hier die Leute umsonst oder für den halben Preis mitfahren. Es gibt ein paar fast leere Läden, Stände, ein paar Handwerksbetriebe, Kapellen verschiedener Religionen und viel Staub auf den ungepflasterten Wegen.

Die Wohnsituation ist unerträglich für alle, und so haben sich ca. 200 Familien von "allegados" und Wohnungslosen im UNO-Jahr des Menschenrechts auf Wohnung (1987) mit Hilfe des CUP (s.u.) zusammengeschlossen und bereits zu Jahresbeginn und wiederum zur Zeit des Papstbesuches mehrere Versuche unternommen, ein seit Jahren ungenutztes Terrain am Rande der Hügel zu besetzen. Zu einem verabredeten Zeitpunkt haben sie sich mit ihrer wenigen Habe, mit Decken, Pappe und Blech auf dem Grundstück getroffen und Hütten oder Verschlüsse erbaut, die Siedlung sogleich "Juan Pablo II" getauft und gehofft, daß die Zeit des Papstbesuches ihnen Schutz vor Repression und Gelegenheit gibt, öffentlich auf ihre verzweifelte Wohnsituation hinzuweisen. Der Papstbesuch hat ihnen nichts genützt: Die Besetzer wurden von starken Polizei- und Militäreinheiten mit Tränengas und Wasser beschossen, ihr armseliges Eigentum wurde zerstört und sie wurden vertrieben. Ca. 80 Personen wurden verletzt, fast 100 festgenommen. Trotzdem wurde das gleiche Terrain innerhalb von vier Tagen dreimal besetzt. Die Zahl der beteiligten Familien stieg auf 300. Benachbarte pobladores unter-

stützen sie mit Wasser, Lebensmitteln und Strom trotz Belagerung durch Polizei und Armee, die jedesmal wieder angriff und die Leute vertrieb, sogar Hubschrauber gegen sie einsetzte. Gleichzeitig wurden noch an vier anderen Orten in Santiago Versuche unternommen, Wohnraum zu erobern. Die Gesamtbilanz der Besetzungsaktionen vom 31. 3. bis zum 2. 4. ist der Tod des 26-jährigen Roberto Fuica, von Uniformierten erschossen, Dutzende von Verletzten (davon 5 mit Schußwunden), über 200 Festnahmen.

comando unitario de pobladores CUP

Unterstützt werden die Besetzer von den Organisationen der pobladores: Das CUP ist ein Zusammenschluß aller Organisationen der Bewohner der Randsiedlungen (z.B. Frente amplio de mujeres, Metropolitana de pobladores etc.) Lange hat es gedauert, bis sich die verschiedenen Organisationen auf einen Minimalkonsens einigen konnten. Das CUP ist als Organisation der Armen in der Asamblea de la Civilidad vertreten.

Die Organisierung der pobladores begann 1979. Bei ersten Aktionen ging es um Wasser- und Stromversorgung und um die Stundung der Schulden für die Häuser. Schon 1979 wurden Landbesetzungen durchgeführt, teilweise mit Erfolg. Das CUP ist dezentral in den poblaciones organisiert. Die Führer haben wiederholt Gefängnis oder Verbannung erleiden müssen.

Schwerpunkte der Arbeit sind

- die Organisierung des täglichen Überlebens (Volksküchen, Selbsthilfegruppen, Werkstätten)
- die Organisierung der Wohnungssuchenden
- Schulung und politische Organisierung
- Erforschung der tatsächlichen Situation in den poblaciones
- kulturelle Programme (z.B. Kinderfeste, Festival Victor Jara im April 1987)
- Kooperation mit anderen Organisationen und Koordination der Arbeit verschiedener Stadtteile (1986 konnte trotz Verbots der erste überregionale pobladores-Kongreß stattfinden).



AUCH DIE REGIERUNG HAT LÖSUNGEN FÜR DAS WOHNUNGSPROBLEM

Das mit großem Propagandaaufwand verkündete Programm der 'Regierung' zur Lösung des Wohnungsproblems besteht in der geplanten Umsiedlung von 2 000 Familien (laut CUP gibt es ca. 400 000 wohnungslose Familien) in den extremen Süden des Landes, die Provinz Magellanes und besonders Puerto Williams, den südlichsten Ort der Welt, am Südufer des Beaglekanals. Dort herrscht ohnehin schon eine hohe Arbeitslosigkeit und eine Infrastruktur fehlt fast völlig. Durch die Besiedlung sollen Tatsachen geschaffen werden im Streit mit Argentinien in dieser Region.

Außerdem sollen die Familien in den äußersten Norden, nach Arica, geschickt werden und den bolivianischen Arbeitskräften die Arbeit wegnehmen.

Frühere Maßnahmen, Bewohner der poblaciones in weniger weit entfernte Gegenden zu schicken, endeten damit, daß sie bald zurückkehrten, da sie weder Wohnung noch Arbeit fanden. Das wird bei der neuen Maßnahme nicht möglich sein.



NICARAGUA

Managua – eine »Vorstadt« platzt aus ihren Nähten

Landflucht, unkontrollierbares Wachstum und deren Folgen wie Elendsviertel und Müllberge sind Begriffe, die man in der Regel mit Städten wie Mexiko-City oder Sao Paulo verbindet. Kaum einer kommt auf die Idee, daß diese Phänomene auch in Managua zu finden sind. Im folgenden Artikel geht es um die zahlreichen alltäglichen Frustrationen, die das Leben auch in Managua so schwer machen.

Für US-Präsident Reagan ist Managua der Inbegriff für Bedrohung, eine akute Gefahr für Amerikas Sicherheit.

Für Journalisten, die in Nicaraguas Hauptstadt kommen und internationale Metropolen gewöhnt sind, bedeutet Managua Armut und ökonomisches Chaos.

Die Sandinisten beurteilen Managua als "das häßlichste und armseiligste Vermächtnis, das auf uns hat zukommen können". So Eduardo Bernheim, ein städtischer Planer in Managua in Washington Post (WSP) vom 23.4.1987.

Managua – das bedeutet: brütende Hitze, zwei Tage in der Woche kein Wasser, hoffnungslos lange Schlangen vor Supermärkten und Lebensmittelläden, überfüllte Busse, Bürokratie, Schwarzmarkt ... "Managua ist eine kollabierende Hauptstadt, wo zahlreiche Frustrationen des täglichen Lebens die Leute verzweifeln lassen" (WSP).

Managua hat nichts von einer Hauptstadt. Es ist vielmehr ein riesiges, weit verstreutes Dorf. Seit dem Erdbeben 1972 ist es eine Stadt ohne Zentrum. Die Trümmer und öden Flächen, die Gebäuderuinen zwischen Banco de América und dem Nationalpalast lassen ahnen, daß hier einst eine Metropole war. Auch die Adressenbezeichnungen sind Zeugen der Vergangenheit: Dort wo einmal ... war (die Apotheke, der Baum, der Laden, das Haus etc.)

Während des Aufstandes gegen Somoza wurde Managua ebenfalls stark zerstört. Kurz vor seinem Abzug ließ Somoza u.a. die Industriezentren der Stadt bombardieren.

Heute ist Managua die Stadt, wo die Wirtschaftskrise am stärksten zu spüren ist. Ohne den Krieg unmittelbar vor Augen zu haben, leiden die Stadt und ihre Bevölkerung massiv unter dessen wirtschaftlichen Auswirkungen: Bis zum Sieg der Sandinisten besaß die Bevölkerung Managuas auf ökonomischer Ebene die meisten Privilegien des Landes. Auch nach dem Sieg, als die Sandinisten das Schwergewicht auf ländliche Entwicklung legten, erleichterten Preissubven-

tionen für Grundnahrungsmittel und Transport sowie Verbesserungen der Wohnungen das Leben der Bevölkerung enorm. Auch die Verteilung der Waren (Lebensmittel, Medikamente etc.) erfolgte in der Hauptstadt erheblich besser als auf dem Land. (envio Nr. 66, Dez. 86)

Dadurch wurde die Stadt immer attraktiver und bekam einen immensen Zuwachs. Hatte Managua 1940 noch 62.500 Einwohner, war sie 1983 bereits auf 600.000 angewachsen und zählt 1987 ca. 1 Mio. Einwohner (bei 3 Mio. Gesamtbevölkerung des Landes).

Dies bringt natürlich unübersehbare Probleme mit sich: die Stadt droht aus allen Nähten zu platzen, Lebensmittel und Wasser, Verkehrsmittel, Wohnungen ... alles wird viel zu knapp. Den Stadtplanern und Verantwortlichen ist Managua längst außer Kontrolle geraten.

Die Zuwanderung nach Managua erfolgt, wie eine kürzlich durchgeführte Untersuchung der UCA (zentralamerikanische Universität) in Managua ergab, nicht direkt vom Land in die Stadt, sondern geht in mehreren Etappen vor sich: Vom Land in die Stadt, von dort in die Städte rund um die Hauptstadt und erst zum Schluß nach Managua, wo man zuerst auch durch mehrere Stadtteile zieht, bis man schließlich einen festen Wohnsitz gründet. So sind die neuen Stadtteile Managuas nicht von erst kürzlich zugezogenen Bauern bewohnt, sondern stellen die Endstation einer Reise dar, die vor etlichen Jahren in einer verarmten Landregion begann. (vgl. envio Nr. 66)



Überall in Managua wird auf der Straße selbstgemachtes Essen angeboten, mit dem sich viele der Zugewanderten ihren Unterhalt verdienen

Die neuen Stadtteile, die zwischen 1980 und 1982 entstanden sind, lassen sich in zwei verschiedene Gruppen unterscheiden: Die Stadtteile zunehmender Urbanisierung, die im Zuge einer Städtereform durch den Druck, den die Bevölkerung auf die Sandinisten ausübte entstanden und die spontan wachsenden Siedlungen: Weite Teile Managuas wurden von Familien besetzt, die bis dahin aufgrund ihrer Armut gezwungen waren, mit zwei oder drei Familien zusammen in ein und demselben Haus oder in einer Hütte zu wohnen. Zunächst fanden diese neu entstandenen spontanen Siedlungen Unterstützung durch die Junta für Wiederaufbau Managuas und das Wohnungsbau-Ministerium (MINVAH) in der Versorgung mit Strom und Wasser.

Mittlerweile haben die verantwortlichen Stadtplaner jedoch keinerlei Interesse mehr daran, daß die Stadt weiter expandiert, und wollen nicht mehr in die Entwicklung dieser (illegalen) Siedlungen investieren. Einige sagen sogar, man muß die Stadt (bzw. diese Viertel) unbewohnbar und unattraktiv machen, damit die Migranten lieber die Stadt verlassen.

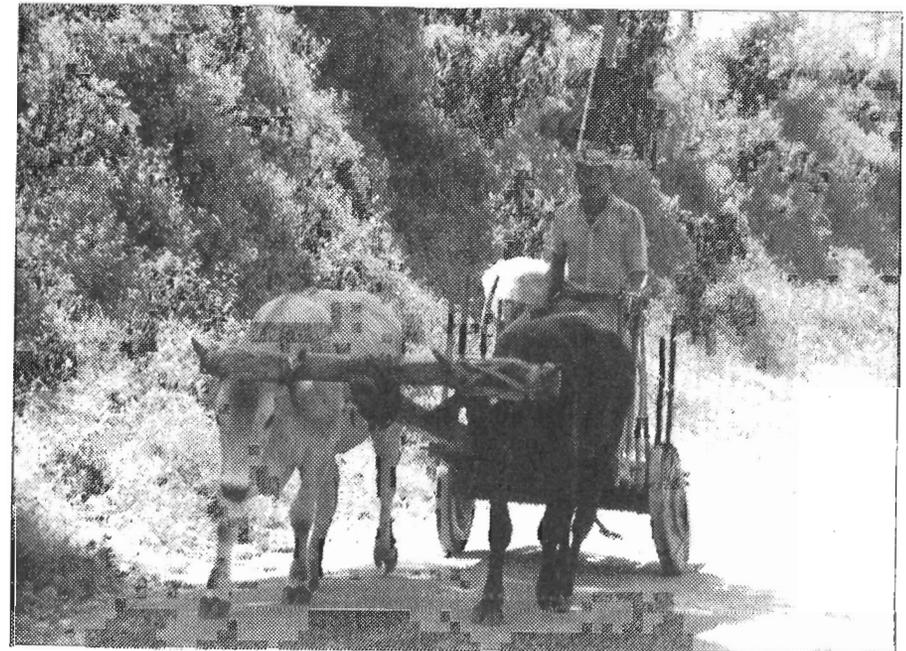
Auch die Preispolitik der Sandinisten, die seit April 1986 Preisstaffelungen vorsieht (auf dem Land und in den kleineren Städten gelten wesentlich günstigere Preise als in Managua) ist Teil dieser Strategie, das Leben in Managua weniger attraktiv zu machen und die Abwanderung von den Städten auf das Land zu fördern.

In den nächsten fünf Jahren will die Stadtverwaltung ca. 20.000 Familien aus ihren illegalen Siedlungen im Stadtzentrum ausweisen und sie in einem Grüngürtel am Rande der Stadt ansiedeln, wo sie Reis und Bohnen anbauen sollen.

In Managua fehlen, nach Angaben des Bürgermeisters, 75.000 Wohnungen. Seit 1979 hat die Regierung ca. 4.500 Häuser in der Hauptstadt gebaut. Im Herzen des verwüsteten Zentrums - "los escombros" genannt (was soviel wie Schutthalde bedeutet) - haben über 150 Familien im vergangenen Jahr Wohnungen errichtet, mit Wänden aus Pappe und Plastiktüten als Dach. Viele einst große weite Flächen sind inzwischen vollgepfropft mit diesen armseligen Hütten. Man vermutet stadtweit über 100.000 illegaler Siedler (Landbesetzer). Managuas Besetzer unterscheiden sich von denen in anderen Ländern Lateinamerikas. Die meisten kommen nicht vom Land, sondern sie flüchten aus unzumutbaren Behausungen. Oft hatten sie mit mehreren Familien, mit Freunden oder Verwandten eine winzige Hütte bewohnt. Nur ein kleiner Prozentsatz kommt direkt vom Land und von den Provinzen, in denen Krieg ist.

Viele Besetzer in Managua organisieren sich in CDS (sandinistische Verteidigungskomitees), besuchen Versammlungen, halten die revolutionäre Nachtwache ab. Und dies oft nicht nur, weil sie an der sandinistischen Ideologie interessiert sind, sondern auch, um die Regierung unter Druck zu setzen, ihnen ihr neues Zuhause zu lassen (WSP)

Nach einer Welle illegaler Ansiedlungen im Jahr 1984 und 1985 unternahmen die Sandinisten Schritte, um weitere Landbesetzungen zu verhindern. Sobald eine Familie ein Haus errichtet hatte, riß die Polizei es nieder. Die ersten 300 Familien wurden mittlerweile aus der Stadt gedrängt, nach einem 5-Jahresplan von Neuansiedlungen, dem Halb-Mond-Plan. Seinen Namen hat dieser Plan von dem halbmondförmigen bewässerten Ackerland, das die Regierung am Stadtrand zur Verfügung stellt. Die Idee der Regierung ist, die meisten illegalen Siedler dort anzusiedeln und im Gemüse- und Bohnenanbau zu beschäftigen, um die Versorgung der Hauptstadt mit den zu knappen Grundnahrungsmitteln besser gewährleisten zu können. Doch nach der vorgenannten Untersuchung des soziologischen Instituts an der UCA, die sich mit der Situation der illegalen Siedler beschäftigt, sind die meisten Siedler ihr Leben lang Stadtbewohner gewesen und lehnen es ab, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Auch die Projekte im Zuge der Agrarreform und des PAN (nationalen Ernährungsprogramms) Ländereien an Familien oder Cooperativen zu vergeben, mit der Auflage, für den Markt Lebensmittel zu produzieren, scheitern häufig. Es gelingt kaum, das Landleben als attraktiv anzupreisen, solange die Lebensbedingungen auf dem Land so beschwerlich bleiben: Stundenlange Fußmärsche bis zur nächsten Straße erschweren den Verkauf der Ernteprodukte, weite Wege zum nächsten Gesundheitsposten oder zur Schule, Wassermangel ... Das alles sind eher Gründe, die dazu führen, daß immer mehr Menschen vom Land in die Städte ziehen.



WASSERKNAPPHEIT VERURSACHT KRANKHEITEN

Der Zuwachs Managuas bringt auch massive Wasserprobleme mit sich: Das städtische Wasserwerk (INAA) pumpt nur zwei Drittel der 24.000 Kubikmeter, die Managua jeden Tag braucht, weil die traditionelle Wasserquelle, der Asososca-See allmählich erschöpft ist. Man hofft, daß man weiterhin nur das Wasser an zwei Tagen abzustellen braucht, anstatt die Wassersperre auf drei Tage pro Woche auszuweiten. Appelle im Radio, Fernsehspots und Comics in den Zeitungen sollen die Bewohner zum Wassersparen animieren. (Daß diese Propagandaaktion an manchem Managuaner vorbeigeht, zeigt sich z.B. für mich als ein Fahrer des Erziehungsministeriums an einem Tag, an dem es Wasser gab, seinen Jeep zwei Stunden lang mit voll aufgedrehtem Wasserschlauch wusch.)

Die Wasserknappheit (vor allem während der Trockenzeit) hat inzwischen zu erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen geführt, wie Hauterkrankungen und ähnliches. Im letzten März warnte der Gesundheitsminister, daß sogar diese zwei trockenen Tage den Ausbruch von Diarrhö und von Mücken übertragenen Fieberkrankheiten wie Malaria und Dengue verursachen. Der konstante Wechsel des Wasserdrucks verursacht Risse in den Wasserleitungen, wodurch Abwasser in das Trinkwassersystem eindringen kann. (WSP)

VERKEHRSSCHAOS

Der Verkehr in Managua ist ein einziges Chaos. In Managua gibt es ca. 200 Busse, von denen ca. 80 permanent in der Werkstatt sind. Die rasante Fahrweise der Busfahrer, die fehlenden Ersatzteile und die ständige Überbeanspruchung führen dazu, daß auch die neuen Busse innerhalb kürzester Zeit fast schrottreif sind. Oft können die Busse nicht einen ganzen Tag lang fahren, ohne die Werkstatt aufsuchen zu müssen. (Als Gegenbeispiel: Washington mit 3/5 der Bevölkerung hat während der Stoßzeiten ca. 1.350 Busse im Einsatz) (WSP). Stundenlanges vergebliches Warten auf einen Bus, lange Schlangen an den Haltestellen, erdrückende Enge sind an der Tagesordnung und verleiden den Weg zur Arbeit oder zur Schule und nehmen viel Zeit und Energie in Anspruch.

Zur Erleichterung des Transportproblems hat anfang April die Regierung die Devise ausgegeben, daß jeder Autofahrer zum Taxitarif Passagiere mitnehmen soll. Taxis waren in letzter Zeit, mit bedingt durch die fehlenden Ersatzteile und das rationierte Benzin sehr knapp. So bestimmte der Fahrer, bis wohin er den Fahrgast mitnahm, was selten mit dem übereinstimmte, wohin dieser wollte. Diese Maßnahme erleichterte schnell den Andrang an den Bushaltestellen, machte jedoch die regulären Taxifahrer wütend, da sie hohe Steuern zahlen und eine Lizenz haben müssen. Innerhalb einer Woche nach dem Appell stellten einige Arbeitgeber fest, daß ihre Fahrer die Botengänge verlängerten, um für zusätzliches Geld einige Passagiere aufzunehmen, bevor sie ins Büro zurückkehrten.

DER MÜLLBERG WÄCHST

Auch der Müllberg Managuas ist für die Stadtverwaltung mittlerweile ein kaum zu bewältigendes Problem geworden. Von den 17 Müllkipplastern sind 15 permanent in der Werkstatt bzw. können wegen mangelnder Ersatzteile nicht eingesetzt werden, ebenso wie 10 der 38 in Managua stationierten Müllfahrzeuge. Einige der Straßen sind so schlecht, daß die Müllfahrzeuge nicht hineinfahren können, ohne bei den großen Schlaglöchern erheblichen Schaden zu erleiden. Die Regierung richtet Appelle an die Bevölkerung, notfalls den Müll selbst an adäquate Stellen zu bringen bzw. ihn selbst zu entsorgen (zu verbrennen). (Barricada 24.1.1986)

Die Situation Managuas unterscheidet sich nicht wesentlich von der anderer lateinamerikanischer Hauptstädte. Es tut weh, zu sehen, daß es in Managua trotz zahlreicher sozialer Maßnahmen, trotz dem Vorhaben, die Lebenssituation für die Masse der Bevölkerung zu verbessern, zu denselben Mechanismen kommt wie in anderen Ländern, in denen die Herrschenden andere Prioritäten setzen, und man diese Zustände als gegeben hinnimmt. Anders als in Nicaragua, wo der Regierung enge Grenzen gesetzt sind durch den Krieg und die schwierigen ökonomischen Bedingungen und sie derzeit unfähig ist, diese Situation zu verändern.



Der Nationalpalast im Stadtzentrum blieb von dem Erdbeben verschont. Hier treffen sich die Menschen in Managua zum Feiern und zum Demonstrieren.

BRASILILIEN

Agrarreform: Kein Land in Sicht (II)

Der erste Teil des Artikels (LN 159, S.15) hatte sich mit den Voraussetzungen der Agrarreform beschäftigt und eine Gesamteinschätzung des "Jahrhundertunternehmens" versucht. Im Folgenden soll nun die Praxis der Reform an drei Beispielen verdeutlicht werden. Alle vorgestellten Beispiele stammen aus dem Bundesstaat Sao Paulo, dem entwickeltesten Gebiet Brasiliens. Gerade das ist aufschlußreich. Denn auch in den angeblich "modernen" Teilen Brasiliens lebt das System der Latifundien, der großen, schlecht genutzten Landbesitze, weiter. Und selbst hier, wo die Organisationsmöglichkeiten viel besser sind als in anderen Gegenden des Landes, kommt die Landreform nur schwer voran.

MIRACATU - VOM BESETZER ZUM BESITZER

Die Fazenda "Vista Grande" liegt im Gebiet des Bezirks Miracatu, ca. 150 km von Sao Paulo entfernt, eine Busfahrt von 2 1/2 Stunden. Auf dem 2400 Hektar großen Gebiet der Fazenda haben sich 1954 die ersten Familien angesiedelt, um Land zu bebauen. Die nun folgende Entwicklung ist typisch für Landbesetzungen in Brasilien. Allmählich finden sich immer mehr Familien auf einem Stück Land zusammen, das niemanden zu gehören scheint. Das Land liegt in einem unwegsamem, hügeligen Tal, dem Vale do Ribeira, einem Gebiet, das bis in die siebziger Jahre weitgehend der Kontrolle durch staatliche Instanzen entzogen war. Hier hatte die Guerilla in den sechziger Jahren ihrer Schwerpunkte. Die Zahl der Familien wächst allmählich auf ca. 50, bis 1964 haben sie "nur" mit den Schwierigkeiten des unwegsamem Geländes und der fehlenden Infrastruktur zu kämpfen. Die Familien sind nun "posseiros", d.h. sie haben als Nutzer des Landes einen gewissen Rechtsschutz, sie können nicht ohne weiteres vertrieben werden, haben aber keinen legalen Besitztitel. Nach zehn Jahren relativer Ruhe taucht dann 1964 ein Mann auf, der behauptet, Eigentümer des Landes zu sein, ein Italiener namens Angelo Papalardo. Er ist das, was man in Brasilien einen "grileiro" nennt, jemand der nicht an der Bebauung des Landes interessiert ist, sondern nur an der Spekulation mit Besitztiteln. Eine Landbesetzerin hat dieses in Brasilien äußerst verbreitete Phänomen treffend charakterisiert: "Ich dachte früher immer, es gäbe Fazendeiros von Vieh, von Kaffee, von Soja...Jetzt mußte ich erfahren, daß es auch Fazendeiros von Land gibt." Auf der Vista Grande beginnt ein Kleinkrieg. Angelo Papalardo will die posseiros vertreiben, denn Land mit posseiros ist weniger wert, und er will das Land "nutzen", indem er Holzschlagsrechte verkauft. Die posseiros werden nun zum einen juristisch ver-

folgt, zum anderen durch Gewalt eingeschüchtert. Es gibt Überfälle von sogenannten pistoleiros, bewaffneten Banditen, eine Zeitlang gehen die Familien nur noch in Gruppen unter Waffenschutz auf die Felder. 1984 konnte ich noch das ausgebrannte Wrack eines Lastwagens sehen, den sich die posseiros gekauft hatten, um ihre Produkte zum Markt zu fahren. Soweit, so schlecht.

Den posseiros gelingt es aber allmählich, die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Die großen Zeitungen, einschließlich der angesehenen Folha do Sao Paulo, schreiben über Vista Grande eine in Sao Paul ansässige Organisation, die FNT, leistet juristische Unterstützung, Politiker bis hin zum Lager der Militärs besuchen die posseiros. Tatsächlich lassen die Repressionen durch den Fazendeiro allmählich nach, als sich der Übergang zu einer Zivilregierung (84/85) abzeichnet, und als 1985 die Agrarreform verkündet wird, gehört die Vista Grande zu den ersten Fazendas, deren Enteignung Präsident Sarney verfügt.

Aber damit sind wir nicht beim happy - end der Geschichte. Denn bis jetzt ist die Enteignung nicht rechtswirksam, der Fall liegt, wie so viele, bei der Justiz. Und bis die entscheidet hängt alles Weitere in der Luft: Es gibt keine Kredite, bis heute ist die Vista Grande ohne Elektrizität, die Straße befindet sich in einem jämmerlichen Zustand und erreicht nur wenige Familien. Alle posseiros



Versammlung der Frauen im Gemeinschaftshaus

stimmen überein, daß sich ihre wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren nur verschlechtert hat. Seit Monaten fährt eine Kommission der posseiros regelmäßig nach Sao Paulo geht zu den Gerichten und der INCRA, der staatlichen Behörde für die Agrarreform. Ohne die ständige Präsenz würde nichts laufen, darüber ist man sich einig. Bisher ist die Enteignung in allen Instanzen bestätigt worden, aber die letzte Entscheidung steht noch aus.

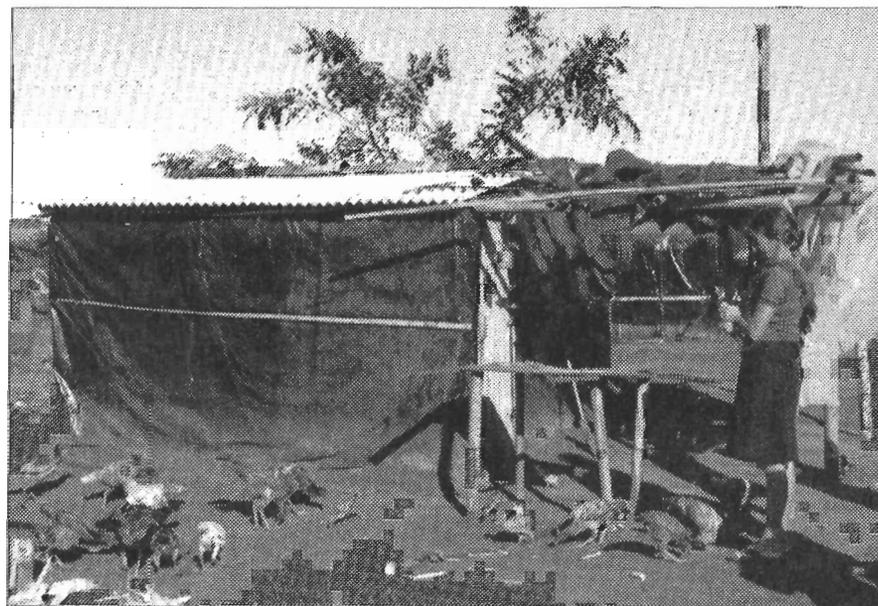
Die posseiros der Vista Grande haben günstige Bedingungen. Sie können nach Sao Paulo fahren, sie haben eine lange Tradition, eine funktionierende Selbstorganisation und juristische Unterstützung. So wird es ihnen wohl gelingen, eine für sie positive Entscheidung zu bewirken. Aber diesen Beispiel sagt auch etwas über den Charakter der Agrarreform aus. Versteht man darunter nämlich eine Maßnahme, die Familien ohne Land zu Land verhilft, so zeigt der Fall Vista Grande, daß es darum oft gar nicht geht. Für die posseiros ändert sich zunächst ihre Rechtsposition, sie bekommen anerkannte Besitztitel, das Nutzungsrecht stand ihnen auch schon vorher zu. Es handelt sich also nicht um eine Zuteilung von Land, sondern um eine juristische Neudefinition - allerdings mit Folgen, z.B. für die Kreditvergabe. Aber in den Zahlenangaben der Agrarreform werden diese Fälle nicht von wirklichen Zuteilungsfällen unterschieden.

BREJO ALEGRE - VON DER STRASSE AUF'S LAND

Bis März 1987 hatte es im Bundesstaat Sao Paulo 15 Enteignungen gegeben, aber nur zwei endgültige Emissionen des Landes waren durch die Justiz verfügt. Die Fazenda Brejo Alegre im Bezirk Birigui (ca. 450 km von Sao Paulo entfernt) ist die eine. Die Geschichte dieser Enteignung ist ganz anders verlaufen als in Vista Grande. Im Mai 1985 haben über 30 Familien ungenutztes Land der Fazenda Brejo Alegre besetzt und fordern deren Enteignung. Nach sieben Tagen werden sie ohne Widerstand zu leisten von der Militärpolizei vertrieben. Sie siedeln sich daraufhin an der Straße an, auf dem schmalen Streifen zwischen Straße und Fazenda, der öffentliches Eigentum ist. Solche provisorischen Lager an der Straße - accampamentos genannt - sind in den letzten Jahren überall in Brasilien entstanden, um einen unmittelbaren Druck für Enteignungen auszuüben. Die Bewegung der Landlosen gibt an, daß inzwischen 12000 Familien in solchen accampamentos leben. Die Familien von Brejo Alegre bleiben ein Jahr und sieben Monate an der Straße. Während dieser Zeit leben sie von Spenden und dem Lohn aus Gelegenheitsarbeiten. Sie erhalten Unterstützung von der katholischen Kirche, der PT und der CUT, während die örtliche, gelbe Gewerkschaft ihren Kampf sabotiert. Sie geht dabei sogar soweit, eine Liste von Namen, die die Besetzer eingereicht hatten, um eine Minderung der Gewerkschaftsbeiträge zu erreichen, an die Justiz weiterleiten. Die Familien von Brejo Alegre fahren im Jahre 86 nach Sao Paulo, kampieren dort mit Leuten aus anderen accampamentos auf der Straße, auch sie erhalten Unterstützung von der FNT, sogar der zuständige Minister empfängt sie.

Tatsächlich enteignet die Regierung im Juli 86 einen Teil der Fazenda, um die Familien dort anzusiedeln. Die Besitzer, eine Industriellenfamilie aus Sao Paulo reagieren prompt. Das bisher ungenutzte Land wird verpachtet, und mit der Behauptung, das Land werde wirtschaftlich genutzt, legt man bei der Justiz Widerspruch ein. Ein solches Vorgehen hat in vielen Fällen Erfolg, aber da die Geschichte von Brejo Alegre in der Öffentlichkeit bekannt ist, müssen die Richter anerkennen, daß der Anbau erst nach der Enteignung erfolgt ist. Die Justiz handelt ausnahmsweise schnell, und am 27.11.86 erfolgt der endgültige Vollzug der Enteignung. Die Familien von Brejo Alegre werden berühmt als die erste Nutznießer der Agrarreform im Staate Sao Paulo.

Aber als ich im März 87 Brejo Alegre besuchte, kampierten die Familien noch immer an der Straße. Sie hatten zwar im juristischen Streit gegen den Fazendeiro gewonnen, müssen sich aber nun mit den Pächtern rumärgern, die auf ihre erste Ernte warten. Das ganze ist zermürbend, zwar werden die Familien über kurz oder lang auf die Fazenda kommen, aber inzwischen leben sie schon fast zwei Jahre an der Straße, unter schwierigsten Bedingungen, ohne jede Infrastruktur. Sie sind in ihrer Ernährung auf Lebensmittelspenden angewiesen, und das als legale Eigentümer von 1158 ha Land, soviel ist von der



Plastikfolie - der Baustoff der accampamentos

insgesamt 11000 ha großen Fazenda enteignet worden. Eine Enteignung der gesamten Fazenda ist nicht erfolgt, da sie als "empresa rural" (landwirtschaftliches Unternehmen) registriert ist - mit insgesamt zwei (!) Angestellten.

ENTEIGNUNGEN FÜR DEN PAPST

Der Bezirk Teodoro Sampaio liegt im äußersten Winkel des Bundesstaates unmittelbar an der Grenze zu Mato Grosso. Es ist der größte und ärmste Bezirk Sao Paulos. Die beiden größten Ortschaften, Teodoro Sampaio und Primavera, liegen 80 km voneinander entfernt, dazwischen unendliches Weideland. Großfazendas bestimmen eindeutig das Bild. Während 73 Eigentümer über 188000 ha Land verfügen (Zahlen von 1985), müssen sich 1470 Eigentümer 7752 ha teilen (Zahlen von 1970, beide Angaben nach IBGE).

Hier gibt es eines der wenigen Musterprojekte der Agrarreform, das allerdings aus dem Rahmen der bisherigen Darstellung fällt. Denn es handelt sich dabei um ein Projekt der Landesregierung. Diese hatte in einem komplizierten juristischen Verfahren Eigentumsrechte von 12 Fazendas angefochten und damit insgesamt 15000 ha enteignet. Dieses Land wurde 440 Familie zugeteilt, die neun Monate in einem accampamento gewohnt hatten. Gleichzeitig wurde ein großzügiges Programm technischer und sozialer Assistenz ins Leben gerufen und günstige Kredite gewährt. Bisher hört man von den Nutznießern nur



Positives, jede Familie erhielt ungefähr 15 ha, eine Größe, die auf dem fruchtbaren Boden gerade hinreichend ist. Die meisten Familien haben sich zu Genossenschaften zusammengeschlossen.

Das erfolgreiche Beispiel hat weitere accampamentos ermutigt, und so findet man heute in Teodoro Sampaio das vielleicht erfolgreichste Projekt der Agrarreform neben der größten Misere. Inzwischen leben in vier accampamentos 2500 Familien, d.h. über 10000 Personen, die wahrscheinlich größte Ansammlung von Familien in accampamentos in ganz Brasilien. Die Lage der dort lebenden Menschen ist prekär; abgeschnitten von jeglicher Infrastruktur sind sie auf Lebensmittel-spenden angewiesen um zu überleben. Teile der Landstraßen in Teodoro Sampaio gleichen einem riesigen Flüchtlingslager.

Am 24.6.1986 unterzeichnete Präsident Sarney dann ein Dekret, das vier Fazendas in der Region enteignete, pünktlich um sich mit diesen Maßnahmen beim Papstbesuch im Sommer 86 zu brüsten. Gerade diese Enteignungen galten als Beispiel für den guten Willen der Regierung. Natürlich legten die betroffenen Fazendeiros Widerspruch ein, und alle vier Enteignungen wurden von der Justiz kassiert. Bis heute hat keine Familie in Teodoro Sampaio durch die Agrarreform der Bundesregierung Land bekommen, die meisten Familien leben seit 1 1/2 Jahren in den accampamentos.

Die Beispiele dokumentieren den zwiespältigen Charakter der Agrarreform. Es gibt Enteignungen und damit auch Nutznießer der Reform. Je besser die Organisation, je größer die Unterstützung durch die Kirche oder linke Gruppen ist, um so eher besteht die Chance, daß aus posseiros und Landlosen Landbesitzer werden. Gerade die organisiertesten Teile der Landarbeiterbewegung werden so in einen langwierigen, aber nicht aussichtslosen Kampf eingebunden. Dieser Kampf nimmt immer mehr die Form von juristischen Auseinandersetzungen an, in denen es um Fall-zu-Fall-Entscheidungen geht. Nur Gruppen, die sich auf diese langwierigen Prozesse einlassen, die über Kontakte zu Rechtsanwälten verfügen haben überhaupt Erfolgchancen. Für die Masse der Landlosen ist hingegen keine Perspektive in Sicht. Die Organisationen auf dem Land sind schwach, da eine nationale, authentische Landarbeitergewerkschaft nicht existiert, der Charakter der Gewerkschaft hängt ganz von den lokalen Gegebenheiten ab. Eine Agrarreform als sozialer Prozeß ist nicht in Sicht. Der Gesamteindruck bleibt düster, und so sehen es auch die Beteiligten. Ich habe mit vielen posseiros und Landlosen gesprochen, aber auch nur ein gutes Wort über die Agrarreform habe ich nicht gehört, selbst bei denen nicht, die durch sie zu Landbesitzern werden.

Geschichte der Verfolgung: die Waimiri-Atroari

Die Waimiri-Atroari leben im nördlichen Amazonasraum. Früher erstreckte sich das Wohngebiet dieser Jäger, Sammler und Fischer bis in die Gegend von Manaus. Besonders seit Beginn des 20. Jahrhunderts schmolz jedoch der Landbesitz der Waimiri-Atroari auf einen Bruchteil des ehemaligen Territoriums zusammen.

1968 ließ die Militärregierung mitten durch das Gebiet der beiden Indianervölker die Bundesstraße BR-174 von Manaus nach Caracaraí (Roraima) bauen. Diese Straße, die an einigen der größten Dörfer der Waimiri-Atroari vorbeiführt, brachte Tod und Verderben: Durch Epidemien und Überfälle gedungener Pistolenmänner und der Armee ging die Zahl der Indianer 1968 innerhalb von nur sieben Monaten von 3.000 auf weniger als 1.000 Personen zurück. Bis zum heutigen Tag weigert sich der brasilianische Staat, Stellung zu diesem Massaker zu nehmen.

1971 schien sich die Politik der Militärregierung, die bis dahin nichts zum Schutz der Existenz der beiden Völker unternommen hatte, zu ändern: Präsident Medici erklärte einen Teil des Landes der Waimiri und Atroari zum Sperrgebiet. Dies ist der erste Schritt zu Bildung eines Reservats. Gemäß Art. 4 und 198 der brasilianischen Verfassung sind die Indianer die alleinigen Nutznießer der natürlichen und sonstigen Reichtümer des Reservats. 1973 wurde tatsächlich das 1.661.900 ha große Sperrgebiet in ein Reservat umgewandelt und damit unveräußerlicher Besitz der Indianer. 1974 und 1980 wurden im Süden und im Norden des Reservats weitere, insgesamt 704.900 ha umfassende Ländereien zum Sperrgebiet erklärt. Damit schien das Überleben der Waimiri-Atroari gesichert.

Doch es kam alles ganz anders. Durch das Dekret 86.629 vom 23.11.1981 droht den Indianern die Ausrottung: Präsident Figueiredo hat in diesem Dekret das Reservat in ein Sperrgebiet zurückverwandelt. Außerdem wurden 31% der ehemaligen Reservatsfläche abgetrennt, da auf ihr angeblich keine Indianer mehr leben. Diese folgenschwere Entscheidung wurde getroffen, nachdem ein Team der staatlichen Indianerbehörde (FUNAI) das betreffende Gebiet mit dem Flugzeug überflogen und angeblich keine Spuren indianischen Lebens entdeckt hatte.

Hinter dieser katastrophalen Verschlechterung der Lage der Waimiri-Atroari stehen wirtschaftliche Interessen: In dem abgetrennten Ostteil des ehemaligen Reservats befinden sich die größten Zinnvorkommen Brasiliens, deren Wert unter Zugrundelegung des Preises von 1982 auf 3 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Mit der Ausbeutung dieser Bodenschätze wurde das staatliche Unternehmen Paranapanema beauftragt, das nach Informationen des katholischen Indianermis-

sionsrates CIMI monatlang hohe Bestechungsgelder an die Militärs gezahlt hat, um die nach brasilianischem Gesetz illegale Abtrennung des Ostteils des Indianerlandes durchzusetzen. Die Zinnmine des Konzerns Paranapanema am oberen Rio Pitinga verschmutzt das Flußwasser und führte zu einem rapiden Fischsterben und zu Vergiftungserscheinungen bei Indianern und anderen Bewohnern der Region, die weiter flußabwärts leben.

1983 baute Paranapanema mit Zustimmung von FUNAI eine Stichstraße von der Zinnmine zur BR-174. Sie verläuft mitten durch das Sperrgebiet der Waimiri-Atroari und verschärft durch die Lärmbelästigung, den Dreck und Kontakte zwischen den LKW-Fahrern und den Indianern sowie die Vertreibung des Wildes die Lage der Ur-einwohner.



Die schlimmste Bedrohung geht jedoch von dem Bau des Balbina-Staudamms aus. Trotz nationaler und internationaler Proteste, trotz der Tatsache, daß bei einer Überschwemmung von ca. 40.000ha weniger als 250 MW Strom erzeugt werden können und günstigere Standorte für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes vorhanden sind, schreckte die brasilianische Regierung nicht vor der Verwirklichung dieses ökologisch gefährlichen und moralisch unvertretbaren Projekts zurück. Die Staumauer steht schon, gegen Ende des Jahres 1987 soll geflutet werden.

Die Folgen sind schon jetzt absehbar, da unter ähnlichen klimatischen Bedingungen im Nachbarland Surinam bereits in den 60er Jahren ein Stausee entstand: Da der Wald im Bereich des zukünftigen Stausees Balbina nicht gerodet wurde, werden die Baumstämme und die übrige Biomasse langsam verrotten und durch die dabei entstehenden Gase das Wasser ungenießbar für den menschlichen Gebrauch machen. Der Gestank wird unerträglich sein. Im Lauf der Zeit wird ein Teppich aus Seegrass entstehen, der durch seinen hohen Sauerstoffverbrauch und seine flächendeckende Ausdehnung auf der Wasseroberfläche die Fischbestände erheblich reduzieren wird. Namhafte Wissenschaftler weisen schon heute darauf hin, daß sich Krankheiten wie Malaria und Bilharziose unter den gegebenen Umständen fast ohne jede Kontrollmöglichkeit ausbreiten können und Gesundheit und Leben der Indianer bedrohen. Nicht vergessen werden dürfen die großen Gefahren, die zusätzlich von Siedlern, Abenteurern und Bodenspekulanten ausgehen: Der Balbina-Stausee wird die Attraktivität des gesamten Gebietes erhöhen und ein Anschwellen der nichtindianischen Bevölkerung auslösen.

Die Zahl der Waimiri-Atroari ist in weniger als 100 Jahren nach verlässlichen Quellen von ca. 6.000 (1905) auf ca. 350 (1984) Menschen zurückgegangen. Epidemien und Verfolgung sind die wichtigsten Gründe für diesen erschreckenden Rückgang der Bevölkerung, der nur gestoppt werden kann, wenn der brasilianische Staat und die brasilianische Gesellschaft die Existenzrechte der Waimiri-Atroari vorbehaltlos anerkennen. Aber auch wir, die Bewohner der Industriestaaten Westeuropas machen uns mitschuldig, wenn wir weiterhin tatenlos mitansahen, wie Konzerne, Banken und Regierungen unserer Staaten die Zerstörung Amazoniens und seiner Menschen vorantreiben, ja häufig sogar erst ermöglichen.

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN bitten ihre Leser, den folgenden Aufruf zu unterschreiben und an die "Kampagne für das Leben in Amazonien", Bernd Lobgesang, Blumenthalstr. 34, 45 Osnabrück zu schicken.

An den
Präsidenten der Republik Brasilien, José Sarney
Innenminister Ronaldo Costa Couto
Minister für Entwicklung und Agrarreform, Dante de Oliveira
Präsidenten der FUNAI, Romero Jucá

Exzellenzen,
wir beobachten seit Jahren mit Besorgnis die Entwicklung im Gebiet der beiden Völker der Waimiri-Atroari. Verschiedene brasilianische Regierungen, die kraft Verfassung und Gesetz zum Schutz der Indianer und der Natur verpflichtet sind, haben diesen Verfassungsauftrag in bezug auf die Waimiri-Atroari nur ungenügend wahrgenommen:

- 1968 wurde durch den Bau der Straße Manaus-Caracará das Reservat der Waimiri-Atroari in zwei Hälften zerteilt. Beim Bau dieser Straße kam es zu Ausschreitungen und zum Tod vieler Indianer.
- 1981 wurde das Reservat der Waimiri-Atroari aufgelöst und ein verkleinerter Teil lediglich zum Sperrgebiet erklärt. Der östliche Teil des ehemaligen Reservats wurde den Waimiri-Atroari mit der Begründung genommen, es lebten dort keine Indianer mehr.
- Seit 1983 wird von der Firma Parapanema Zinn auf dem ehemaligen Gebiet der Waimiri-Atroari abgebaut. Bergbaurückstände verseuchen seitdem den Rio Pitinga und gefährden die Existenz der flussabwärts lebenden Waimiri-Atroari.
- Der Bau des Staudammes Balbina - für den neben dem brasilianischen Staat auch die Weltbank, durch ihre Kreditvergabepolitik, eine Mitverantwortung trägt - ist das vorerst letzte Glied dieser Politik.

Das gesamte Balbina-Projekt wird weltweit eines der unrentabelsten im Verhältnis von überschwemmtem Land und erzeugter Energie sein. Zudem wird die geplante verhältnismäßig geringe Kapazität von 250 MW nach neueren Informationen noch nicht einmal erreicht. Kompensiert werden soll die geringe Energieausbeute durch den Bau eines Holzkohlekraftwerks in unmittelbarer Nähe des Staudamms. Dies wird weitere Abholzungen und damit ökologische Schäden mit sich bringen. Die anfängliche Gegnerschaft der "Eletronorte" gegen das Balbina-Projekt ist u.a. darin begründet.

Exzellenzen, um weiteres Leid von den Völkern der Waimiri-Atroari abzuwenden und große ökologische Schäden zu vermeiden, fordern wir Sie auf, die Flutung des Stausees aufzuschieben.

- An den Ufern des zukünftigen Stausees befinden sich nach neueren Untersuchungen Dörfer der Waimiri-Atroari. Durch die im Uferbereich entstehenden Krankheitsherde (Malaria, Bilharziose) wären die Bewohner unmittelbar gefährdet.



Presseerklärung

Über das Demokratieverständnis unserer Wendepolitiker ist schon viel geschrieben worden. Im Oktober letzten Jahres wurde deutlich, daß sie eine perfekt ausgestattete Polizei ebenfalls als Element der Demokratie betrachten. Als der deutsche Entwicklungshilfedeaal mit der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die guatemalteckische Polizei (s. LN 154) die Kritiker auf den Plan rief, konnte sich Guatemala vor demokratischen Attributen von Seiten der deutschen Regierung kaum retten. Und daß die Demokratie in Guatemala 1987 immer noch blüht bestätigte uns der Bundespräsident im März anläßlich seines dortigen Besuches. Seine Euphorie mag etwas gewichen sein, sofern er den letzten Bericht der Menschenrechtsorganisation "america's watch", der wiederum von zahlreichen Ermordeten und Verschwundenen unter der ländlichen Zivilbevölkerung berichtet, gelesen hat. Und auch neuere Nachrichten bestätigen: Der Krieg gegen den Widerstand hält an. Dazu die folgende Presseerklärung der Informationsstelle e.V. Guatemala, Oscar Romero Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1.

Mit Sorge haben wir erfahren, daß am 3. und 4. Mai d.J. drei US-Militärtransporthubschrauber des Typs CH-47 CHINOOK, des 243. US-Aviation Kommandos, stationiert in Fort Lewis (Washington), z.Zt. in Palmerola (Honduras), mit einer Besatzung von 18 US-Soldaten, 300 Soldaten der guatemalteckischen Armee zum Einsatz gegen die Guerilla nach Playa Grande im nordwestlich gelegenen Departement El Quiché geflogen haben. Wie der Sprecher des Pentagon, Fred Hofman am 5. Mai in Washington erklärte, ist dieses "one-shot-thing" auf Wunsch des guatemalteckischen Präsidenten, dem Christdemokraten Vinicio Cerezo, durchgeführt worden.

Bereits in der Karwoche entsandte Cerezo, gleichfalls Oberbefehlshaber der Armee, 5000 Soldaten in die südwestliche Provinz Sololá, um die dort operierende Widerstandsbewegung, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, zu bekämpfen.

Mitte April gab die Chemische Fakultät der San Carlos Universität bekannt, daß US-Flugzeuge der 'Drug-Enforce-Agency' (DEA) in der nördlichen Provinz El Petén Chemikalien abgeworfen haben, die angeblich dazu dienen sollen Marihuana-Pflanzungen zu vernichten. Auch diese Region ist Operationsgebiet des guatemalteckischen Widerstandes.

Berücksichtigt man die Vernichtungskraft dieser Chemikalie - in Guatemala bekannt unter dem Handelsnamen '24-D-Glifosfato', die die gesamte Vegetation vernich-

tet- das Wasser vergiftet und auch für Menschen schädlich ist, muß man sich fragen, ob sich hier unter dem Deckmantel der Rauschgiftbekämpfung nicht eine weitere Komponente der Aufstandsbekämpfungsstrategie verbirgt, deren Durchführung auch unter der 'Zivilregierung' weiterhin wichtigste Aufgabe der staatlichen Sicherheitskräfte und der Armee ist und somit dem Einsatz 'chemischer Waffen' gleichkommt.

Bereits zur Amtsübernahme der Zivilregierung Cerezos hatten die Aufständischen, die sich in der Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca (URNG) zusammenschlossen haben, ihre Bereitschaft zum Dialog geäußert und einen Forderungskatalog zum Aufbau einer echten und notwendigen Demokratie des Landes vorgelegt.

Diese, in der Presse vereinzelt und unzusammenhängend präsentierten Fakten belegen, daß auch unter der 'Demokratischen Regierung' Guatemalas, mit dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung, das militärische Vorgehen gegen die überwiegend indianische campesino-Bevölkerung Guatemalas fortgesetzt wird.

Die Antwort des Präsidenten auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Bevölkerungsmehrheit waren bislang hunderte von Ermordeten und Entführten, sowie militärische Einsätze im Landesinneren.

Angesichts des militärischen Konfliktes in Mittelamerika verurteilen wir den logistischen Einsatz von US-Einheiten in Guatemala.

Angesichts der Lage in Guatemala ist es erlaubt sich zu fragen, wieso die Bundesregierung unter dem Vorwand der "Entwicklungshilfe an eine junge Demokratie" Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe an die guatemalteckische Polizei leistet.

Bonn, den 12.5.1987

PERU

Menschenrechtsverletzungen – eine Bilanz

Daß sich an der Situation der Menschenrechte etwas ändern würde in Peru, das gehörte zu den Wahlkampfversprechen Alan Garcías. Nach bald zwei Jahren Regierungsverantwortlichkeit sollte es an der Zeit sein, daß sich davon etwas bemerkbar machen würde.

Der folgende Artikel wurde uns aus Peru zugesandt, er untersucht die Situation in den letzten sechs Monaten und belegt, daß sich zwar in der Art der Repression einiges geändert hat, die tägliche Repression aber durch den Ausnahmezustand eher zugenommen hat.

DIE MASSAKER IN DER SÜDLICHEN SIERRA

Massenmorde an der Zivilbevölkerung durch Polizei- und Militäreinheiten fanden in Peru – im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Sendero Luminoso – erstmals 1983, unter der Regierung Belaúnde statt. Unmittelbar mit Beginn des seit Anfang Januar herrschenden Ausnahmezustands in etlichen Provinzen der südlichen Sierra begann eine Welle von Massakern, denen fast ausschließlich campesinos zum Opfer fielen. Es sei daran erinnert, daß allein im ersten Monat des Ausnahmezustandes, dem Januar 1983, mehr Menschen umgebracht wurden als in den zweieinhalb Jahren zuvor, seit dem Beginn der Aktionen von Sendero Luminoso.

1985 schien es, als habe sich die militärische Führung entschlossen, die Massaker einzudämmen, zumal zu dieser Zeit die Aktionen von Sendero Luminoso vor allem in Ayacucho erheblich abgenommen hatten. Unmittelbar nach Antritt der Regierung García am 28.7.1985 fanden jedoch eine Reihe neuer Massaker in entlegenen Dörfern Ayacuchos statt, von denen das in Accomarca am bekanntesten geworden ist.

Es gab zahlreiche Spekulationen über den Hintergrund dieser Morde im Bezug auf das Verhältnis von APRA-Regierung und Militär. Der Regierung wurde zugute gehalten, daß sie erst kurze Zeit im Amt war und möglicherweise den repressiven Apparat noch nicht unter Kontrolle hatte. In der Folge versetzte Alan García einige hohe Offiziere in den Ruhestand, darunter den Leiter des Obersten Kommandos der drei Waffengattungen. Diese Maßnahme wurde allgemein als Zeichen gewertet, daß die Regierung derartige Menschenrechtsverletzungen nicht mehr dulden würde.

In Wirklichkeit mußte schon die Behandlung des Massakers von Accomarca durch die Regierung starke Zweifel an ihrem Willen, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten, hervorrufen. Die Pensionierung einiger Offiziere bzw. ihre Versetzung auf andere Posten ist angesichts von Massenmorden eine kosmetische Maßnahme, die,

wie später offensichtlich wurde, dazu diente, eine tatsächliche Bestrafung der Verantwortlichen durch die zuständigen Gerichte zu umgehen. Exemplarisch ist der Fall des ehemaligen Unterleutnant Telmo Hurtado, des unmittelbar für den Mord von Accomarca verantwortlichen Offiziers, der in Erklärungen seine Tat auch noch rechtfertigte und davon sprach, daß selbst zweijährige Kinder subversiv sein könnten. Dieser Offizier wurde nie vor ein ordentliches Gericht gestellt. Die Armee verheimlichte seinen Aufenthalt und seine weiteren Funktionen. Angeblich wurde er vor einem Militärgericht zu einer kleinen Buße verurteilt (eine offizielle Mitteilung existiert nicht), andererseits ist bekannt geworden, daß er inzwischen vom Unterleutnant zum Leutnant befördert worden ist. General George Flores, Kriegsminister im Kabinett Alan Garcías verteidigte im September 1986 öffentlich die Beförderung Hurtados, da sie "dem Reglement der Armee entspreche". Der gleiche Minister hatte bereits Ende 1985 den damaligen Unterleutnant als "Verteidiger der Demokratie" gelobt, ohne dafür vom Präsidenten zur Rechenschaft gezogen worden zu sein.

Eine Untersuchungskommission des Kongresses, deren Vorsitz der Senator Valle Riestra von der APRA hatte, führte ebenfalls zu keinerlei Konsequenzen, außer der, daß der zu Zeiten Belaúndes sehr engagierte Menschenrechtskämpfer Valle Riestra nach Abschluß der Kommissionsarbeit monatelang keine öffentlichen Erklärungen mehr abgab und in eine Art innere Emigration ging, aus der er erst vor kurzem, wesentlich zurückhaltender geworden, wieder zurückkehrte. Die beiden anderen größeren Massaker, die fast gleichzeitig mit denen von Accomarca stattfanden, die in UMARU und BELLAVISTA, wurden nie von einer Kommission untersucht. Der Abgeordnete Jorge Tincopa von der IU (Vereinigte Linke, Oppositionspartei) sprach davon, daß es eine Absprache zwischen der Regierungspartei APRA und dem Militär gebe, daß keine weiteren Untersuchungskommissionen mehr gebildet werden sollten.

Die beiden anderen größeren Massaker, die fast gleichzeitig mit denen von Accomarca stattfanden, die in UMARU und BELLAVISTA, wurden nie von einer Kommission untersucht. Der Abgeordnete Jorge Tincopa von der IU (vereinigte Linke, Oppositionspartei) sprach davon, daß es eine Absprache zwischen der Regierungspartei APRA und dem Militär gebe, daß keine anderen Untersuchungskommissionen mehr gebildet werden sollten.

Bereits bei der Behandlung dieser Massaker von Accomarca, Bellavista und Umaru, die kurz nach Antritt der Regierung García stattfanden, muß man den Eindruck haben, daß die Regierung keinen ernsthaften Willen hat, die Verbrechen aufzuklären und die Verantwortlichen zu bestrafen.

Dennoch schien es in der folgenden Zeit, als sei zumindest dieser brutalsten Form der Repression, die in der Massakrierung ganzer Dörfer besteht, Einhalt geboten worden.

Im Herbst 1986 jedoch, drei Monate nach dem Massenmord an ca. 300 Gefangenen in den Gefängnissen von Lima, die bis jetzt ebenfalls



Die in Plastik gehüllten Leichen der Journalisten von Ayacucho

ohne Konsequenzen geblieben sind (siehe Rezension des ai-Berichts in dieser Nummer und LN 151), begann eine neue Serie von Massakern in den Anden. Am 17. September überfielen Angehörige der Sinchis, der Spezialeinheit der Guardia Civil, ein Haus in dem Dorf Ayaocro im Departement Apurímac, in dem gerade eine Geburtstagsfeier stattfand. Dreizehn Personen, fast die gesamte Familie und einige Gäste, wurden umgebracht, weil die Polizei zwei Senderistas unter den Gästen vermutete. Über eine Untersuchung oder gar eine Bestrafung der Mörder ist nichts bekannt geworden.

Am 8. Oktober beschloß ein Hubschrauber der Armee das Dorf Pujas in der Provinz Vilcashuaman im Departement Ayacucho, das den Militärs als "rotes Dorf" galt. Nach inoffiziellen Berichten starben bei diesem Angriff 32 Bewohner. Gerüchte über das Massaker gelangten im Oktober nach Ayacucho und Lima. Einen genaueren Bericht oder gar eine offizielle Untersuchung gibt es bis heute nicht. Am 22./23. Oktober überfiel eine Militärpatrouille zunächst das in der gleichen Zone gelegene Dorf Pomatambo. Sieben campesinos, darunter die Autoritäten des Dorfes, wurden ermordet, als sie gerade Chicha für das Fest vorbereiteten, das am nächsten Morgen anlässlich der Einweihung des Gemeindehauses stattfinden sollte. Die Leichen wurden später in einem anderen Dorf der Gegend, in Parcco Alto, gefunden, zusammen mit sechs weiteren Opfern aus die-

sem Dorf, darunter dem 84 Jahre alten Mesner und seiner Frau sowie zwei Kindern. Der Transport der Leichen fand per Hubschrauber statt. Alle Leichen waren verstümmelt und verbrannt.

Das Massaker von Pomatambo/Parcco Alto fand in der Öffentlichkeit im Vergleich zu den Ereignissen von Pujas großen Widerhall, aus dem einfachen Grund, weil es eine kleine Gruppe von Bewohnern der beiden Dörfer geschafft hatte, nach Lima zu gelangen und dort vor der Presse und Menschenrechtsorganisationen auszusagen. Unter ihnen befand sich auch ein campesino aus Pomatambo, der nur durch einen glücklichen Zufall das Massaker überlebt hatte.

Was in Pomatambo und Parcco Alto geschah, kann exemplarisch einige wesentlichen Merkmale der Repression beleuchten, wie sie sich unter der Regierung García und den derzeit verantwortlichen Offizieren entwickelt haben:

DIE NEUE TAKTIK DER REPRESSION: SCHWEIGEN UND TÖTEN

Ende Oktober 1986 gab die Pressestelle des Vereinigten Oberkommandos der Streitkräfte in Lima das Kommuniqué Nr. 75 heraus, in dem es hieß:

"Patrouillen der Armee und subversive Verbrecher lieferten sich am 22. und 23. Oktober bewaffnete Auseinandersetzungen in den Gebieten von Pomatambo bzw. Parcco Alto (Provinz Vilcashuaman, Dep. Ayacucho). Auf Seiten der Subversiven gab es 13 Tote, unter denen Claudio Bellido Huaytalla (Genosse Caszelli) identifiziert wurde. Ferner wurden Waffen, Munition, selbstgefertigte Granaten und subversive Propaganda sichergestellt."

Ähnliche gleichermaßen lakonische Kommuniqués gibt das Vereinigte Oberkommando seit 1986 in häufiger Folge heraus. Der Wortlaut ist praktisch immer der gleiche, lediglich Ort und Zeit und Zahl der toten 'subversiven Verbrecher' variieren. Die Merkmale dieser Kommuniqués sind:

1. es wird von einer bewaffneten Auseinandersetzung gesprochen,
2. es wird eine bestimmte Zahl von getöteten Subversiven genannt, in der Regel jedoch kein Name,
3. Verluste der Armee werden nicht genannt,
4. die Angaben über den Ort des Gefechts bleiben vage,
5. es werden keine Angaben über Verwundete und Gefangene gemacht,
6. es werden keine Angaben über den Verbleib der Toten, ihr Begräbnis etc. gemacht,
7. es werden keine Angaben über die in das Gefecht verwickelten Militäreinheiten gemacht,
8. es werden keine zusätzlichen Angaben gemacht oder niemals Beweisstücke wie die erbeuteten Waffen oder Flugblätter gezeigt,
9. die Kommuniqués werden immer in Lima, nie in Ayacucho verfasst.

Unter diesen Umständen werden die Kommuniqués von der Presse in der Regel entweder ignoriert oder wörtlich abgedruckt, zumal sie sich durch extreme Kürze auszeichnen.

Im Fall des Kommuniqués Nr. 75 jedoch entschlossen sich vier Jour-

nalisten aus Lima, die Sache vor Ort zu untersuchen, da der Genosse Caszelli eine Figur ist, die schon öfters für tot erklärt wurde, während andererseits viele seine Existenz überhaupt bezweifeln. Die Journalisten gelangten von Ayacucho in die Provinz Vilcashuaman und von dort bis Pomatambo, wo sie die Bewohner interviewten. Zurück in Vilcashuaman wurden sie verhaftet und nach Ayacucho zurückgebracht und ins Flugzeug nach Lima gesetzt.

Daß sie überhaupt bis nach Pomatambo gelangten, war nur möglich, weil sie ihre Presseausweise zu Hause ließen und sich als Touristen ausgaben bzw. als einfache Bürger. Spätestens seit dem Massaker von Pomatambo/Parcco läßt das Comando Político - Militar¹ in Ayacucho keine Journalisten mehr aus der Hauptstadt Ayacucho in die Dörfer reisen. Sofern Personen als Journalisten erkannt werden,



werden sie am ersten Kontrollpunkt angehalten, festgehalten, ihrer Aufzeichnungen beraubt und zurückgeschickt. Selbst ein Korrespondent für Limaer Zeitungen, der aus der Provinz Huanta stammt, wurde am Besuch seiner eigenen Heimat gehindert.

Die Kommunikés im Stil von Nr. 75 gehen derweil weiter. Am 28.1. 1987 beispielsweise erschien Kommuniké Nr. 04 (die Zählung wurde zu Jahresbeginn neu angefangen), in dem von insgesamt 21 getöteten Subversiven an drei verschiedenen Schauplätzen der Provinz La Mar berichtet wurde. In einem Fall sei auch subversives Material gefunden worden. Von Waffen, von Verletzten oder Gefangenen keine Rede. Niemand konnte bisher diese und ähnliche Fälle untersuchen, Nachrichten über diese "Gefecht" aus anderer Quelle sind in Lima nicht bekannt geworden.

Pomatambo/Parcco war offensichtlich eine Panne, die sich nicht wiederholen soll. Als die Nachrichten und Zeugnisse über den weiten Charakter der Ereignisse in diesen beiden Dörfern sich nicht mehr unterdrücken ließen, sah sich das Oberkommando veranlasst,

Kommuniké Nr. 75 zu modifizieren. Am 4. Dezember wurde Kommuniké Nr. 87 herausgegeben, in dem unter Bezug auf die Pressemeldungen erklärt wurde, daß eine Untersuchung der Armee vor Ort ergeben habe, daß "möglicherweise Armeevorschriften verletzt worden seien" und daß deshalb gegen zwei Offiziere ein Verfahren vor der Militärgerichtsbarkeit eröffnet wurde. Dieses Kommuniké wurde von der regierungsfreundlichen Presse als großartiger Ausdruck der Fähigkeit zur Selbstkritik gefeiert. Seitdem hat man nichts mehr über die Beteiligten gehört.

Daß es nicht um Selbstkritik ging, sondern um den Versuch, eine peinliche Panne möglichst unauffällig aus der Welt zu schaffen, wurde in den folgenden Monaten deutlich, als das Parlament eine Untersuchungskommission zu den Morden bilden wollte. Die Fraktionsspitze der APRA und die von ihr beherrschte Präsidentschaft des Parlaments taten alles, um die Bildung dieser Kommission zu hintertreiben. Als sich eine vierköpfige Kommission schließlich nach monatelangem Hickhack Mitte Januar 1987 doch noch auf den Weg machte, kam sie wie die Journalisten über Ayacucho nicht hinaus. General Jorge Sanchez Manrique, seit erstem Januar neuer Chef des Comando Político-Militar in Ayacucho und damit praktisch unbeschränkter Herrscher über die Gebiete im Ausnahmezustand, verweigerte die Weiterfahrt, weil er dazu keinen Befehl habe. Als die empörten Abgeordneten ihn aufforderten, sich telefonisch mit der Parlamentsspitze in Verbindung zu setzen, desautorisierte diese die Kommission, die darauf unverrichteter Dinge nach Lima zurückkehrte. Womit auch dieses Massaker in den Archiven abgelegt sein dürfte.

DIE ALLTÄGLICHE REPRESSION

Wenn selbst größere Massaker wie das von Pujas nicht in die Presse von Lima und damit in das Bewusstsein wenigstens eines kleinen Teils der Bevölkerung gelangen, dann ist es nicht verwunderlich, daß über die tägliche Repression in den Ausnahmezustandsgebieten kaum Informationen nach außen gelangen. Es sind aber letztlich nicht die spektakulären Aktionen, sondern die permanente, inzwischen in großer Intensität fast fünf Jahre anhaltende Aggression gegen die Landbevölkerung, die das Leben in den Provinzen Ayacucho, Apurímao, Huancavelica und einigen anderen Gebieten zur Hölle macht.

Man schätzt, daß rund 7000 Personen in den betreffenden Gebieten seit Anfang 1983 entführt und verschwunden sind. Das Gros dieser Fälle fiel in die Jahre 1983 und 1984, zum Teil auch noch 1985. Die Regierung kehrt gerne hervor, daß es in den Jahren 1986/87 gelungen ist, das "Verschwindenlassen" weitgehend zu beenden. Dies ist jedoch eine sehr relative Wahrheit. Eine Liste von Verschwundenen, die von Familienangehörigen und dem regionalen Menschenrechtskomitee von Ayacucho zusammengestellt wurde, belegt für 1986 immerhin 113 Fälle. Einige davon sind glücklicherweise nach längerer Haft wieder aufgetaucht. Andererseits ist die Liste keines-

wegs vollständig und bezieht sich auch nur auf das Departement Ayacucho. Es ist ein bestürzendes Zeichen dafür, wie weit sich in Peru bereits die Maßstäbe verschoben haben, daß eine Zahl von über hundert Verschwundenen als Erfolg verkauft werden kann und in der Presse kein Aufsehen mehr erregt.



Der relative Rückgang der Entführungen durch Polizei und Militär muß aber im Zusammenhang mit anderen Phänomenen gesehen werden, vor allem mit der Zunahme von Morden durch die Sicherheitskräfte. Nach den Statistiken der Menschenrechtsorganisationen fielen der politischen Gewalt in Peru in den Jahren 1983 und 1984 jeweils 2000 Menschen zum Opfer. Im Jahre 1985 ging die Zahl auf 1144 zurück. 1986, im ersten Jahr, in dem Alan García und die APRA die alleinige politische Verantwortung trugen, stieg sie wieder auf 1387 an. In dieser Zahl sind auch die getöteten Polizisten und Soldaten enthalten, die jedoch nur 7% ausmachen. Der Rest teilt sich in "Zivile" und "Subversive", eine Unterscheidung, die sich auf nichts als die Angaben der Militär- und Polizeikräfte stützt und die angesichts von Vorfällen wie denen in Parcco und Pomatambo zu unglaubwürdig ist, als daß sie hier präsentiert werden soll. Die ersten Monate des Jahres 1987 lassen keineswegs eine fallende Tendenz der Zahl der Opfer erkennen.

Was die Analyse der genannten Kommuniqués des Oberkommandos also vermuten ließ, das wird auch in der Statistik bestätigt. Der Skandal des Verschwindenlassens, der die unangenehme Eigenschaft hat, über lange Zeit Zweifel und Empörung zu nähren, wird zunehmend durch den kurzen Prozess an Ort und Stelle ersetzt. Daß dies kein Zufall, sondern klare Strategie ist, machen nicht nur die eintönigen Kommuniqués, sondern zum Beispiel auch die Ereignisse in

den Gefängnissen in Lima vom Juni 1986 deutlich, wo nach Zeugnisaussagen der Befehl kursierte, es dürfe keiner der Gefangenen lebendig entkommen (siehe LN 151).

Daß die Folter von Gefangenen, vor allem in der Zeit, bevor sie dem Richter vorgeführt werden, in Peru verbreitete Praxis ist, bezweifelt kaum jemand. Nichts macht das deutlicher als die gelegentlichen Aussagen von freigelassenen Häftlingen, die erstaunt erklären, sie seien nicht gefoltert worden. Dennoch wird dieses Verbrechen nur selten angezeigt und praktisch nie geahndet. Dazu bedarf es außergewöhnlicher Umstände, wie sie zum Beispiel im November letzten Jahres zusammentrafen und inzwischen einen größeren Skandal in Cuzco produzierten. Dort wurden 10 Personen kurz vor den Kommunalwahlen, die auf dubiose Weise die APRA gewann, gefangen genommen und terroristischer Anschläge beschuldigt. Um sie noch rechtzeitig vor der Wahl zu einem Geständnis zu zwingen und damit die legale Linke zu kompromittieren, wurden sie brutal gefoltert. Später wurden sie selbst in einem Untersuchungsbericht der Polizei von jedem Verdacht freigesprochen. Wegen des Zusammenhangs mit der Wahl fanden ihre Aussagen weithin Gehör und viel Resonanz bei Politikern. Die Beteiligung des Präfekten von Cuzco, eines Verwandten des Präsidenten, an der Erpressung und Folterung der Gefangenen wurde bewiesen, ebenso die Fälschung von Dokumenten. Dennoch blieben die Gefangenen überwiegend noch im Februar 1987 inhaftiert. Die namentlich bekannten Schuldigen in Polizei, Staatsanwaltschaft und Präfektur sind in Amt und ohne Strafe. Immerhin war es in Cuzco mit seiner starken Tradition an gewerkschaftlicher und Volksorganisation möglich, massenhaften Protest zu mobilisieren. Mehrere Hungerstreiks, Demonstrationen und Streiks veranlassten selbst den reaktionären Bischof von Cusco zu einem sanften Protest.

In Ayacucho, im Ausnahmezustand, scheint derartiges heute nicht mehr möglich. Zu sehr ist die Folter zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Man muss davon ausgehen, daß die Tausenden von Verschwundenen in aller Regel zu Tode gefoltert worden sind. Aber auch wer die Gefängnisse der PIP², der Guardia Civil oder gar die Kasernen der Armee oder Marine lebend wieder verlassen hat, hat meistens schreckliches durchgemacht.

In der Beraubung und Erpressung der Bevölkerung wird der Charakter der Polizei- und Militärtruppen als Besatzungsarmee besonders deutlich. Am Fest der Heiligen Rosa, der Schutzpatronin von Peru, fordert zum Beispiel die Besatzung einer Kaserne ein Huhn von jedem Haushalt der umliegenden Dörfer. Wer keines hat, muß eins kaufen. Wer sich weigert, dem wird das Doppelte mit Gewalt genommen oder er wird als Subversiver angezeigt. Und die Militärs haben viele Schutzheilige, die zu feiern sind. Die Truppen können ungestraft in jedes beliebige Haus eindringen und sich beliebige Gegenstände mitnehmen. Keine Familie in Ayacucho, die nicht entsprechende Geschichten zu erzählen hat. Die Vermutung ist begründet, daß ein erheblicher Teil der Hausdurchsuchungen und Festnahmen in den Gebieten des Ausnahmezustands nichts mit

dem 'Kampf gegen die Subversion', sondern ausschließlich mit Raub zu tun hat. Selbst mit Gefangenen werden ungeniert Geschäfte gemacht. Bei einer kürzlichen Massenverhaftung von campesinos im Departement Puno kamen anschließend alle diejenigen wieder frei, die 5000 Intis (etwa 600 DM) bezahlen konnten. Der Preis, der von den Verwandten von Teresa García gefordert worden war, lag um einiges höher: 35000 Intis. Die Familie konnte das Geld nicht auftreiben.

Auf dem Rimanacuy, den groß aufgezogenen "Dialogen" zwischen Regierung und Bauern, die 1986 in ganz Peru stattfanden, erklärten die Vertreter von 37 Gemeinden der Provinz Huanta, daß sie unter der Androhung von Erschießung bzw. Vergewaltigung ihrer Frauen einen Hammel pro Gemeinde und Woche an die örtliche Kaserne zu liefern hätten. Der anwesende Landwirtschaftsminister nahm die Erklärung nicht zur Kenntnis, weil sie nicht auf der Tagesordnung stand. Es ist nichts darüber bekannt geworden, daß die APRA diesen oder ähnliche Fälle seither auf die Tagesordnung gesetzt hätte.



DIE POLITIK DER REGIERUNG

Peru hat seit 1979 eine Verfassung, die - mit wenigen Ausnahmen von denen die schwerwiegendste die Verankerung der Militärgerichtsbarkeit mit ihren weitreichenden Befugnissen ist - als gelungen zu bezeichnen ist. Der peruanische Staatsapparat jedoch

reflektiert in fast allen Bereichen vordemokratische autoritäre Verhältnisse. Jede Regierung, auch die der APRA, kann daher zu Recht fordern, daß ihr Handeln nicht an den Idealen der Verfassung sondern an der Realität der Gesellschaft und des Staatsapparates, den sie übernommen hat, zu messen ist. Eine Armee, die bis 1980 die politische Macht allein verwaltete und der in der Regierung Belaúnde nahezu unbeschränkte Handlungsfreiheit eingeräumt wurde, eine Polizei, die ihr Einkommen zum weitaus größeren Teil aus Bestechungsgeldern als aus ihren Gehältern bezieht, eine Justiz, die seit den Zeiten der Großgrundbesitzer gewohnt ist, den Herrschenden willfährig zu sein, dies sind Tatsachen, die keine aprioristische Revolutionsrhetorik über Nacht aus der Welt schaffen kann, auch wenn sie es wollte. Es ist also nicht nur gerecht, sondern vor allem historisch und politisch angemessen, auch in der Achtung der Menschenrechte nicht einfach den Maßstab der Verfassung oder der Erklärung der Menschenrechte anzulegen, sondern den realen Verhältnissen des Landes Rechnung zu tragen. Daß die elementaren Rechte der Menschen auf Leben, Unversehrtheit und Schutz vor Willkür in extremer Weise auch unter der Regierung García verletzt werden, wurde schon gezeigt. Für eine Beurteilung der Menschenrechtspolitik ist es aber eine ebenso entscheidende Frage, was die Regierung getan oder unterlassen hat, um diese Menschenrechtsverletzungen einzuschränken und für die Zukunft zu unterbinden. Wir können in den meisten Fällen nicht mit Sicherheit feststellen, wer die Befehle zum Verschwindenlassen, zur Folter und zum Mord gegeben hat. Wie schwierig das ist, führt der Prozess um die Ermordung von acht Journalisten und zwei einheimischen Männern in Uchuraccay seit vielen Monaten exemplarisch vor. Obwohl zahlreiche Indizien darauf verweisen, daß der Mord von höchster militärischer Stelle geplant war, ist eine Verurteilung der Schuldigen nicht möglich, weil der Druck des Militärapparates auf die möglichen Zeugen so stark ist, daß keine entsprechenden Aussagen zu erhalten sind und weil Beweismittel mit einer Skrupellosigkeit ohnegleichen vernichtet werden.

Nach bald zwei Jahren APRA-Regierung können wir aber feststellen, was die Regierung getan hat, um die Verbrechen gegen die Menschenrechte aufzuklären, zu ahnden und zu verhindern. Und das Ergebnis dieser Beurteilung fällt nicht nur im Fall der Gefängnismorde vom Juni 1986, über die amnesty international einen umfassenden Bericht vorgelegt hat (siehe die Rezension), niederschmetternd aus.

KEINE INITIATIVEN DER REGIERUNG ZUR FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE

Ihre heftige Kritik an der Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung Belaúnde dürfte wesentlich zum Sieg der APRA 1985 beigetragen haben. Die Erwartungen waren daher groß, daß die neue Regierung auf diesem Gebiet initiativ sein würde. Dies war und ist ja auch Voraussetzung für jeden Versuch, dem Wüten der Militärs etwas entgegenzusetzen.

Die Initiative blieb jedoch schon zu Beginn sehr bescheiden. Erst unter dem Eindruck der Massaker von Accamarca, Umaru und Bellavista berief der Präsident eine sogenannte Friedenskommission, die zunächst pluralistisch zusammengesetzt war, deren Befugnisse aber nie geklärt wurden. Zu Beginn des Jahres 1986 trat diese Kommission frustriert zurück. Eine Rumpfkommision, bestehend aus drei der APRA zugehörigen bzw. nahestehenden Personen wankelte weiter, bis sie unmittelbar nach den Gefängnismassakern vom Juni 1986, bei denen sie zur Verschleierung der Morde mißbraucht wurde, ebenfalls zurücktrat. Ein Ersatz wurde nicht mehr gebildet, sieht man von einem Gremium ab, das sich "Nationaler Rat der Menschenrechte" nennt und Ende 1986 vom Justizminister gebildet wurde, das aber keinerlei Kompetenzen hat. Weitere Eigeninitiativen der Regierung zur Förderung der Menschenrechte und des Bewußtseins der Notwendigkeit ihrer Achtung sind nicht erkennbar.

In der regierungseigenen oder -frommen Presse wird das Thema heruntergespielt. Der Präsident erwähnte es mit einigen Ausnahmen in seinen Reden nicht. Auf gesetzgeberischer Ebene liegt nicht eine Initiative der APRA vor, die einen besseren Schutz der Menschenrechte zum Ziel hätte. Statt dessen wird das gesamte repressive Instrumentarium aus der Belaundezeit nicht nur fortgesetzt, sondern sogar ausgebaut.



"Die Regierung erfindet Terroristen"

DIE MILITÄRGERICHTSBARKEIT

In Peru wie in anderen lateinamerikanischen Ländern existiert neben der zivilen Gerichtsbarkeit ein ausgebautes System der Militärjustiz, das allein von der militärischen Hierarchie kontrolliert wird. Der Theorie nach dient es der Ahndung von Verstößen gegen das militärische Reglement durch Angehörige der drei militärischen Waffengattungen und der diversen Polizeiverbände. Die im Militärgesetzbuch enthaltenen Delikte reichen daher von kleinsten Verstößen gegen die Kasernendisziplin bis zum Hochverrat. Verbrechen wie Mord und Raub sind dagegen nicht enthalten. Sie müssen gemäß den zivilen Strafgesetzbuch vor ordentlichen Gerichten verhandelt werden, auch wenn die Täter Soldaten sind.

In der Praxis dagegen beansprucht die Militärgerichtsbarkeit praktisch jeden Prozeß, in dem Angehörige der Militärs und der Polizei angeklagt sind, für sich, und oft genug gibt ihnen der Oberste Gerichtshof, der nach der Verfassung im Streit- oder Zweifelsfall entscheidet, auch recht. So wurde z.B. der erwähnte Fall des Leutenants Telmo Hurtado, unter dessen Kommando in Accamarca 69 Menschen bestialisch umgebracht wurden, nicht vor ein ziviles Gericht gebracht, sondern der Militärjustiz überlassen. Es kann als sicher gelten, daß er dort wegen Mordes gar nicht angeklagt werden wird, sondern bestenfalls wegen irgendeines Verstoßes gegen einen Befehl.



Zum anderen kann alles vertuscht werden, weil Verfahren vor den Militärgerichten nicht öffentlich sind und auch die Urteile nicht bekanntgemacht werden. Davon abgesehen, ist diese Zweiteilung der Justiz schon deshalb eine juristische Monstrosität, weil der Oberste Gerichtshof mit seiner Entscheidung über die Zuständigkeit praktisch eine Entscheidung in der Sache vorwegnimmt, die erst vor Gericht verhandelt werden soll. Mit der Entscheidung, daß z.B. für die Beurteilung der 300 Morde an den Gefangenen in Lima die Militärgerichtsbarkeit zuständig ist, ist bereits vorweggenommen, daß niemand wegen Mordes verurteilt werden wird, obgleich öffentlich erwiesen ist, daß weit über hundert wehrlose Gefangene durch Genickschuß getötet wurden.

Angesichts einer solchen Rechtspraxis ist der Ruf nach einer Änderung dieser skandalösen Realität laut geworden. In Peru hält es derzeit aber niemand für möglich, die Militärgerichte einfach abzuschaffen, weil damit ein Eckpfeiler militärischer Macht und militärischer Privilegien zerstört würde. Unter diesen Umständen schien ein Gesetzesprojekt des christdemokratischen Senators Cesar Delgado (die kleine Christdemokratische Partei ist Koalitionspartner der APRA und stellt derzeit den Justizminister) immerhin einen vernünftigen Schritt in die richtige Richtung darzustellen. Es sah eine explizite Festschreibung vor, daß bestimmte Delikte wie Mord, Folter und Verschwindenlassen unter keinen Umständen als disziplinarische Delikte vor der Militärgerichtsbarkeit, sondern als Verbrechen vor zivilen Gerichten verhandelt werden sollten - was bei verfassungsmäßiger Auslegung der Gesetze ohnehin selbstverständlich wäre. Zunächst stieß dieses Projekt auf die Zustimmung aller Parteien und wurde bereits als beschlossene Sache in der Presse vorgestellt. Doch dann brachte es die apristische Parteibürokratie fertig, durch eine Reihe undurchsichtiger Verfahrenstricks das Projekt wieder in der Versenkung verschwinden zu lassen, wo es bislang geblieben ist. Stattdessen holte die APRA ein neues Projekt aus der Trickkiste, das die Errichtung von Sondergerichtshöfen zur Aburteilung von Terroristen vorsieht, obgleich alle terroristischen Akte nach dem Strafgesetzbuch vor ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden können.

ANMERKUNGEN

- 1 Comando Politico-Militar: höchstes Militärkommando in den Gebieten des Ausnahmezustandes. Instanz, die die zivile Regionalregierung ersetzt, was in der Verfassung nicht vorgesehen ist.
- 2 PIP: Politische Polizei

SOLIDARITÄT

Unterstützt die autonomen Rücksiedlungen in El Salvador

Seit Jahrhunderten erlebt die Bevölkerung der mittelamerikanischen Kaffee-Republik El Salvador nur Ausbeutung, Demütigung und Unterdrückung.

Lehnt sie sich dagegen - bewaffnet oder unbewaffnet - auf, bedeutet das Krieg: Krieg des Staates gegen das Volk.

El Salvador ist Teil des US-amerikanischen Hinterhofes in Mittelamerika, und der Krieg gegen das Volk ist ein Teil der US-Aggression und Intervention in Mittelamerika.

Seit 1979 sind mehr als 60.000 Menschen von staatlichen Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen umgebracht worden. Eineinhalb Millionen Menschen mußten aus ihren Dörfern fliehen. Die Hälfte dieser Flüchtlinge sind Kriegsvertriebene im eigenen Land.

Gemäß der Genfer Konvention hat unbewaffnete Zivilbevölkerung, auch wenn sie mit bewaffneten Aufständischen sympathisiert, den Status von Zivilbevölkerung. Die Genfer Konvention verpflichtet, die physische und psychische Integrität der Zivilbevölkerung zu garantieren.

Für die salvadorianischen Militärs, die salvadorianische und US-amerikanische Regierung sind diese Kriegsvertriebenen "subversiv, Guerilla ohne Waffen", die entweder kontrollierbar gemacht oder vernichtet werden muß.

Aus diesem Grund hat es seit 1983 immer wieder Pläne zur kontrollierten Wiederansiedlung der Kriegsvertriebenen gegeben.

Der jüngste, "Unidos para reconstruir" (Vereint zum Wiederaufbau), wurde am 28. Juli 1986 als nationaler Entwicklungsplan der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Grundzüge von "Unidos para reconstruir" sind einfach und die gleichen wie vorher:

- Vertreibung der Menschen auf dem Land durch Bombardierungen und militärische Operationen - Säuberung -
- Besetzung der Gebiete durch die Armee und Aufbau von sogenannten zivilen Verteidigungsgruppen,
- Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und Wiederansiedlung von Kriegsvertriebenen unter strenger militärischer und staatlicher Kontrolle.

Wichtiges neues Element bei dem Plan von 1986 ist der Versuch, alle gesellschaftlichen Kräfte zu integrieren: die Vertriebenen, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Privatwirtschaft usw.

Sie sollen in kommunale Entwicklungsprojekte eingebunden werden, die sowohl den Aufbau von Häusern und öffentlichen Einrichtungen als auch die Schaffung von Arbeitsplätzen enthalten.

Das bedeutet, daß alle in das Aufstandsbekämpfungsprogramm hineingezwungen werden, um sie kontrollierbar und abhängig zu machen. Damit soll jede Form von Selbstorganisation der Betroffenen unmöglich gemacht werden.

Finanziert werden soll das durch Wirtschafts- und Entwicklungshilfe aus den USA und Westeuropa, auch aus der Bundesrepublik Deutschland.

Aber die Planer am grünen Tisch haben ihre Rechnung ohne die Vertriebenen gemacht. Die Kriegsvertriebenen in El Salvador haben die Initiative ergriffen, sie lassen sich nicht in das staatliche Programm einbinden, sondern haben begonnen, ihre Rückstellungen selbst zu organisieren.

Gruppen von Vertriebenen aus dem ganzen Land haben im Mai 1986 die Coordinadora Nacional de Repoblación (CNR), die Nationale Koordination für Rückstellung gegründet.

Die Arbeit der CNR besteht darin, die Rückstellungen der Vertriebenen in ihre Heimatdörfer zu organisieren und zu begleiten. Sie lehnt jede staatliche Kontrolle und Unterstützung ab, da sie mit Recht eine Einflußnahme befürchtet. Von Regierung und Armee fordern die Vertriebenen Neutralität und Sicherheitsgarantien, damit sie ohne erneute Verfolgung ihre Dörfer wiederaufbauen können.

Die Vertriebenen benötigen den Schutz einer internationalen Öffentlichkeit und Spenden, damit sie ihre Projekte durchführen können. Sie brauchen in ihrem Kampf für selbstbestimmte, freie Rückstellungen die internationale Solidarität.

Wir müssen hier deutlich machen, wozu die bundesdeutsche Entwicklungshilfe in El Salvador verwandt wird.

Wir müssen hier die Stimme der salvadorianischen Vertriebenen laut werden lassen und sie mit allen Mitteln unterstützen.

Neben Öffentlichkeitsarbeit und Spenden für die Projekte der Kriegsvertriebenen bitten diese um internationalen Schutz bei ihren Rückstellungen:

Wer Interesse hat, in El Salvador eine Rückstellung zu begleiten und/oder eine Weile bei den Rückgesiedelten zu bleiben, der wende sich bitte an eine der folgenden Adressen:

Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V.
 ökumenisches Büro für Frieden
 und Gerechtigkeit e.V.
 Pariser Str.7
 8000 München

Informationsstelle 1 Salvador e.V.
 Hofaue 51
 5600 Wuppertal 1

Christliche Initiative Romero e.V.
 Kardinal-von-Galen-Ring 45
 4400 Münster

Spenden für die Unterstützung der Rückstellungsprojekte bitte auf das Konto:

Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V.
 Kontonummer 24 60 82 BLZ 360 501 05
 bei der Stadtsparkasse Essen
 Stichwort: Rückstellung in El Salvador

REZENSIONEN

Aggressive Kapitalexpansion versus Amazonasindianer

Im Januar-Heft der Lateinamerika Nachrichten hatten wir mit einer Anzeige auf die Brasilienkarten 'Indianergebiete und Großprojekte' hingewiesen (LN 155, S. 73). Im ila-info Nr. 103 (März 1987) ist eine Rezension zu diesen Karten erschienen, die wir im Folgenden mit Genehmigung der ila nachdrucken.

Geographie und Kartographie waren lange Zeit (und sind teilweise noch immer) nützliche Hilfswissenschaften von kolonialen Eroberern bzw. Imperialismus. Zu den wenigen Fällen, in denen das Gegenteil der Fall ist, gehört das Kartenwerk 'Großprojekte und Indianerland', das von einer Arbeitsgruppe an der Gesamthochschule Kassel mit Unterstützung von Misereor, dem britischen Hilfswerk OXFAM, den Grünen und der GTZ hergestellt worden ist.

In drei Karten (Brasilien, und die Großregionen Carajas und Polonoeste) wird der großflächige Angriff von Bergbau (Eisen, Bauxit, Gold, Zinn), Energieprojekten (Wasserkraftwerke, Alkoholfabriken), Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Eisenbahn) und Industrie (Aluminium, Zellulose und Papier) auf Indianergebiete dokumentiert, wobei neben den gegenwärtigen auch die geplanten Großprojekte gezeigt werden. In Zusammenarbeit mit brasilianischen Solidaritätsinitiativen zugunsten der bedrohten Indianervölker ist ein eindrucksvolles, in diesem Informationsgehalt einzigartiges Werk entstanden und anschaulich aufbereitet worden. Es werden nicht nur die anerkannten oder vermessen Indianerländer gezeigt, sondern auch solche Gebiete, die ihnen vom Staat verfassungswidrig vorenthalten werden oder in denen den heute noch über 150 Stämmen der lateinamerikanischen Urbevölkerung nur noch 'aldeias indigenas', isolierte dörfliche Siedlungen, geblieben sind.

Für "Anfänger" wie "Alte Hasen" bieten alle drei Karten interessante Entdeckungen, so zum Beispiel, wieviele Indianergebiete es auch außerhalb der Nordregion gibt (v.a. in den Bundesstaaten Bahia und Sao Paulo). Die Nützlichkeit erweist sich auch daran, daß selbst die Serra do Cachimbo, der Ort des jüngst bekannt gewordenen vermutlichen Atomtest- und Endlagergebietes, zu finden ist, wie auch die Gebiete zu identifizieren sind, in denen die Militärs einen Grenzgürtel zu den nördlichen Nachbarländern einrichten wollen.

Kurz: die Karten sind ein absolutes 'Muß' für jeden, der sich mit Brasilien beschäftigt oder es kennenlernen will. Und sie sind für die Solidaritätsarbeit eine ungewöhnliche, vorbildliche Leistung, da sie die Gebietsansprüche der Indianer angesichts einer aggressiven Expansion brasilianischen und internationalen Kapitals

(incl. bundesdeutscher und europäischer Gelder) vor einer internationalen Öffentlichkeit dokumentieren.

Bleibt nur noch mit Spannung zu erwarten, was das geplante Begleitbuch, das auch in Brasilien erscheinen soll, an zusätzlichen Informationen bringen wird. Und schließlich gibt es auch eine Ausstellung zum gleichen Thema, ausleihbar bei der Gesamthochschule Kassel, Clarita Müller-Plantenberg, Nora-Platiel-Str. 5, 3500 Kassel.

Die Karten sind zu beziehen bei: Institut für Brasilienkunde
Sunderstr. 15
4532 Mettingen

Briefe aus Wiwilí

Wiwili ist eine Kleinstadt mit 7.000 Einwohnern im Norden Nicaraguas, 20 km von der Grenze zu Honduras entfernt. Auf der anderen Seite der Grenze zu Honduras befinden sich die Lager der Contras. Von dort fallen immer wieder konterrevolutionäre Truppen in das Land, überfallen Siedlungen und Straßen, ermorden Menschen, zerstören Gebäude oder brennen die Ernte ab... Zeitweise ist die Straße nach Jinotega wegen Contraaktivitäten gesperrt und Wiwilí nur noch per Hubschrauber zu erreichen.

Die Stadt Freiburg hat eine besondere Beziehung zu Wiwilí: zwei Freiburger sind in den letzten Jahren in Wiwilí umgekommen: Tonio Pflaum und Bernd Koberstein. Tonio Pflaum ging 1980 als Arzt im Rahmen des DED nach Wiwilí, um dort beim Aufbau eines Krankenhauses zu helfen. Am 30. April 1983 wurden er und zehn weitere Passagiere, die auf einem Kleinlaster nach Jinotega unterwegs waren in der Nähe von Wiwilí, bei Zompopera, bei einem Überfall von der Contra ermordet.

Der Gemeinderat der Stadt Freiburg entschloß sich auf Druck der Solidaritätsbewegung zu einer Städtefreundschaft mit Wiwilí, in deren Rahmen der Bau einer Trinkwasserversorgung für Wiwilí finanziert wurde. Im März 1986 gingen Bernd Koberstein und Reinhold Seidelmann, beide Mitglieder des Freundeskreises Tonio Pflaum, nach Wiwilí, um den Bau des Wasserleitungsprojekts anzuleiten. Am 29. Juli 1986 wurde Bernd Koberstein zusammen mit Ivan, Joel, William und Mario in Zompopera, an der selben Stelle wie vorher schon Tonio Pflaum, von der Contra ermordet.

Für einige Mitglieder der Medienwerkstatt Freiburg, die ohnehin mit ihren Videokameras den Fortgang des Wasserleitungsbaus dokumentieren wollten, ist der Tod ihres Freundes ein trauriger Anlaß, ihr Konzept umzustellen:

Briefe aus Wiwilí heißt der Videofilm, den sie im Herbst 1986 drehten. In den Briefen von Tonio und Bernd spiegelt sich vieles wieder: die wirtschaftliche Not, die Contras, die Lebenssituation in der "Westernstadt" Wiwilí (kein Strom, Überschwemmung, die mangelnde Trinkwasserversorgung), die politische Situation bis hin zur persönlichen Seite, ihre Erfahrungen, wie sie sich als Europäer fühlen, wie sie denken, wie sie sich verändern während ihrer Zeit in Wiwilí, tagtäglich mit der Armut und dem Krieg konfrontiert.

Die Bilder zu den verlesenen Briefen sind sehr eindringlich: Das Problem der schlechten Trinkwasserversorgung wird spätestens dann klar, wenn man sieht, wie aus dem Fluß dreckiges Wasser in große Blechkanister geschöpft und von einem Maultier transportiert wird. Die Brutalität der Contras und die Ausmaße, die dieser versteckte Krieg angenommen hat, werden deutlich beim Anblick der zahlreichen Toten nach einem Überfall und der Trauer der Bevölkerung.

Die Bilder gehen unter die Haut. Man ist richtig froh über die positiv anheimelnden Szenen eines Jahrmarktes, mit denen der Film ausklingt, wo trotz des Leides viel Ausgelassenheit und Unbekümmertheit zu spüren ist, vor allem bei den Kindern.

Insgesamt macht der Film sehr betroffen, hilflos, wütend, ratlos. Wenn dabei Kritik an den Sandinisten zu kurz kommt, ist es Absicht der Filmer. Ihr Thema sind der Krieg und seine schrecklichen Auswirkungen. Und dies darzustellen ist den Filmern aus Freiburg hervorragend gelungen.

Briefe aus Wiwilí, ein Video der Medienwerkstatt Freiburg u-matic, 45 min, 1987

Wiwilí, März 1982

Ich habe noch nie so lange an einem Platz gearbeitet und noch nie mit soviel Interesse und Einsatz wie eben im Hospital Wiwilí. So, wie ich die Sache kenne in Deutschland, wird es mir schwer fallen (oder schwer gemacht), eine so weit gehende Identifikation mit einer Arbeit zu finden. Dabei ist es hier alles andere als lustig und angenehm zu leben. Im Gegenteil, die Lage ist sehr gespannt, die militärischen Operationen der Contras haben erheblich zugenommen, es gibt Versorgungsschwierigkeiten, verbreitete Unsicherheit der Leute. Und doch sieht man die Veränderung, den Aufbau, die Konsolidierung von schon Erreichtem und das auf allen Ebenen. Würde - aus was für Gründen auch immer - das Gesundheitszentrum zugemacht werden müssen, wäre das eine politische Katastrophe für die Frente Sandinista. Mit Propaganda ist in diesen Zeiten nicht viel auszurichten. Was zählt sind funktionierende Projekte.

Saludas Fuert Tonio

Wiwilí, den 29.5.86.

Hier in Wiwilí lebe ich mit den Nicas und arbeite mit ihnen, hier ist die militärische und ideologische Front; die Revolution und Konterrevolution sind hier sehr konkret und direkt spürbar. Ich bekomme gleichermassen den Kampf um die Agrarreform, mit der die Leute aus dem Mittelalter geholt werden sollen (und oft nicht wollen, weil sie's nicht begreifen) und auch, wie die Contras diese Widersprüche nutzen in ihrem ideologischen Kampf; und ich bekomme sehr direkt den Krieg hier mit. Wir gehen fast nie ohne bewaffnete Schutztruppe ins Gelände, hören ständig die Kämpfe. Aber man lebt damit, tatsächlich, man gewöhnt sich daran, und trotzdem merke ich, wie ich mich verändere. Die ganze Situation hier radikalisiert ein bisschen.

Bernd Koberstein



Amnesty International – Untersuchungsbericht über die Massaker in den Gefängnissen Perus

Nach dem Massaker an vermutlich über 400 Gefangenen in drei Gefängnissen in Peru – wir berichteten in LN 151 – hatte Präsident Alan García der Weltöffentlichkeit zugesichert, er werde "jeden Exzess (...) bestrafen, der bei der Wiederherstellung der Ordnung in Lurigancho vorgekommen sein mag".(S. 20)

Nach einer Welle allgemeiner Empörung über die Greuelthaten, die spektakulär durch die Medien gingen, taten die Worte Garcías ihre Wirkung: man verließ sich auf ihre Einhaltung. Über die Folgen der Massaker, die Opfer und vor allem die versprochene "rückhaltlose Aufklärung" wurde wenig bekannt; andere, neue Ereignisse waren da medienwirksamer. Man muß nur Geduld haben: die vielbeschworene "Weltöffentlichkeit" wendet sich lieber einem neuen blutigen Schauspiel zu, als einen Staatspräsidenten beim Wort zu nehmen. Und die "Betroffenen" – Angehörige, Überlebende des Massakers, Menschenrechtsorganisationen, Anwälte – haben nicht die Macht, sich Gehör zu verschaffen. Inzwischen sind neue Verstöße gegen Menschenrechte, neue "Exzesse" bekannt geworden, unter denen sich die Stürmung der Universität San Marcos besonders hervortat. Verantwortlich sind die gleichen Personen und Institutionen.

Mit der vorliegenden Dokumentation verschafft Amnesty International einmal mehr denen Gehör, die nach den Massakern noch nicht zur Tagesordnung übergangen. Seit März 1987 gibt es eine deutsche Übersetzung des Berichts.

In der Dokumentation werden die Vorgeschichte der Massaker, die Ereignisse selber und die Folgen detailliert recherchiert: gestützt auf offizielle Versionen, Regierungserklärungen, Zeugenaussagen, die den Erklärungen widersprechen, unbestätigten Gerüchten, Chronologien, Akten und Geheimdokumenten, die ai zugespielt wurden, wird versucht, zu klären, wie die Ereignisse wirklich waren. In großer Präzision werden die Vorfälle in den einzelnen Gefängnissen gesondert untersucht. Dabei stellt sich heraus, daß insbesondere die Folgen sehr verschieden waren: die beste Aufklärung ist im Falle des Gefängnis Lurigancho möglich, eben weil sich hier Alan García stark machte. Deutlich wird aber auch, daß, während er schon die "Exzesse" in Lurigancho verurteilte, er es nicht für nötig befand, ein Wort darüber zu verlieren, was in "el fronton" geschah, weswegen die Marine dort ungehindert vorgehen konnte.

Aber auch im "Fall Lurigancho" wurden die Toten heimlich bestattet ohne die Angehörigen zu benachrichtigen, gibt es keine offizielle Liste der Toten.

Über die Vorfälle in "el frontón" herrscht die größte Unklarheit, bis heute befinden sich wahrscheinlich überlebende Häftlinge in

Geheimgefängnissen der Marine.

Weiter verkündete er: Wir haben diejenigen benannt, die direkt verantwortlich sind. Wir werden nichts übersehen und nichts verdecken ... noch werden diejenigen, die für das Verbrechen verantwortlich sind, sich in den Kasernen irgendeiner Institution verstecken können."(S. 22)

Die vollständige Aufklärung gelingt dem Bericht nicht, was an den Geheimhaltungs- und Vertuschungsversuchen der Militärs liegt, die die "Aktion" durchführten. Es ist nicht einmal bekannt, wieviele Tote es gab. Aber gerade diese Dunkelstellen wirken durch die reine Dokumentation besonders stark.

Besonders intensiv widmet sich der Bericht der Frage der Regierungsverantwortlichkeit. Schon wenige Wochen nach dem Massaker antwortete die Regierung nicht mehr auf amnesty-Anfragen.

Das Ende der Broschüre bilden "Schlußfolgerungen" und "Empfehlungen". Forderungen wie "das Recht auf Leben" oder "gerichtliche Untersuchung der Todesursachen" sollten eigentlich selbstverständlich erfüllt werden, sie bekommen aber gerade durch die anhaltende Repression Gewicht, das auch fast ein Jahr nach dem Massaker nicht kleiner wird.

ai – Peru

"Verschwindenlassen", Folterungen und summarische Hinrichtungen durch Regierungskräfte nach den Gefängnisrevolten vom Juni 1986

Kontakt und Bestellungen bei

ai-Peru-Koordinationsgruppe c/o H. Spreen
Luxemburger Str. 31, 1000 Berlin 65

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 105, Mai 1987

NEUE ADRESSE:

Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Wege aus der Verschuldung; Anlässlich des XI. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, der vom 28. - 31. Mai in Fulda zum Thema "Elende Schuld - Unverschuldetes Elend" stattfindet, hat die ila ein Schwerpunktheft zu diesem Thema zusammengestellt. Die Beiträge beschäftigen sich im einzelnen mit lateinamerikanischen Positionen zur Verschuldung, der erfolgreichen "Teile und Herrsche" - Strategie der Gläubiger, sowie der bisherigen peruanischen Politik gegenüber den internationalen Finanzorganisationen.

Weitere Beiträge zu Überlebensstrategien in den Elendsvierteln Managuas, zu lateinamerikanischen Immigranten in den USA, ein Interview mit dem brasilianischen Bischof Dom José Rodríguez und ein Gespräch zu den Perspektiven der Frauenbewegung in Mexico. Der Kulturteil enthält Beiträge zum Raub lateinamerikanischer Kulturschätze und deren Präsentation in der BRD.

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 92, 1986

Neue Bestelladresse!

LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: Landkonflikte in Brasilien; Nichts gibt es zu berichten, das auf positive Schritte zur Verwirklichung einer Agrarreform hindeutet. Auf dem Land herrscht Krieg. Außer einer umfangreichen Berichterstattung aus dem Gebiet des Bico do Papagaio enthält das Heft ein Interview mit dem Rechtsanwalt der CPT (Comissão Pastoral da Terra) und ein Interview mit Bischof Pünder. Es wird berichtet von einem Bewässerungsprojekt im Nordosten und der Gründung eines Tribunals für Verbrechen im Zusammenhang mit Großgrundbesitz. Darüberhinaus enthält die Nummer Artikel zum Staudamm von Balbina, zum Zinsmoratorium und zur Constituente.

BOLIVIA - SAGO - Informationsblatt Nr. 64, März/April 1987

Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

Weizsäcker-Besuch in Bolivien / Zur Kabinettpolitik / Perspektiven im Rohstoffsektor / Die Lage der umgesiedelten Mineros / Die Schattenwirtschaft / Kurzmeldungen / Zeitschriftenschau / BOLIVIEN-Forum: Presseerklärung zum Weizsäcker-Besuch, Motive der Solidaritätsarbeit.

epd-Entwicklungspolitik 8/1987

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

Khmer-Flüchtlinge in Thailand: Opfer im regionalen Ost-West-Poker / Brundland-Report: Schuldendienst verschärft Umweltkonflikte in der Dritten Welt / Kirchliche Gelder für Informationsbüro Nicaragua auf Eis gelegt / Tabakkonzerne / Texte zur Verschuldung und EG-Agrarpolitik.

Wechselwirkung Zeitschrift für Technik Naturwissenschaft Gesellschaft Nr. 33, Mai 1987

Hundertmorgen-Mediensend, Forstbergstr.7, 6107 Reinheim
Schwerpunkt: High-Tech und "Dritte Welt"; Wege ins goldene Zeitalter? / Informatik in Ostafrika / Computerpolitik in Indien / Schwellenländer im internationalen Wettbewerb / Arbeitskreis "Informatik und Dritte Welt" in der Gesellschaft für Informatik / Wehre Dich, Du Frau, Du Schwarze.

epd-Entwicklungspolitik 9/1987

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

UNCTAD VII - letztes Gefecht? - Themenschwerpunkt: Verschuldung; Ein Überblick über den Diskussionsstand bei Gläubigern / Mehr Realpolitik als Solidarität bei den lateinamerikanischen Schuldnerländern / Bundesregierung übernimmt Hermes-Bürgschaften für notleidende Kredite / USA als größter Schuldner der Welt.

USA leisten Guatemala offene Hilfe bei Widerstandsbekämpfung / Boykott gegen Coca Cola und Pepsi Cola in den Niederlanden / Geschlechtsbestimmungen bei Schwangerschaften führen in Indien zur Abtreibung weiblicher Föten.

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA Nr. 2, April 1987

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Verschuldung

Immer mehr Länder Afrikas sind gezwungen, sich den Bedingungen von IWF und Weltbank zu unterwerfen. Drängt sich angesichts dieser Situation nicht die Frage auf, ob Afrika vor einem neuen Kolonisierungsprozeß steht? Der INFORMATIONSDIENST untersucht vor allem Beispielländer des südlichen Afrikas. Ein Aufsatz widmet sich der Verschuldungskrise Tansanias, die ein Ende der sozialistischen Transformation bedeutet, ein weiterer der Situation in Zimbabwe, das eine geschickte Krisenmanagementpolitik betreibt. Im Gegensatz dazu erfährt Südafrika bei den neuesten Umschuldungsverhandlungen eine Sonderstellung durch die westlichen Geldgeber. Außerdem: Beiträge zum Kirchentag, zu Kriegsdienstverweigerern in Südafrika, zu Kindern, zum ANC u.v.m.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 16, Mai 87

c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

Schwerpunkt: EG-Agrarpolitik und Dritte Welt, mit einer Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit der BUKO-Agro-Kampagne.

Weiter: Südkorea: Analyse des "Modells Korea" / Die Methoden der Firma Adler / Kirchentag gegen Apartheid / KA-Protokoll etc.

Eingegangene Bücher

Fachbereich Internationale Agrarentwicklung der TU Berlin: *Condiciones actuales y Potencial de la Producción Porcina para mejorar la situación del pequeño productor en la Provincia Gran Chaco - Bolivia*. Vlg. Josef Markgraf, Aichtal 1987. Bezug: Buchversand J. Markgraf, Eichendorffstr. 9, 8074 Gainershausen

John Crabtree u.a.: *The great tin crash: Bolivia and the world tin market*. Latin American Bureau, London 1987. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

Bayardo Arce, Humberto Ortega, Jaime Wheelock: *Sandinistas*. isp, Frankfurt 1987

Peter Hünermann (Hg): *En búsqueda de un diálogo*. Primer encuentro entre economistas y teólogos latinoamericanos y alemanes. (Tübingen 25.2. - 9.3.1985). Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst, Hausdorfstr. 151, 5300 Bonn, 1986

Wolfgang Dietrich: *Honduras*. Ein Demokratisierungsversuch zwischen Repression, Revolution und Resignation. (Heidelberger Dritte-Welt-Studien, Bd. 22), Heidelberg Verlaganstalt, Heidelberg 1987

Marta Maria Klagsbrunn: Brasiliens Fernsehserien. **Telenovela - Die allabendliche Faszination.** Brasilien-Faschenbuch 8, bkV-brasilienkunde verlag, Mettingen 1987, Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Termine

GUATEMALA - SEMINAR

12. - 14. Juni 1987 - Jugendgästehaus Bonn

EIN JAHR 'DEMOKRATISCHE REGIERUNG' UNTER VINICIO CEREZO

Themen: 'Demokratische Regierung' und Militär; Fortsetzung der Widerstandsbekämpfung / Wirtschaftskrise und soziale Protestbewegung / Die Menschenrechte im 1. Jahr der 'Demokratischen Regierung' / Die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit BRD-Guatemala (Entwicklungshilfeprojekte, Polizeihilfe, Staatsbesuch von Weizsäcker) / Der Widerstand und die Flüchtlinge in Mexiko / Stand (Erfolge) und Perspektiven der Solidaritätsarbeit.

Information und Anmeldung bei:

Informationsstelle Guatemala e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn.1
Tel.: 0228 / 63 45 52

* * * * *

Theater & Philharmonie Essen, Jugendtheater

"DER KUSS DER SPINNENFRAU" von Manuel Puig

Regie: Maria Schüller, mit Dinu Neagoe und Jean-Michael Raeber

30. Mai (Premiere), 6., 7., 12., 19. und 27. Juni, jeweils 20 Uhr in der "Casa Nova" II (Theaterpassage, Essen). Weitere Vorstellungen ab Ende September.

Information bei der Dramaturgie des Kinder- und Jugendtheaters, Dieter Klinge,
Tel.: 0201 / 88 47 00

* * * * *

Prof. Dr. Elmar Altvater:

- Amazonien -

Entwicklung und Unterentwicklung eines Regenwaldgebietes

4. Juni 1987, 19.30 Uhr, Urania, An der Urania 17, 1000 Berlin 30, Tel: 030/249091

* * * * *

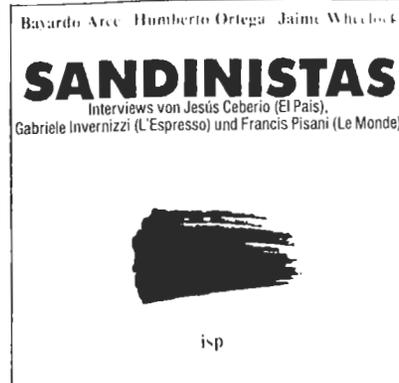
Informationsveranstaltungen mit dem

kolumbianischen Menschenrechts-Anwalt Eduardo Umaña Mendoza

6. - 8. 6.: ai-Jahresversammlung, München / 16. 6.: Berlin / 19. 6.: Kirchentag Frankfurt / 21. 6.: Rockenhausen (Nordpfalz) / 22. 6.: Stuttgart / 23. 6.: Witzenhäuser (Bürgerhalle) / 24. 6.: Göttingen / 25. 6.: Hamburg / 26. 6.: Münster / 28. 6.: Aachen / 29. 6.: Köln / 30. 6.: Bonn (ESG).

Kontaktadresse und Informationen:

Kolumbien-Gruppe Tübingen-Nürtingen, Marienstr. 56, 7440 Nürtingen, Tel 07022/2534



144 Seiten, DM 17,-
ISBN 3-88332-123-0

Interviews mit drei Mitgliedern der sandinistischen Führung über die Geschichte der sandinistischen Befreiungsbewegung, interne Konflikte, die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage, Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsaussichten der sandinistischen Volksrevolution.



ISP-Pocket 24, 128 Seiten
DM 14,80, ISBN 3-88332-124-9

□ J. Bortz Die lateinamerikanischen Schulden und die Zyklen der Weltwirtschaft □ F. Castro Streicht die Schulden der Dritten Welt! Die unbezahlbaren Schulden können und müssen annulliert werden □ Ernest Mandel Verschuldungskrise: Eine tickende Zeitbombe □ W. Wolf Schuld, Zins, Profit. Zum Verhältnis zwischen Dritter, Erster und westdeutscher Welt.

ISP-Verlag GmbH, 6 Frankfurt 1
Mainzer Landstr. 147. 6. Stock

SPANISCH LERNEN  Costa Verde an der

In
COMILLAS
An Meer/Provinz Santander
EZ/DZ/Appartements
2 Wo Kurs m. Unterk. 630,-/830,-
4 Wo Kurs m. Unterk. 970,-/1230,-
CAMPINGPLATZ:
2 Wo. 450,-/4 Wo 830,-
- Kinderbetreuung - Fahrradverleih -
- Reitpferde z. mieten -
- Land und Leute kennenlernen -
Info/Anmeldung
M. Zubiri
Weberstr. 31, 6000 Frankfurt/M. 1
T. 069/59 98 07 oder 55 37 19
C.E.C.
Centro Español de Comillas

Solidaritätsposter

Wo liegt Nicaragua?

Gedicht von Erich Fried

mehrfarbig

Format DIN A 1

DM 7,50

zzgl. Versandkosten

Der Reingewinn aus dem Verkauf wird für die Solidaritätsaktion "Nicaragua muß überleben" zur Verfügung gestellt.

Bestellung bei:

FRIEDENSLISTE
Baumschulallee 2a,
5300 Bonn 1

Briefe aus Wiwili

ein Film auf Grundlage der Briefe, die Tonio Pflaum und Bernd Koberstein (beide haben in Wiwili, im Norden von Nicaragua gearbeitet und beide wurden von der Contra ermordet) aus Wiwili geschrieben haben. (Rezension in diesem Heft auf S. 73-74)

45 min U-matic

Der Verkaufspreis für eine VHS-Kopie beträgt DM 200,- + MWSt. Die Verleihgebühr für eine VHS-Kassette beträgt DM 35,- zuzügl. Porto und MWSt.

MEDIENWERKSTATT FREIBURG, Konradstr. 20, 7800 Freiburg

Neu im Vertrieb der
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN:

BRASILien NACHRICHTEN

Seit 1976 erscheinen die Brasilien Nachrichten unter dem Leitwort "Unser kleiner Beitrag hier zur Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten dort". Auch nach dem Ende der Militärdiktatur berichten sie weiterhin über Wirtschaft, Politik, Soziales, Arbeiterbewegung, Frauen, Indianer usw. Dabei weisen sie nicht nur auf Mißstände hin, sondern zeigen auch die Kraft des sich befreienden Volkes.

Gerade erschienen:
BRASILien NACHRICHTEN 92:
"Landkonflikte in Brasilien"

4 Ausgaben pro Jahr (DIN A4, je 64 S.),
Einzelheft DM 7,- + Porto, Abo DM 28,-
incl. Porto

Abo- und Einzelbestellungen an:
LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

bkv - brasilienkunde verlag



Das Unterrichtswerk 'Português do Brasil' besteht aus:

Material de trabalho. Bd.1. 135 Seiten,	
3. Aufl. 1986,	DM 14,80
Material de trabalho. Bd.2. 152 Seiten,	
1985	DM 14,80
Caderno de exercício zu Bd.1. 64 Seiten,	
1986	DM 7,50
Caderno de exercício zu Bd.2. 64 Seiten,	
(in Vorbereitung)	DM 7,50

In Ihrer Buchhandlung oder bei
LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Schriftenreihe »URBS ET REGIO«

der Gesamthochschule Kassel

URBS ET REGIO beschäftigt sich mit den räumlichen Bedingungen und Ausformungen gesellschaftlicher Entwicklung. Sie ist entstanden aus der interdisziplinären Zusammenarbeit von Geographen und Planern an der Gesamthochschule Kassel und dem Bemühen um die Entwicklung praxis- und planungsbezogener Theoriekonzepte.

Die Schriftenreihe hat sich die Behandlung folgender Schwerpunkte zum Ziel gesetzt:

1. Darstellung und Analyse räumlicher Organisationsformen von Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrem jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Kontext.
2. Theorie und Praxis gesellschaftlicher Raumplanung auf verschiedenen Maßstabsebenen.
3. Förderung und Entwicklung von politischer Handlungskompetenz im Bereich von Kommunal- und Regionalplanung.
4. Entwicklungsbedingungen und -möglichkeiten von Ländern der Dritten Welt.

zum Beispiel ... zum Beispiel ... zum Beispiel ... zum Beispiel

- | | | |
|---|----------------------------------|---------|
| Nr. 1) Gert Eichler: Algiers Sozialökologie 1955-1970, Vom Kolonialismus zur Unabhängigkeit | 1976, 254 Seiten, 47 Abbildungen | DM 16,- |
| Nr. 9) Jochen Oppenheimer: Genesis und Entwicklung der 'Unterentwicklung'. Das Beispiel des französischen Kolonialismus im Senegal | 1978 517 Seiten, | DM 28,- |
| Nr. 14) Eduardo Klein: Bolivien: Rohstoffexport und politisch-ökonomische Binnenentwicklung (1545-1952) | 1979, 402 Seiten | DM 25,- |
| Nr. 24) Wulf D. Schmidt-Wulffen: Entwicklung Europas - Unterentwicklung Afrikas, Band I: Historische und geographische Grundlegung sozialer und räumlicher Disparitäten | 1981, 267 Seiten, 9 Abbildungen | DM 20,- |
| Nr. 25) Wulf D. Schmidt-Wulffen: Entwicklung Europas - Unterentwicklung Afrikas, Band II: Soziale und räumliche Disparitäten - Die Unterentwicklung Afrikas in 15 Unterrichtsbeispielen, incl. 42 Photographien und div. kopierbaren Arbeitsblätter | 1981, 193 Seiten, DIN A4 Format | DM 23,- |
| Nr. 31) Clarita Müller-Plantenberg/Rolf Rempel (Hg.): Soziale Bewegungen und räumliche Strukturen in Lateinamerika | 1983, 349 Seiten | DM 25,- |